

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht

Handakten

zu der Strafsache

gegen 1) Dr. Deumling,
Joachim

2) Thomsen,
Harro

wegen Beihilfe zum Mord

Kontroll-Nr. bzw. Aktz. des Untersuch.-Richters b. d. LG.:

II vu 2/74

des Kammergerichts:

Fristen:		Versendung der Hauptakten	
Tag der Verfügung	Empfänger der Akten	Versendungsgrund	Tag der Absendung
15.9.		Bd CXIII + CXIV an Vors. d. 3. Straßsenats b. d. 46 Cs. 111 Bl. 292	13.6.
67/34			
<div style="border: 1px solid black; border-radius: 50%; width: 150px; height: 150px; display: flex; align-items: center; justify-content: center; margin: 10px;"> R XIX — / 22 </div>		<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px;"> Landesarchiv Berlin B Rep. 057-01 Nr.: 5357 </div>	
Weggelegt 19			

Weggelegt 19

Aufzubewahren: – bis 19

— wie die Hauptakten —

Geschichtlich wertvoll? — ja — nein —

HA

1 Is 1/71 (RSHA)

Versendung der Hauptakten (Fortsetzung)

[illegible]

1 J 111 (RSHA)

Vfg.

Mit Bd. I-VI HA

der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht (Zimmer 4a)
zu Händen Frau Schimmack

25. APR. 1980

(Filipak)
Oberstaatsanwalt

Vfg.

1. Zu schreiben:

An das
Institut für Zeitgeschichte

8 München 27
Möhlstraße 26

Betrifft: Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe
zum Mord an Polen gegen ehemalige Angehörige des RSHA

Sehr geehrter Herr Doktor Hoch!

In dem oben angeführten Verfahren beabsichtige ich, in der
Zeit vom 7. bis 11. Juni 1971 das dortige Institut aufzusuchen,
um nach Material über Geisel-Erschießungen im europäischen
Ausland zu forschen. Dieses Material ist im wesentlichen zu
Vergleichszwecken zwischen Exekutionen in Polen und dem anderen
europäischen Ausland für die Zeit von 1939 bis 1945 erforder-
lich.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die erforderlichen
Hilfsmittel zur Verfügung stellen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2. Z. d. A.

Berlin, den 24. Mai 1971

u.B.

Ad.

19. Mai 1971

290

1 Js 4/64 (RSHA)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen Bernhard B a a t z
und andere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes wegen Mordes

Ohne Auftrag, jedoch zu 4040 E - IV/A 4.68 -

Vorbericht vom 14. Juli 1970

Gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und
T h o m s e n ist das Verfahren abgetrennt und mit der
Voruntersuchungssache 1 Js 1/71 (RSHA) = II VU 2/71
verbunden worden. Über die Einleitung dieses Verfahrens
habe ich am 15. März 1971 zu 4110 E - IV/A 67.63 Sdh. 1
berichtet.

Die Voruntersuchungssache 1 Js 4/64 (RSHA) = II VU 5/68
richtet sich damit nur noch gegen den Angeschuldigten
Bernhard Baatz.

G ü n t h e r
Generalstaatsanwalt

Vfg.1. V e r m e r k :

Zur Fortführung der Ermittlungen beabsichtige ich, eine Auswertungsreise zum Institut für Zeitgeschichte in München zu machen. Die Reise ist aus folgendem Grund erforderlich:

Den Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n ist eine Beihilfe zum Mord nur dann nachzuweisen, wenn festgestellt werden kann, daß die Exekutionen polnischer Volkszugehöriger aus vorwiegend rassistischen Gründen erfolgte, während die während des Krieges erfolgten Exekutionen anderer europäischer Volkszugehöriger im wesentlichen Geisel- und Repressalerschießungen waren, die aus militärischen oder sicherheitspolizeilichen Gründen erfolgten und somit regelmäßig nur den Tatbestand des Totschlags erfüllten. Im Institut für Zeitgeschichte soll Vergleichsmaterial ausgewertet werden, das zu dem oben angeführten Nachweis der Tötung polnischer Volkszugehöriger aus vorwiegend rassistischen Gründen führt.

Ich beabsichtige die Auswertungsreise vom 7. bis 11. Juni 1971 zu unternehmen.

2. Herrn Chef

über Herrn *Handwritten: über Herrn Handwritten: über Herrn*
Herrn *Handwritten: AL 5*
Herrn AL 5

mit der Bitte vorgelegt, die Dienstreise zu Ziff. 1 d. Vfg. zu genehmigen. Ich bitte mir die Benutzung des Luftweges von Berlin nach München und zurück zu genehmigen.

3. Frau G o o s

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Anweisung eines Reisekostenvorschusses.

4. Nach Erledigung von Ziff. 2-3 zurück an Abteilung 5.

5. Diese Verfügung zu den HA.

Berlin, den 24. Mai 1971

Handwritten signature

Vfg.

1) Zu schreiben

An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn KHK W e r n e r
- o.V.i.A. -

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemaligen Angehörige
des RSHA wegen Mordes an Polen;
hier: gegen Dr. D e u m l i n g

In obiger Sache beabsichtige ich, in der Zeit vom
28.Juni bis 2.Juli 1971 nach Meppen/Ems, Diepholz,
Celle und Gifhorn zu reisen, um dort verschiedene
Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte, Herrn KHM B ö h m e , den ich zur Unterstützung
der Vernehmungen benötige, zu gestatten, an der Dienst-
reise teilnehmen zu können und die Reise des Beamten
zu genehmigen.

Da die Dienstreise mit meinem privateigenen Pkw durch-
geführt werden soll, beabsichtige ich, Herrn B ö h m e
vom Flughafen in Hannover abzuholen. Die Rückreise müßte
Herr B ö h m e von Celle aus mit dem Zug nach Hannover
antreten.

2) Zu den HA

Berlin 21, den 11.Juni 1971

gef. 14.6/Schl
zu 1) 1 Schrb.



Schl

Absender:

Herbert Karasch

3092

Postleitzahl

Hoya / Weser

Breszauer-Str. 6

(Straße und Hausnummer oder Postfach)



STETS
GUT
INFORMIERT

DURCH
DEN
ANSAGEDIENTST
DER
DEUTSCHEN
BUNDESPOST

POSTKARTE



An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Postleitzahl

Türkenstr. 91

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Hoya, den 24. Juni 1941.

An die

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
in Berlin

Betr.: Besch. Nr 1 Js 1/41.

Ich werde zu dem festgesetzten Termin
erscheinen.

Hochachtungsvoll
Heinrich Knecht,

Vfg.

1) Zu schreiben - gleichlautend -

- a) Gerd Möller
- b) Friedrich Hegenscheidt
- c) Johannes S c h ä f e r

**Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSA wegen Mordes an Polen**

Sehr geehrter Herr !

Ich beabsichtige, Sie

- a) am 29.6.71, 9.00 Uhr, im Dienstgebäude des AG Meppen
- b) am 30.6.71, 9.00 Uhr, " " " AG Diepholz
- c) am 1.7.71, 9.00 Uhr, " " " AG Gifhorn

als Zeugen zu vernehmen.

**Ich bitte Sie, sich zum angegebenen Termin im
Dienstgebäude des Amtsgerichts Meppen/Diepholz/Gifhorn
einzufinden und das Vernehmungszimmer beim Pförtner
bzw. auf der dortigen Verwaltungsgeschäftsstelle zu
erfragen.**

**Bitte, geben Sie mir möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zum angegebenen Termin zur Verfügung stehen.**

2) Zu schreiben

An die
Strafvollzugsanstalt Celle
31 C e l l e

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes an Polen;
hier: Vernehmung des dort einsitzenden
Günter F u c h s ,
geboren am 23. Juni 1911 in Breslau

In obiger Sache beabsichtige ich,

am 2. Juli 1971, 9.00 Uhr,

in der dortigen Strafanstalt den ehemaligen Angehörigen
der Stapostelle Litzmannstadt Günter F u c h s
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte, den Zeugen vom Vernehmungstermin zu benach-
richtigen, mir ein Vernehmungszimmer und eine Schreib-
maschine zur Verfügung zu stellen und den Zeugen zum
angegebenen Termin vorzuführen. Einen Protokollführer
bringe ich mit.

Ich bitte um kurze Bestätigung.

3) Zu schreiben - gleichlautend -

An das a) Meppen
 b) Diepholz
Amtsgericht c) Gifhorn
- Verwaltungsgeschäftsstelle -

- a) 447 M e p p e n
- b) 284 D i e p h o l z
- c) 317 G i f h o r n

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes an Polen;

hier: Vernehmung eines Zeugen

Im oben angegebenen Verfahren beabsichtige ich,

- a) am 29.Juni 1971, 9.00 Uhr,
- b) am 30.Juni 1971, 9.00 Uhr,
- c) am 1. Juli 1971, 9.00 Uhr,

im dortigen Dienstgebäude einen Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, mir zum angegebenen Termin ein Vernehmungszimmer sowie eine Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen. Einen Protokollführer bringe ich selbst mit.

Der Zeuge ist von hieraus geladen und wird sich zum Termin entweder beim dortigen Pförtner bzw. auf der Verwaltungsgeschäftsstelle melden.

Ich bitte um kurze Bestätigung.

Mit bestem Dank

4) Zu den HA

Berlin 21, den 11. Juni 1971

Sti,

gef. 14.6/Schl

Schl

- zu 1) 3 Schrb.
- 2) 1 Schrb.
- 3) 3 Schrb.

ab

14. JUNI 1971

N.

Vfg.

1) V e r m e r k

In dem Verfahren gegen Dr. D e u m l i n g u.a.
beabsichtige ich, zusammen mit Herrn KHM B ö h m e
in der Zeit vom 28.Juni bis 2.Juli 1971 nach Meppen/Ems,
Diepholz, Celle und Gifhorn zu reisen, um folgende
Zeugen zu vernehmen:

in Meppen:

Gerd M ö l l e r
(Stapo-Sachbearbeiter beim IdS Danzig in Posen)

in Diepholz:

Friedrich H e g e n s c h e i d t aus Lemförde
(ehemals Stapoleiter von Hohensalza)

in der Strafanstalt Celle:

Günter F u c h s
(Leiter IV der Stapo Lodz)

in Gifhorn:

Johannes S c h ä f e r aus Knesebeck
(Polizeipräsident von Lodz).

Die Vernehmung dieser Zeugen ist notwendig, um fest-
stellen zu können, ob der Angeschuldigte
Dr. D e u m l i n g während seiner Zeit als Leiter des
Referats II O des RSHA u.a. mit den Exekutionen befaßt
war, die im Dezember 1939 und Januar 1940 im Bereich der
Stapoleitstelle Posen bzw. den Stapoleitstellen
Hohensalza und Lodz durchgeführt wurden.

2) Herrn C h e f

über

Herrn Chefvertreter

sowie

Herrn Oberstaatsanwalt P a g e l

und

Herrn AL 5

mit der Bitte vorgelegt, die zu 1) ds.Vfg. angeführte Dienstreise zu genehmigen.

Ich bitte, mir die Benutzung meines privateigenen Kfz. zu gestatten. Die Benutzung eines Kraftwagens ist erforderlich, da umfangreiches dienstliches Gepäck mitgeführt werden muß. Ich bitte deshalb, bei der Fahrtkostenerstattung von der Einschränkung des § 6 Abs. 1 Satz 2 des Bundesreisekostengesetzes abzusehen und anzuordnen, daß die Kilometergelder in voller Höhe erstattet werden.

3) Frau Justizoberinspektorin G o o ß

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Anweisung eines Reisekostenvorschusses.

4) Nach Ausführung der Verfügung zu Ziff. 2) und 3) zurück an Abt. 5

5) Zu den HA

Berlin 21, den 11. Juni 1971

Tilipiak

Friedrich Hegenscheidt

Assessor

Steuerbevollmächtigter

2844 Lemförde, den 16. Juni 1971
Espohlstraße 2 / Telefon 419

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht



1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSHA
wegen Mordes an Polen.
Bezug: Dort. Schreiben Gesch.Nr. 1 Js 1/71 RSHA vom 11.6.71

Am 30. Juni 1971 bin ich bereits durch eine Tagung in Konstanz am Bodensee anderweitig gebunden. Im unmittelbaren Anschluss bin ich für etwa drei Wochen in Erholungsurlaub, aus welchem ich in der letzten Woche des Monats Juli zurückkehren werde.

Hochachtungsvoll



An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Friedrich Hegenscheidt
Assessor

Jürgen Hegenscheidt
Steuerbevollmächtigte

2844 LEMFÖRDE - ESPOHLSTRASSE 2
TELEFON (05443) 419

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Der Geschäftsleiter
des **Amtsgericht**



12
284 Diepholz, den 16.6.1971

Bitte bei allen Schreiben angeben!

19-671 ★ -9-12

Lange Straße 32

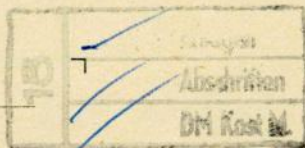
Postfach

Geschäfts-Nr.

Fernruf: (05441) 314 u. 582

- 31 I -

Amtsgericht, 284 Diepholz, Postfach



An

die Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Voruntersuchung gegen ehemalige Ange-
hörige des RSHA wegen Mordes an Polen
Bezug: Ihr Schr.v.11.6.71 - 1 Js 1/71 (RSHA)

Zum Termin am 30.6.1971 wird Ihnen ein Ver-
nehmungszimmer und eine Schreibmaschine
zur Verfügung gestellt werden.

I.V.

Justizamtman

Vfg.

1) Zu schreiben
An das
Amtsgericht Diepholz
- Verwaltungsgeschäftsstelle-

284 Diepholz
Lange Straße 32

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSA);
hier: Zeugenvernehmung vom 30.Juni 1971

Bezug: Ihr Schreiben vom 16.Juni 1971

Da der Zeuge aus unvorhergesehenen Gründen am vorgesehenen
Terminstage nicht zur Verfügung stehen kann, mußte der
Vernehmungstermin aufgehoben werden.

Das Vernehmungszimmer wird daher nicht mehr benötigt.

Die Vernehmung wird zu einem späteren Zeitpunkt durchge-
führt werden, was ich rechtzeitig mitteilen werde.

Hochachtungsvoll

14

2) Zu schreiben

Herrn
Friedrich Hegenscheidt

2844 L e m f ö r d e
Espohlstraße 2

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes an Polen

Bezug: Ihr Schreiben vom 16. Juni 1971 sowie
Ferngespräch vom heutigen Tage

Sehr geehrter Herr Hegenscheidt,

mit Rücksicht auf Ihre Verhinderung habe ich den
Vernehmungstermin vom 30. Juni 1971 aufgehoben.

Den neuen Vernehmungstermin werde ich Ihnen rechtzeitig
vorher telefonisch mitteilen. Er soll voraussichtlich
in der ersten Augushälfte dieses Jahres stattfinden.

Hochachtungsvoll

3) Zu den Akten

Berlin 21, den 22. Juni 1971

Fi

Schl

gef. 22.6/Schl

zu 1) 1 Schrb. } ab 22. JUNI 1971

2) 1 Schrb.

h.

E. Mörrer

447 Meppen, vom 17.5.71
15

An die
Staatsanwaltschaft
hiesiger Kammergericht



1. Berlin 21

Türmstr. 91

Belt: Dort. Letzt. v. 11.6.71 - 7 Jst 1/71
RSHA.

Für eine Vernehmung steht
ist Haus am 29.6.71 - 9⁰⁰ Uhr
im Gebäude des Amtsgerichts
Meppen zur Verfügung.

Verständigungs voll
G. Mörrer.

Die die



VERGISS
MEIN ☼
NICHT :
DIE
POSTLEITZAHL



Staat anwaltschaft beim
● Kammergericht

Berlin 21

Turmstr. 91

Abs. G. Möller, 447 Merren

Hülkenweg 4

Amtsgericht

447 Meppen, den 16. Juni 1971

Bitte bei allen Schreiben angeben:
Geschäfts-Nr.

Obergerichtsstraße 20
Fernruf: (05931) 1002

140 E



12	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

Amtsgericht, 447 Meppen, Postfach

An die
Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen Mordes an Polen

Bezug: Dortiges Schreiben vom 11.6.1971
- 1 Js 1/71 (RSHA)

Am 29. Juni 1971 steht ein Sitzungssaal (Zimmer 12) zur Zeugenvernehmung zur Verfügung.

Auf Anordnung

Ulrich Zuest (van Zoest)

Justizangestellte

Justizvollzugsanstalt Celle I



Justizvollzugsanstalt u. Sicherungsanstalt Celle I

GBNr.

115/64

5	Anlagen Abschriften DM Kost M.
---	--------------------------------------

18
16. Juni 1971

An die
Staatsanwaltschaft

in

1 Berlin 21,

bei dem Kammergericht

Gründl. 91

Betr.: Strafgefangenen

Gründl. Fröps

Bezug: Dort. Schreiben vom

11.6.71

Az.: 175

1/71 (RS4A)

Der Eingang des o. a. Schreibens wird hiermit bestätigt.

I.A.

Hirsh
Amtsinspektor

1 Js 1/71 (RSHA)

Vfg.

1) Zu schreiben - L u f t p o s t - Eilboten -

Herrn
Alfred M a t s c h k e

307 N i e n b u r g/Weser
Exerzierplatz 21

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen
Verdachts des Mordes an Polen

Sehr geehrter Herr Matschke!

In obiger Sache beabsichtige ich, Sie

am Mittwoch, dem 30. Juni 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Nienburg als Zeugen
insbesondere über Ihre frühere Tätigkeit in Radom
zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zum genannten Termin auf dem
Amtsgericht Nienburg einzufinden und dort den Vernehmungs-
raum beim Pförtner oder auf der Verwaltungsgeschäftsstelle
zu erfragen.

Ich bitte um sofortigen Bescheid, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

2) Zu schreiben -Luftpost -Eilboten-

An das
Amtsgericht Nienburg
- Verwaltungsgeschäftsstelle -

307 N i e n b u r g/Weser
Schloßplatz

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen
Verdachts des Mordes an Polen;

hier: Zeugenvernehmung

In obiger Sache beabsichtige ich,

am Mittwoch, dem 30. Juni 1971, 9.00 Uhr,

im dortigen Dienstgebäude einen Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte, mir zum genannten Termin ein Vernehmungs-
zimmer sowie Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen.
Einen Protokollführer bringe ich selbst mit.

Der Zeuge wird sich zum genannten Termin dort beim
Pförtner oder auf der Verwaltungsgeschäftsstelle
melden.

Ich bitte um kurze Bestätigung.
Besten Dank.

Hochachtungsvoll

Berlin 21, den 21. Juni 1971

gef. 21.6/Schl

zu 1) 1 Schrb. Luftp.-Eilboten
2) 1 Schrb.

al. 21. JUNI 1971 N.

Fil

Schl

Vfg.

✓ 1) Zu schreiben - per Luftpost - Eilboten -

Herrn
Herbert Karrasch

3092 H o y a
Breslauer Straße 6

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des
früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
in Berlin wegen Mordes an Polen

Sehr geehrter Herr Karrasch,

in obiger Sache beabsichtige ich, Sie

am Mittwoch, dem 30. Juni 1971, 11.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Nienburg als Zeugen
zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich am angegebenen Vernehmungstage
im Dienstgebäude des Amtsgerichts Nienburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer beim Pförtner oder auf der
Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Bitte, teilen Sie mir möglichst umgehend mit, ob Sie
für die Vernehmung am angegebenen Tage zur Verfügung
stehen.

Hochachtungsvoll

2) Zu den Akten

Berlin 21, den 22. Juni 1971

gef. 22.6/Schl

zu 1) 1 Schrb.
(Luftp.-Eilb.)

ab

22. JUNI 1971
N.

Ti

Schl

Alfred Matschke,
Nienburg/Weser,
Am Exerzierplatz Nr.21.

3070 Nienburg/Weser, den 22.6.1971

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

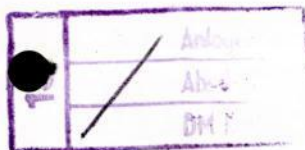


Bezug: Dortg.Schreiben v.21.6.1971 - 1 Js 1/71 -.

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Das o.a. Schreiben habe ich am heutigen Tage erhalten.

Ich werde am Mittwoch, dem 30.Juni 1971 , 9.00 Uhr, zur Zeugenver=
nehmung bei dem A.G. in Nienburg/W., erscheinen.



Hochachtungsvoll:

Der Amtsgerichtsdirektor

314 I

307 Nienburg/Weser, den 22.6.1971

23

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstr. 91



Betr.: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des
Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des
Mordes an Polen

Bezug: Ihr Schreiben vom 21.6.71

Für die am 30.6.71 vorgesehene Zeugenvernehmung steht hier
der Sitzungssaal 1 im Erdgeschoß zur Verfügung; eine Schreib-
maschine wird bereit gestellt.

Winde
(Winde)

Amtsgericht

317 Gifhorn, den 21. Juni 1971

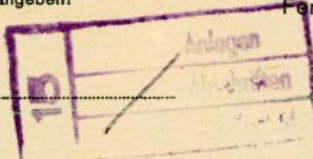
Am Schloßgarten 4

Fernruf: (05371) 30 33 - 30 35

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Geschäfts-Nr.

- 140 I -



Amtsgericht, 317 Gifhorn, Am Schloßgarten 4

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstraße 91

zu: 1 Js 1/71 (RSA)

Auf Ihr Schreiben vom 11.6.1971 wird mitgeteilt, daß Ihnen für die Zeugenvernehmung am 1. Juli 1971, 9.00 Uhr das Zimmer 111 sowie eine Schreibmaschine zur Verfügung gestellt wird.

Auf Anordnung

Czerwinka (Czerwinka)

Justizobersekretärin

plan
Dienstreise vom 9.8. bis 25.8.1971

- ✓ 1) Montag, ^{11.10.} 9.8.1971 *Fahrt nach Diepholz Lempförde, Esphelshar 2* Vernehmung Hegenscheidt in Diepholz
- ✓ 2) Dienstag, ^{12.10.} 10.8.71 ~~Reisetag nach Bad Honnef~~
- ✓ 3) Mittwoch, ^{13.10.} 11.8.71 Vernehmung Erich Ufken, Bad Honnef, Bonn
Mengenberger Str. 26a
- ✓ 4) Donnerstag, ^{14.10.} 12.8.71 Bundesarchiv in Koblenz
- ✓ 5) Freitag, ^{15.10.} 13.8.71 dto. *Simone Wille HERBST, KIRN / g. Bad Honnef*
- ✓ 6) Sonnabend, ^{16.10.} 14.8.71
- ✓ 7) Sonntag, ^{17.10.} 15.8.1971
- ✓ 8) Montag, ^{18.10.} 16.8.1971 Vernehmung des Reg. Amtmann Max Riedel,
Saarbrücken, Meerwiesertalweg 14
- ✓ 9) Dienstag, ^{19.10.} 17.8.71 Vernehmung des Friedrich Wilhelm Herbst
Albert Gerke, 7512 Schimbach Kirm b. Bad Kreuznach, Königsberger Str. 52
- ✓ 10) Mittwoch, ^{20.10.} 18.8.71 Vernehmung der Zeugen Walter Meyer u.
Widmann v. Göttingen Nr. 26 Ewald Malade, Wiesbaden, Eltviller Str. 19a
- ✓ 11) Donnerstag, ^{21.10.} 19.8.71 Vernehmung der Zeugen Dr. Helmut Schlierbach
Offenbach, Buchrainweg 82 und Kuno Callsen,
Neu-Isenburg, Bermondstr. 23 in Offenbach
- ✓ 12) Freitag, ^{22.10.} 20.8.1971 Vernehmung des Zeugen Willi Mittelstaadt,
Nidda, Wiesenstr. 21 wohnhaft in Nidda
- ✓ 13) Sonnabend, ^{23.10.} 21.8.71
- ✓ 14) Sonntag, ^{24.10.} 22.8.71
- ✓ 15) Montag, ^{25.10.} 23.8.71 Vernehmung des Zeugen Rudolf Hotzel in
Bad Hersfeld, *Am Weinberg 30 Göttingen-Weende, Wernbergstr.*
- ✓ 16) Dienstag, ^{26.10.} 24.8.71 Vernehmung der Zeugen Dr. Bartels und Dr.
Rang in Göttingen, *Braunweg 14*
- ✓ 17) Mittwoch, ^{27.10.} 25.8.71 Vernehmung des Zeugen Gerhard Warzecha,
Bad Harzburg, Fritz-König-Str. 20
in Bad Harzburg.

23/6.

Ti.

Vfg.

1) Zu schreiben

Herrn
Friedrich Hegenscheidt

2844 L e m f ö r d e
Espholstraße 2

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Bezug: Bisheriger Schrift- und Fernsprechverkehr

Sehr geehrter Herr Hegenscheidt,

ich bitte Sie, sich nunmehr zu Ihrer zeugenschaftlichen
Vernehmung

am Dienstag, dem 10. August 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Diepholz einzufinden.

Ich bitte um kurze Bestätigung.

Hochachtungsvoll

2) Zu schreiben

Herrn
Erich U f k e n

534 B a d H o n n e f
Mengenberger Straße 26 a

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Bezug: Bisheriger Schriftverkehr

Sehr geehrter Herr Ufken,

ich bitte Sie, sich nunmehr zu Ihrer zeugenschaftlichen
Vernehmung

am Mittwoch, dem 11. August 1971, 13.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht in Bonn einzufinden.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen. Den Vernehmungsraum bitte ich,
beim Pförtner oder auf der Verwaltungsgeschäftsstelle
zu erfragen.

Hochachtungsvoll

3) Zu schreiben

Herrn
Max R i e d e l

66 S a a r b r ü c k e n
Meerwiesertalweg 14

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Riedel,

ich bitte Sie, sich zu Ihrer zeugenschaftlichen Ver-
nehmung

am Montag, dem 16. August 1971, 10.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Saarbrücken
einzufinden. Den Vernehmungsraum bitte ich, beim Pförtner
oder auf der Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

4) Zu schreiben

Herrn
Friedrich-Wilhelm H e r b s t

657 K i r n /Nahe
Königsberger Straße 52

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Herbst,

ich bitte Sie, sich zu Ihrer zeugenschaftlichen Vernehmung

am ^{Freitag} ~~Dienstag~~, dem 13. August 1971, 1430 Uhr, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach
einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich, beim Pförtner oder auf
der Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

5) Zu schreiben - gleichlautend -

- a) Herrn Ewald M a l a d e , Eltviller Str. 9 a

b) Walter Meyer, Wolfram-von-Eschenbach-Str.26

62 W i e s b a d e n

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr a) Malade
 b) Meyer

ich bitte Sie, sich zu Ihrer zeugenschaftlichen Vernehmung

am Mittwoch, dem 18. August 1971, a) 9.00 Uhr
b) 10.30 Uhr

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Wiesbaden
einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich, auf der Verwaltungsge-
schäftsstelle oder beim Pförtner zu erfragen.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

6) Zu schreiben

Herrn
Dr. Helmut Schlierbach

605 Offenbach
Buchrainweg 82

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Dr. Schlierbach,

ich bitte Sie, sich zu Ihrer ezeugenschaftlichen
Vernehmung

am Donnerstag, dem 19. August 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Offenbach einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich, beim Pförtner oder auf
der Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.
Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

7) Zu schreiben

Herrn
Kuno C a l l s e n

6078 Neu-Isenburg
Bermondstraße 23

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Callsen,

ich bitte Sie, sich zu Ihrer zeugenschaftlichen Ver-
nehmung
am Donnerstag, dem 19. August 1971, 11.00 Uhr,
im Dienstgebäude des Amtsgerichts Offenbach einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich, beim Pförtner oder auf
der Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Bitte, teilen Sie mir mit, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Ihre vor der Polizei gemachten Angaben, daß Sie keine
Zeit hätten, zu einer Vernehmung zu erscheinen, ist
allerdings kein genügender Entschuldigungsgrund. Es müßte
sonst Ihre richterliche Vernehmung beantragt werden.

Hochachtungsvoll

8) V e r m e r k

Die Ladung des Zeugen M i t t e l s t ä d t in Nidda
wird von der Kripo veranlaßt.

9) Zu schreiben

Herrn
Rudolf H o t z e l

643 Bad H e r s f e l d
Am Weinberg 30

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Hotzel,

aus unvorhergesehenen Gründen ist Ihre nochmalige
Vernehmung erforderlich. Ich bitte Sie deshalb, sich

am Montag, dem 23. August 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Bad Hersfeld einzufinden.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

10) Zu schreiben

- a) Herrn Dr. Erich Bartels, Göttingen-Weende, Hennebergstr. 20
- b) Herrn Dr. Friedring Rang, Göttingen, Brauweg 19

34 G ö t t i n g e n

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes
wegen Mordes an Polen

Sehr geehrter Herr a) Dr. Bartels
 b) Dr. Rang

aus unvorhergesehenen Gründen ist Ihre nochmalige
zeugenschaftliche Vernehmung erforderlich.

Ich bitte Sie deshalb, sich

am Dienstag, dem 24. August 1971, a) 9.00 Uhr
 b) 11.00 Uhr

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Göttingen, Waageplatz,
einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich beim Pförtner oder auf der
Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

14) Zu schreiben

Herrn
Gerhard W a r z e c h a

3388 Bad H a r z b u r g
Fritz-König-Straße 20

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Warzecha,

ich bitte Sie, sich zu Ihrer zeugenschaftlichen
Vernehmung

am Mittwoch, dem 25. August 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Bad Harzburg
einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich beim Pförtner oder
auf der Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

37

12) Zu schreiben

Herrn
Albert G e r c k e

7572 S t e i n b a c h
Weinbergstraße 8

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

Sehr geehrter Herr Gercke,

ich bitte Sie, sich zu Ihrer zeugenschaftlichen
Vernehmung am

Dienstag, dem 17. August 1971, 10.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Baden-Baden
einzufinden.

Den Vernehmungsraum bitte ich beim Pförtner oder auf
der Verwaltungsgeschäftsstelle zu erfragen.

Ich bitte um kurze Bestätigung, ob Sie zum angegebenen
Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

13) Zu den Akten

Berlin 21, den 23. Juni 1971

F.

Schl

gef. 23.6/Schl

zu 1) bis 7) Je 1 Schrb.
9) bis 12) Je 1 Schrb.

} al

24. JUNI 1971

N.

Vfg.

1) Zu schreiben

Herrn
Ortwin G l a d e

2 H a m b u r g 43
Angelnstraße 3

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Glade,

ich beabsichtige, Sie am

19.Juli 1971, 13.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

2) Zu schreiben

Herrn
Hans-Herbert Spangenberg

2 Hamburg 28
Veddeler Brückenstraße 107 III
bei Platzek

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Spangenberg,

ich beabsichtige, Sie am

20. Juli 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

3) Zu schreiben - gleichlautend -

- a) Herrn Harry Schulz, Hamburg 28, Veddeler Brückenstr. 134 II,
b) Herrn Albert Sankowsky, Hamburg 20, Ludolfstr. 40 III,

**Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes**

Sehr geehrter Herr a) Schulz,
 b) Sankowsky

Ich beabsichtige, Sie am

- a) 20. Juli 1971, 13.00 Uhr,
b) 21. Juli 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

41

4) Zu schreiben

Herrn
Georg F r i t s c h e

28 B r e m e n
Amrener Straße 18

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Fritsche,

ich beabsichtige, Sie am

22.Juli 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bremen
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte, mir möglichst bald mitzuteilen, zu welchem
Zeitpunkt Sie der Stapostelle Oppeln angehört haben und
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.
Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bremen einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Hochachtungsvoll

5) Zu schreiben

Herrn
Ernst B a s s e

219 C u x h a v e n
Tannenweg 24

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Basse,

ich beabsichtige, Sie am

22.Juli 1971, 15.00 Uhr,

im Dienstgebäude des Amtsgerichts Cuxhaven als
Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, mir möglichst bald mitzuteilen, zu welchem
Zeitpunkt Sie der Stapostelle Graudenz angehört haben
und ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.
Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude des Amtsgerichts Cuxhaven einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Hochachtungsvoll

43

60 ✓ Zu schreiben

Herrn
Helmut F r a n z

2101 M e c k e l f e l d
Budenhain 20 h

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Franz,

ich beabsichtige, Sie am

23. Juli 1971, 11.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg als
Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

44

7) Zu schreiben

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
- Verwaltungsgeschäftsstelle -

2 H a m b u r g 36

Postfach

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

In dem oben angegebenen Verfahren beabsichtige ich,
vom 19. bis 21. Juli 1971 und voraussichtlich
am 23. Juli 1971

im dortigen Dienstgebäude Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, mir zu den angegebenen Tagen ein
Vernehmungszimmer sowie eine Protokollführerin zur
Verfügung zu stellen.

Die Zeugen sind von hieraus geladen und werden sich
zum Termin auf der Verwaltungsgeschäftsstelle melden.

Ich bitte um kurze Bestätigung.

Besten Dank.

8) Zu schreiben

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Bremen
- Verwaltungsgeschäftsstelle -

28 B r e m e n 1
Domsheide 16

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

In dem oben angegebenen Verfahren beabsichtige ich,
am 22.Juli 1971, ab 9.00 Uhr,

einen Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, mir zu dem angegebenen Tag ein
Vernehmungszimmer sowie eine Protokollführerin zur
Verfügung zu stellen.

Den Zeugen habe ich von hieraus geladen. Er wird sich
zum Termin auf der Verwaltungsgeschäftsstelle melden.

Ich bitte um kurze Bestätigung.
Besten Dank.

46

9) Zu schreiben

An das
Amtsgericht Cuxhaven
- Verwaltungsgeschäftsstelle-

219 C u x h a v e n 1
Deichstraße 12 a

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

In dem oben angegebenen Verfahren beabsichtige ich,

am 22. Juli 1971, ab 15.00 Uhr,

einen Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, mir zu dem angegebenen Tag ein
Vernehmungszimmer sowie eine Protokollführerin zur
Verfügung zu stellen.

Den Zeugen habe ich von hieraus geladen. Er wird sich
zum Termin auf der Verwaltungsgeschäftsstelle melden.

Ich bitte um kurze Bestätigung.

Besten Dank.

10) Zu den Akten

Berlin 21, den 24. Juni 1971

v. B.

Schl

gef. 24.6/Schl

zu 1) bis 9)
Je 1 Schrb. *al*

24. JUNI 1971

(6.)

47

Der Leitende Oberstaatsanwalt

[REDACTED]

- AR 34/71 - V -

Aktz.:

Es wird gebeten, bei Eingaben vorstehendes Aktenzeichen anzugeben.

13	<input checked="" type="checkbox"/> Anklagen
	<input checked="" type="checkbox"/> Abschriften
	<input checked="" type="checkbox"/> DM Kost M.

28 Bremen 1, den 29. Juni 1971

Postfach

Gerichtshaus, Domsheide 16

Fernsprecher: (04 21) 361- 4278

** (04 21) 36 11



An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Be 1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betr.: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSHA
wegen Mordes

Zu: 1 Js 1/71 (RSHA) vom 24. Juni 1971

Der Vernehmung von Zeugen am 22. 7. 1971 stimme ich zu.
Ein Vernehmungszimmer und eine Protokollführerin stelle ich
Ihnen zur Verfügung.

D. [Signature]

Der Amtsgerichtsdirektor

Cuxhaven, den 29. Juni 1971

- 140 E -

An
die Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstr. 91



2. JULI 1971

Betr.: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSHA
wegen Mordes

Bezug: Dortige Verfügung vom 24.6.71 - 1 Js 1/71 (RSHA) -

Für den 22.7.1971, 15.00 Uhr, wird für Sie der Raum 30 im
hiesigen Amtsgericht reserviert. Eine Protokollführerin wird
gestellt.

Im Auftrage

49

**STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG
DER LEITENDE OBERSTAATSANWALT**

Geschäfts-Nr.: **Verwaltung**

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 29.6.1971

Fernsprecher 34 10 9 704 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43. „

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 36 Postfach

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstr. 91



2. JULI 1971 B

Betr.: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSHA
wegen Mordes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 24.6.1971 - 1 Js 1/71 (RSHA) -

Sehr geehrter Herr von Beugheim !

Für die Vernehmung von Zeugen in der Zeit vom 19. bis 23.7.1971
wird Ihnen eine Protokollführerin und ein Vernehmungszimmer zur
Verfügung gestellt.

Hochachtungsvoll

I.A.

(Heuer)
Justizoberamtmann

Justizbehörden

Absender: Abt. 5

Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht ^{Kammergericht}

1 Berlin 21
Turmstraße 91



F. Leinich

Herrn
Helmut Franz

2101

Meckelfeld

Budenhain 20

Smith. v. v. 25/60

50

Staatsanwaltschaft

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.:

1 Js 1/71 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den 24. Juni 1971
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91, Fernruf: 35 01 11 (933) 1309

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den _____

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf: 306 00 11 (App.: _____)

(Im Innenbetrieb: 968)

Telex 182 749

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 – 13.00

Herrn
Helmut F r a n z

2101 M e c k e l f e l d
Budenhain 20 h

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Franz,

ich beabsichtige, Sie am

23. Juli 1971, 11.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg als
Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll



(von Beugheim)
Staatsanwalt

Schl



An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

7	Anlagen
	Anordnungen
	DM Klage

1 Berlin n 21
Turmstrasse 91.

Betr.: Dortg. Gesch.-Nr. 1Js 1/71 (RSA)

Zu ob. angeführten Gesch.-Nr. werde ich zu dem von dort genannten Termin auf der Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft in Hamburg erscheinen.

Heinrich Grunewald
Hochachtungsvoll

Werner Sankowsky
2. Hg. 73
Trimmendorfer - Nr. 39

Hechtsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Berlin

Hg. 2. 4. 7. 7i 52



getrippt: 1 Jo 1/7i (RSHA)

Sehr geehrter Herr Hechtsanwalt!

Teile Ihnen hiermit mit, dass ich Ihnen am
21. Juli 73 zur Verfügung stehe.
gemerkten würde ich nicht, dass "Albert" Sankowsky
nicht ist, sondern mein Vater ist. Nehme aber
an, dass es mit mir eine Verwechselung handelt.
Mein Vater, Albert Sankowsky, ist am 7. Juni
1961 verstorben.

Herzliche Grüße!

H.

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht
1 Berlin 21
Turm-Str. 91

53
Harri Schulz



Hamburg, den 7. Juni 1971

Veddeler Brückenstr. 134 II

An die

Staatsanwaltschaft

bei dem Kammergericht

-1- Berlin 21

Turmstr. 91



B

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSHA
wegen Mordes.

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 24.6.71 - 1 Js 1/71 (RSHA)

Zu dem vorstehenden Schreiben möchte ich mitteilen, dass der Zeitpunkt der Zeugenvernehmung für mich sehr ungünstig liegt. Ich bin z. Zt. von meiner Hamburger Firma auf Montage bei der Vulkan -Werft in Bremen-Vegesack tätig. Am Wochenende, Freitags gegen 15,30 Uhr fahre ich immer nach Hamburg.

Eine Vernehmung am Freitag in Hamburg, oder in der Woche in Bremen wäre für mich aus beruflichen Gründen angenehmer.

Hochachtungsvoll

H. Schulz

Jörg Fritzsche
28 Bremen 44
Armsener Str. 18

Bremen, 27. 6. 1971

54

Eing.
29. JUNI 1971

10.

An die

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht
1 Js 1/71 (RSHA)

1 Berlin 21

Turmstr. 91

Ich habe den Stapostelle Oppeln von
Mitte des Jahres 1935 angehört.

Am 22. Juli 1971 werde ich mich zum
angewiesenen Zeitpunkt im Dienstgebäude der
Staatsanwaltschaft Bremen einfinden.

Hochachtungsvoll
Jörg Fritzsche

55

Korshahn, d. 30. Juni 1971

Staatsanwaltschaft Stade
Eing. - 2. JULI 1971
fach.....Bd.....Heft
Anl.....DM Kostenm.

Amtsgericht Cuxhaven
Eing. - 1. JULI 1971
Durchschl.....Anl.
Bd.....DM Kostenm.

An die
Staatsanwaltschaft
beim ~~z.H.~~ Amtsgericht

Cuxhaven

Stade

Gesch. Nr. 1 Js. 1/71 (NSHA)

1. JUNI 1971

Am 27. Juli 1971 vom 15⁰⁰ bis 17⁰⁰ Uhr
stehe ich mit Vernehmung zur Verfügung.

Am 1. August 1939 von der Schutzpolizei
mit Pol.-Vert. Elling einberufen als Pol.-
Aust. Amt. auf Probe in Vorbereitung. Am 12. 8. 39
mit Fernschreiben zur Verwaltung, Staatspoli-
zei Elling abkommandiert.

Vom 24. August 39 bis 30. April 1940 Referat
in der Luftwaffe.

Am 1. 5. 1940 Dienstauftritt in der Verwaltung
Staatspolizei Gräfenh. November 1940
Verwaltungsabschlusssprüfung RSHA in
Berlin, Hermann Göring Str. Bis Juni-August
(Zeit ungenau) Staatspolizei Gräfenh.

Ab Juni-August als Verwaltungsführer
Unruhestreuer Lebverbot. 1943-1944
Untersuchungskraft wegen Befehlserweichung
im 44- Straflager Malsgau, Amtsgerichtsgefängnis
Dänzig, Stapelstelle Dänzig. 1944-1945
Festungsbau, Straflager "Thorn".

Gruß Base.
2851 Korshahn
An d. Kirche 12

Zurückgesandt

Der Vorgang ist ohne Aktienzeichen
oder nähere Angabe
nicht zu ermitteln.

Um Ergänzung wird gebeten.

Stade, den 2. 4. 41
Staatsanwaltschaft, Geschäftsstelle

(Das angegebene Aktienzeichen ist
unrichtig)



Be



Unerschriftlich

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Türmerstr. 91

Gerh. Z. 175 1/41 (R.S.H.F.)

Ohne Schreiben mit Kenntnis!

Acknowledgment!

Gnup Barre
2851 Nordhalz
An A. Kinche 12

Vfg.

1) Zu schreiben

Herrn
Werner Sankowsky

2 H a m b u r g 73
Timmendorfer Straße 39

Sehr geehrter Herr Sankowsky,

ich danke für Ihr Schreiben vom 4. Juli 1971.

Da ich beabsichtigt habe, Ihren Vater zu vernehmen,
ist Ihre Vernehmung nicht erforderlich.
Sie brauchen daher zu dem angegebenen Termin nicht
zu erscheinen.

Hochachtungsvoll

2) Zu schreiben

Herrn
Harri S c h u l z

2 H a m b u r g
Veddeler Brückenstraße 134 II

Sehr geehrter Herr Schulz

ich danke für Ihr Schreiben vom 27. Juni 1971.

Ich beabsichtige, Sie

am 21. Juli 1971, 15.00 Uhr,

in Bremen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bremen einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Hochachtungsvoll

57

3) Zu schreiben

Herrn
Georg F r i t s c h e

28 B r e m e n 44
Arnsenerstraße 18

Sehr geehrter Herr Fritsche,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 27.Juni 1971.

Infolge unvorhergesehener Termine muß ich Ihre Vernehmung einen Tag vorverlegen.

Ich bitte Sie deshalb, bereits

am 21.Juli 1971, 9.00 Uhr,

im Gebäude der Staatsanwaltschaft Bremen zur Vernehmung zu erscheinen.

Hochachtungsvoll

4) Zu schreiben

Herrn
Wilhelm H u b e r

2 H a m b u r g -Harburg
Kirchenhang 21

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Huber,

ich beabsichtige, Sie am

20.Juli 1971, 13.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

5) Zu schreiben

Herrn
Johannes S i e v e r s

2 H a m b u r g -Altona
Eulenstraße 44 II

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Sievers,

ich beabsichtige, Sie am

23.Juli 1971, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg
als Zeugen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hamburg einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Geben Sie mir bitte möglichst sofortige Antwort,
ob Sie zu dem angegebenen Termin zur Vernehmung
zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

6) Zu den HA

Berlin 21, den 6.Juli 1971

gef.6.7/Schl
zu 1) bis 5)
de 1 Schrb.

Schl

Vfg.

1) V e r m e r k

In dem Verfahren gegen Dr. D e u m l i n g u.a.
beabsichtige ich, in der Zeit vom 19. bis 23. Juli 1971
nach Hamburg, Bremen und Cuxhaven zu reisen, um folgende
Zeugen zu vernehmen:

in Hamburg:

- 1) Ottwin G l a d e
(ehemaliger Angehöriger der Stapostelle
Zichenau/Schröttersburg);
- 2) Hans-Herbert S p a n g e n b e r g
(ehemaliger Angehöriger des KdS Radom);
- 3) Harry S c h u l z
(ehemaliger Angehöriger der Stapostelle Oppeln);
- 4) Albert S a n k o w s k i
(ehemaliger Angehöriger der Stapostelle
Zichenau/Schröttersburg);
- 5) Helmut F r a n z
(ehemaliger Angehöriger der Stapostelle Hohensalza);

in Bremen:

- 6) Georg F r i t s c h e
(ehemaliger Angehöriger der Stapostelle Oppeln);

in Cuxhaven:

- 7) Ernst B a s s e
(ehemaliger Angehöriger der Stapostelle Graudenz).

61

Die Vernehmung dieser Zeugen ist für die Beantwortung der Frage, ob die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n mit eigenen niedrigen Beweggründen (§ 50 Abs. II n.F. StGB) gehandelt haben und ob sie mit der Exekution von polnischen Schutzhäftlingen im KL Groß-Rosen bzw. Stutthof befaßt waren, von Bedeutung.

2) Herrn C h e f

über

Herrn Chefvertreter

sowie

Herrn Oberstaatsanwalt P a g e l

und

Herrn AL 5

mit der Bitte, die Dienstreise zu Ziff. 1) ds.Vfg. zu genehmigen.

Ich bitte, mir die Benutzung des Luftweges von Berlin nach Hamburg und zurück zu genehmigen.

3) Frau Kostenbeamtin G o o s

zur gefälligen Kenntnissnahme und mit der Bitte um Anweisung eines Reisekostenvorschusses.

4) Nach Erledigung von Ziff. 2) bis 3) ds.Vfg. zurück an Abt. 5

5) Diese Vfg. z.d.HA

Berlin 21, den 28. Juni 1971

Dr. Däumling

*Genehmigt
Berlin, den 2. Juli 71*

K.g. 28. JUNI 1971

*Die beantragte Dienstreise wird genehmigt.
18/6.*

*P30.
G.*

*el. 5. JULI 1971
So.*

Ortwin Glade



2000 Hamburg - 70, 7.7.71
Angelnstr. 3

62

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht



9. JULI 1971

Be

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Gesch...-Nr. 1 ~~Is.~~ 1/71 (RSHA)

Zu Ihrem Schreiben vom 24.6.1971 teile ich Ihnen mit, daß ich
an dem genannten Termin (19.7.71) zur Verfügung stehe.

Hochachtungsvoll

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Js 1/71 (RSA)

Berlin 21, den 5. Juli 1971
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

63

Mit einem Band Akten (Bd. CX)
und zwei Dokumentenordnern "Einzelfälle E 241 bis 270"

dem

Herrn Untersuchungsrichter II
bei dem Landgericht Berlin

Herrn Landgerichtsdirektor H e i n z e

zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung übersandt.

Durch die Auffindung weiterer Dokumente sind neue Einzelfälle der "Sonderbehandlung" polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger Kriegsgefangener bekannt geworden (vgl. Teil B des Vermerks vom 16. November 1970 -Bd. CX Bl. 36 ff.). Die Erweiterung der Voruntersuchung wird jedoch nur insoweit beantragt, als diese Fälle in allen Einzelheiten bekannt sind. Im übrigen habe ich das Verfahren gemäß § 154 bzw. 154 a StPO vorläufig eingestellt.

Im einzelnen ist der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g für die Exekution folgender Polen mitverantwortlich:

1) Fall E 258

Roman D r o z d o w s k i

am 20. Januar 1942 im KL Buchenwald;

2) Fall E 259

Siegmond K o p a

am 5. Februar 1942 im KL Mauthausen;

64

3) Fall E 260

Mieczyslaw M u z e j a
am 20. Februar 1942;

4) Fall E 261

- a) Jozef S e r o k a
- b) Zygmunt S z a n i d a
- c) Wladislaw W a t t

am 16. April 1942 in Sierksrade Krs. Herzogl. Lauenburg;

5) Fall E 262

Stefan G a j z l e r
am 23. April 1942 im KL Sachsenhausen;

6) Fall E 263

Stefan G a l a
am 6. Mai 1942 im KL Dachau;

7) Fall E 264

Zigmunt S e r a f i n o w i c z
am 9. Juni 1942 im KL Sachsenhausen;

8) Fall E 265

Georg R z e t e l s k i
am 14. Juli 1942 in Bremen;

9) Fall E 266

Josef F r o n t c z a k
am 20. August 1942;

10) Fall E 267

Stephan K o r y t e k
am 7. Oktober 1942 im KL Sachsenhausen;

11) Fall E 268

Felix C h e s c z a y
am 3. Dezember 1942;

12) Fall E 269

Stanislaus Nowakowski
am 26. Februar 1943 in Watenstedt-Salzgitter,
Ortsteil Hallendorf, Lager 21;

13) Fall E 270

Jan Sowka
am 11. Mai 1942 auf der Straße zwischen Poppenhausen
und Einöd, Landkreis Hildburghausen.

Mit ihm wurden als "Sühnemaßnahme" die folgenden
19 polnischen Häftlinge des KL Buchenwald, die an der Tat
des Jan Sowka nicht beteiligt gewesen waren, "auf Befehl
des RFSS" erhängt:

- a) Piotr Laskowski
- b) Joseph Pikur
- c) Eduard Broszko
- d) Stefan Tokarski
- e) Kasimir Skurczynski
- f) Stanislaus Kaprzyk
- g) Tadeusz Guzek
- h) Nikodem Zawadzki
- i) Wladislaus Pasiak
- j) Michael Makowski
- k) Jan Smolarek
- l) Bronislaw Pokorski
- m) Stansilaw Kazmierczak
- n) Leon Jaroch
- o) Wladyslaw Sokal
- p) Jan Prybyla
- q) Jan Jaros
- r) Adam Szczerkowski
- s) Henryk Wajdenfeld.

Der Angeschuldigte T h o m s e n ist für die Exekution der nachstehend aufgeführten Polen mitverantwortlich:

1) Fall E 241/242

a) Wladislaus H a d r y i a n

b) Wladislaus S t r z e l e c k i

beide am 26. April 1944 im KL Groß-Rosen;

2) Fall E 243/244

a) Jan P a n a s

b) Benedykt T o m i c z e k

beide am 13. Mai 1944 im KL Groß-Rosen;

3) Fall E 245

Stefan K r o l l

am 23. Mai 1944 im KL Groß-Rosen;

4) Fall E 246/247

a) Antoni B o r o w i c z

b) Ephreim H y n d a

beide am 3. Juli 1944 im KL Groß-Rosen;

5) Fall E 248

Mieczyslaw W o l d a i n s k i,

alias Stanislaus J a w o r s k i,

am 8. Juli 1944 im KL Groß-Rosen;

6) Fall E 249

Stanislaus C w i e k

am 26. Juli 1944 im KL Groß-Rosen;

7) Fall E 250

Marian K n a p i k

am 23. August 1944 im KL Groß-Rosen;

8) Fall E 251

Josef P a p i e r s
am 29. Oktober 1944 im KL Groß-Rosen;

9) Fall E 252

Michel B a z y l e w i c z
am 1. November 1944 im KL Groß-Rosen;

10) Fall E 253

Michael W e p r y k
am 1. November 1944 im KL Groß-Rosen;

11) Fall E 254

Wasył S e n i w
am 18. November 1944 im KL Groß-Rosen;

12) Fall E 255

Alois K r z y n o w e k
am 18. November 1944 im KL Groß-Rosen;

13) Fall E 256

Richard S k o w e r a
am 18. November 1944 im KL Groß-Rosen;

14) Fall E 257

Vinzenz K u j a w a
am 7. Dezember 1944 im KL Groß-Rosen;

Ich beantrage daher,

die nachträglich bekannt gewordenen Einzelfälle
E 241 bis E 270 gemäß § 191 StPO in die Vorunter-
suchung gegen die Angeschuldigten
Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n
einzubeziehen.

von Beugheim
Staatsanwalt

Vfg.

- ✓ 1. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften -

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 58

- a) Willi. Kießling v. 3.6.71.....
- b) Gerhard Möller v. 29.6.71.....
- c) Alfred Matschke v. 30.6.71.....
- d) Herbert Karrasch v. 30.6.71.....
- e) Johannes Schäfer v. 1.7.71.....
- f)
- g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310/63

Anlage(n): Vernehmungsniederschrift(en)

Als Anlage(n) übersende ich ...⁵..... Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnissnahme und zum dortigen Verbleib.

2. Z.d. *HA*

Berlin, den 16. 7. 1971

Tr
Erster Staatsanwalt

zu 1) get + ab

19. JULI 1971 Be

II VU 2/71

B e s c h l u ß

In der Voruntersuchungssache

g e g e n Bernhard B a a t z u. a.

hier nur

g e g e n 1.) den Prokuristen

Dr. Joachim Karl Paul Nikolaus Deumling,
geboren am 25. Januar 1910 in Bungerhof/Old.,
wohnhaft in Brackwede, Dresdener Straße 16,
Verteidiger: Rechtsanwalt Dietrich Weimann,
Berlin 19, Reichsstraße 84,

2.) den Rechtsanwalt und Notar

Harro Andreas Wilhelm Thomsen,
geboren am 3. März 1911 in Böhmstedt/Husum,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein, Königstr. 40,
Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Weyher,
Berlin 31, Ballenstedter Str. 5,

w e g e n Verdachts der Beihilfe zum Mord

wird die Voruntersuchung auf Antrag der Staats-
anwaltschaft gem. § 191 StPO ergänzend zu der
Verfügung über die Eröffnung der Voruntersuchung
vom 22. März 1968 - II VU 5/68 - 1 Js 4/64 (RSHA)
auf folgende weitere Einzelfälle - Exekutionen
von polnischen Zivilarbeitern und ehemaligen
polnischen Kriegsgefangenen - ausgedehnt:

I. Gegen den Angeschuldigten Dr. Deumling:

Dokumente
E 258

- 1) D r o z d o w s k i, Roman,
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 17. August 1913 in Zawada,
am 20. Januar 1942 im KL Buchenwald
"auf Anordnung des RFSS" wegen
Geschlechtsverkehrs mit einer reichs-
deutschen Frau erhängt.

Die Exekution ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 16. Mai 1942
- IV D 2 c - 2766/41 - gez. Dr. Deumling -
an die Stapostelle Litzmannstadt.

Dokumente

- 2) K o p a , Sigmund,
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 22. April 1923,
am 5. Februar 1942 im KL Mauthausen
"auf Befehl des RFSS" wegen
"versuchter. Notzucht, Schändung und
widernatürlicher Unzucht mit Tieren"
erhängt.
Die Exekution ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 21. Juni 1943
- IV D 2 c - 2703/41 - gez. Thomsen -
an die Stapostelle Litzmannstadt und
dem Totenbuch "Unnatürliche Todes-
fälle" des KL Mauthausen. E 259
- 3) M u z e j a , Mieczyslaw,
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 13. März 1924 in Lipa,
am 20. Februar 1942 "auf Befehl
des RFSS" wegen "Geschlechts-
verkehrs mit einer Reichsdeut-
schen" erhängt. E 260
Der Sachverhalt ergibt sich aus
dem Schreiben des RSHA vom 10. April
1942 - IV D 2 c - 3392/41 - gez.
Dr. Deumling - an die Stapostelle
Litzmannstadt
- 4) a) S e r o k a , Józef,
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 14. März 1916 in Pabianice,
am 16. April 1942 in Sierksrade
Krs. Herzogl. Lauenburg "auf
Befehl des RFSS wegen Geschlechts-
verkehrs mit einer deutschen Frau"
erhängt. E 261
Der Sachverhalt ergibt sich aus
dem Schreiben des RSHA vom 28. Sep-
tember 1942 - IV D 2 c - 3660/41 -
gez. Dr. Deumling - an die Stapostelle
Litzmannstadt.
Durch örtliche Ermittlungen wurde
bekannt, daß gemeinsam mit Seroka
die polnischen Zivilarbeiter
- b) S z a n i d a , Zygmunt,
geb. am 14. März 1911 in Polen, und
c) W a t t , Wladislaw,
geb. am 27. Juli 1924 in Polen,
wahrscheinlich ebenfalls wegen Ge-
schlechtsverkehrs mit deutschen Frauen
(Gertrud Anschar und Elli Wulf)
erhängt worden sind.

Dokumente

- 5) G a j z l e r , Stefan, E 262
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 1. Juli 1916 in Pabianice,
am 23. April 1942 im KL Sachsenhausen
"auf Befehl des RFSS wegen Geschlechts-
verkehrs mit einer Reichsdeutschen
erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 22. September
1942 - IV D 2 c - 3521/42 - gez. Dr.
Deumling - an die Stapostelle Litz-
mannstadt und aus dem Sterbebuch des
Standesamts Oranienburg, Reg. Nr. 1229/42.
- 6) G a l a , Stefan, E 263
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 18. Mai 1908 in Grzemieszew,
am 6. Mai 1942 im KL Dachau
"auf Befehl des RFSS" wegen Geschlechts-
verkehrs mit einer Reichsdeutschen"
erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 15. Oktober
1942 - IV D 2 c - 3489/41 - gez. Thiel-
mann - an die Stapoleitstelle Posen.
- 7) S e r a f i n o w i c z , Zigmunt, E 264
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 6. Mai 1920 in Janow-Podlaski,
am 9. Juni 1942 im KL Sachsenhausen
wegen Geschlechtsverkehrs mit einer
Reichsdeutschen erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 14. April 1943
- IV D 2 c - 2429/42 - gez. Dr. Deumling -
an die Stapostelle Litzmannstadt.
- 8) R z e t e l s k i , Georg, E 265
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 24. März 1924 in Lodz,
am 14. Juli 1942 in Bremen "auf
Befehl des RFSS wegen Plünderns"
erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 26. August 1942
- IV D 2 c - 4237/42 - gez. Dr. Deumling -
an die Stapostelle Litzmannstadt.

Dokumente

- 9) F r o n t c z a k , Josef,
polnischer Zivilarbeiter, E 266
geb. am 2. Februar 1924 in Panclowice,
am 20. August 1942 wegen/Notzucht
verbrechens erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 24. Mai 1943
- IV D 2 c - 3102/42 - gez. Betz -
an die Stapostelle Litzmannstadt.
- 10) K o r y t e k , Stephan, E 267
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 8. Dezember 1921 in Czernice,
am 7. Oktober 1942 im KL Sachsenhausen
wegen "Aufwiegelung" erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 11. August 1943
- IV D 2 c - 3105/42 - gez. Thomsen -
an die Stapostelle Litzmannstadt.
- 11) C h e s c z a y , Felix, E 268
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 21. Mai 1918 in Gasin,
am 3. Dezember 1942 wegen "Gewalt-
tätigkeit" erhängt, Exekutionsort
und ermittelnde Stapostelle unbekannt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 23. Februar 1943
- IV D 2 c - 3375/42 - gez. Dr. Deumling -
an die Stapostelle Litzmannstadt.
- 12) N o w a k o w s k i , Stanislaus, E 269
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 23. März 1921 in Iwanowice,
am 26. Februar 1943 in Watenstedt-
Salzgitter, Ortsteil Hallendorf,
Lager 21, wegen Sabotage erhängt.
Der Sachverhalt ergibt sich aus dem
Schreiben des RSHA vom 20. April 1943
- IV D 2 c - 7102/43 - gez. Dr. Deumling -
an die Stapoleitstelle Posen.
- 13) S o w k a , Jan, Pole, E 270
weitere Personalien nicht bekannt,
am 11. Mai 1942 auf der Straße zwi-
schen Poppenhausen und Einöd, Landkreis
Hildburghausen, wegen Mordes an dem
Gendarmeriebeamten Gottwald erhängt.

Mit ihm wurden als "Sühnemaßnahme" die folgenden 19 polnischen Häftlinge des KL Buchenwald, die an dem Mord nicht beteiligt gewesen waren, "auf Befehl des RFSS" erhängt:

- a) L a s k o w s k i , Piotr,
geb. am 29. Juli 1917 in Najbukow,
oder am 24. Januar/Juni 1917 in Chodybki,
am 1. Dezember 1941 festgenommen, Grund nicht bekannt,
und am 9. Dezember 1941 von der Stapo Weimar als
"Polizeihäftling" bzw. "Arb.Erz.Häftling" in das
KL Buchenwald eingeliefert,
- b) P i k u r , Joseph,
geb. am 4. Februar 1919 in Konotopy od. Sokal b.Lemberg,
am 7. Dezember 1941 festgenommen, Grund nicht bekannt,
und am 23. Dezember 1941 von der Stapo Weimar als
"Polizeihäftling, Arbeitserziehungshäftling" in
das KL Buchenwald eingeliefert,
- c) B r o s z k o , Eduard,
geb. am 16. April 1921 in Susiec
oder am 16./21. Juni 1921 in Grabowicza,
am 1. Februar 1942 wegen "Verkehrs mit deutschem
Mädel" festgenommen und am 5. März 1942 von der Stapo
Weimar als "Polizeihäftling" in das KL Buchenwald
eingeliefert,
- d) T o k a r s k i , Stefan,
geb. am 20. Januar 1915 in Rykaly,
am 16. Januar 1942 festgenommen - Grund: "Streit mit
der Bäuerin" - und am 19. Februar 1942 von der Stapo
Weimar/Gotha als "Polizeihäftling" in das KL Buchen-
wald eingeliefert,
- e) S k u r c z y n s k i , Kasimir,
geb. am 13. März 1920 in Sosnowitz,
am 12. Februar 1942 wegen "Verkehrs mit deutschen
Mädchen" festgenommen und am 5. März 1942 von der
Stapo Weimar/Gera als "Polizeihäftling" in das
KL Buchenwald eingeliefert,
- f) K a p r z y k , Stanislaus,
geb. am 10. Februar 1920 in Dombrowa,
am 12. Februar 1942 wegen "Verkehrs mit deutsch.
Mädchen" festgenommen und am 5. März 1942 von der
Stapo Weimar/Meuselwitz als "Polizeihäftling" in
das KL Buchenwald eingeliefert,

- g) G u z e k , Tadeusz,
geb. am 24. März 1911 in Ignackowo,
vom 11. Februar 1942 bis zum 17. März 1942 im Arbeits-
haus Breitenau und am 11. April 1942 von der Stapo
Kassel/Rothenburg als "Polizeihäftling" in das
KL Buchenwald eingeliefert, Grund nicht bekannt,
- h) Z a w a d z k i , Nikodem,
geb. am 17. November 1922 in Julianow,
am 19. April 1942 wegen "Verkehrs mit deutsch.
Mädchen" festgenommen und am 23. April 1942 von der
Stapo Weimar als "Polizeihäftling" in das KL Buchen-
wald eingeliefert,
- i) P a s i a k , Wladislaus,
geb. am 21. Mai 1912 in Pabianice,
am 28. März 1942 in Birkenfelde/Greiz wegen "Unzucht
am Pferden" festgenommen und am 17. April 1942 von der
Stapo Weimar als "Polizeihäftling" in das KL Buchen-
wald eingeliefert,
- j) M a k o w s k i , Michael,
geb. am 28. Juli oder 4. Oktober 1920 in Konotopy,
am 17. November 1941 wegen "Verkehrs mit deutschem
Mädchen" festgenommen und am 13. Januar 1942 von der
Stapo Weimar als "Polizeihäftling" bzw. "AE" in das
KL Buchenwald eingeliefert,
- k) S m o l a r e k , Jan,
geb. am 29. Oktober 1915 in Malenia,
am 8. April 1942 wegen "Verkehrs mit deutschem
Mädchen" festgenommen und am 17. April 1942 von der
Stapo Weimar/Langensalza als "Polizeihäftling" in das
KL Buchenwald eingeliefert,
- l) P o k o r s k i , Bronislaw,
geb. am 17. Oktober 1909 in Czystkow,
am 27. Januar 1942 wegen "Verkehrs mit deutscher Frau"
festgenommen und am 5. Februar 1942 von der Stapo
Weimar als "Polizeihäftling" in das KL Buchenwald
eingeliefert,
- m) K a z m i e r c z a k , Stanislaw,
geb. am 19. Oktober 1916 in Kobela,
am 7. März 1942 wegen "Bedrohung des Arbeitgebers"
festgenommen und am 2. April 1942 von der Stapo Weimar
als "Polizeihäftling" in das KL Buchenwald einge-
liefert,

- n) J a r o c h , Leon,
geb. am 18. Juli 1916 in Szwekatow,
am 24. Juni 1941 wegen "Verkehrs mit deutscher Frau"
festgenommen und am 22. Juli 1941 von der Stapo
Weimar/Gera als "Polizeihäftling", Arbeitserziehungs-
häftling" in das KL Buchenwald eingeliefert,
- o) S o k a l , Wladyslaw,
geb. am 6. Januar 1908 oder 1909 in Snolaka,
am 18. März 1942 wegen "Verkehrs mit deutscher Frau"
festgenommen und am 26. März 1942 von der Stapo
Weimar als "Polizeihäftling" in das KL Buchenwald
eingeliefert,
- p) P r y b y l a , Jan,
geb. am 20. Juni 1913 in Myto pod Dubierom,
am 11. Februar 1942 wegen "Verkehrs mit deutschem
Mädchen" festgenommen und am 20. Februar 1942 von der
Stapo Erfurt als "Polizeihäftling" in das KL Buchen-
wald eingeliefert,
- q) J a r o s , Jan,
geb. am 7. Januar oder 7. Dezember 1920 in Oraczew,
am 25. Juli 1941 festgenommen - Grund: "Streit mit
deutschen Arbeitskameraden" - und am 7. August 1941
von der Stapo Weimar als "Polizeihäftling, Arbeits-
erziehungshäftling" in das KL Buchenwald eingele-
fert,
- r) S z c z e r k o w s k i , Adam,
geb. am 24. November 1904 in Dzialoczyn,
am 17. Juli 1941 wegen "Verkehrs mit deutscher Frau"
festgenommen und am 31. Juli 1941 von der Stapo
Weimar/Hohenleuben als "Polizeihäftling" in das
KL Buchenwald eingeliefert,
- s) W a j d e n f e l d , Henryk,
geb. am 25. Dezember 1915 in Lodz,
am 18. Juli 1941 festgenommen - Grund: "Verkehr mit
deutschem Mädel" - und am 24. Juli 1941 von der
Stapo Weimar/Gera als "Polizeihäftling, Arbeits-
erziehungshäftling", in das KL Buchenwald eingeliefert.

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem Schreiben der Stapo-
stelle Weimar vom 6. Mai 1942 an den Kommandanten des KL
Buchenwald, dem Schreiben der Stapoaußendienststelle Erfurt
vom 20. Juli 1942 an die Stapostelle Litzmannstadt betr.
Pasiak und aus den Unterlagen des ITS Arolsen.

II. Gegen den Angeschuldigten Thomsen:

Dokumente

- 1) H a d r y a n , Wladislaus, E 241/242
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 4. Januar 1924 in Lupine, und
S t r z e l e c k i , Wladislaus,
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 1. Dezember 1925 in Lodz,
beide am 26. April 1944 im KL Groß-
Rosen erhängt wegen "Beraubung von
Postgütern und wegen anderer Dieb-
stähle",
Exekutionsanordnung des Chefs der
Sipo und des SD vom 15. April 1944
- IV B 2 b - 7285/44 - gez. Thomsen -
- 2) P a n a s , Jan, E 243/244
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 10. Oktober 1924 in Lublin und
T o m i c z e k , Benedykt,
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 20. März 1923 in Lekawica,
beide am 13. Mai 1944 im KL Groß-
Rosen erhängt,
Exekutionsanordnungen des Chefs der
Sipo und des SD vom 7. April 1944
- IV D 2 c - 3868/44 - gez. Müller
(betr. Panas) und vom 5. Mai 1944
- IV B 2 b - 7373/44 - gez. Thomsen
(betr. Tomiczek).
- 3) K r o l l , Stefan, E 245
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 31. Dezember 1925 in Zulejew
Krs. Petrikau,
am 23. Mai 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der
Sipo und des SD vom 13. Mai 1944
- IV B 2 b - 4056/44 - gez. Thomsen,
- 4) B o r o w i c z , Antoni, Ukrainer, E 246/247
geb. am 17. November 1913 in Kolo, und
H y n d a , Ephreim, Ukrainer,
geb. am 7. März 1916 in Rodzilowicz,
beide am 3. Juli 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt wegen schweren Diebstahls,
Exekutionsanordnung des Chefs der Sipo
und des SD vom 9. Juni 1944
- IV B 2 b - 5526/44 - gez. Thomsen,

Dokumente

- 5) W o l d a i n s k i , Mieczyslaw, E 248
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 15. August 1926 in
Tschenstochau,
alias,
J a w o r s k i , Stanislaus,
geb. am 4. März 1923 in Kiedrzyn,
am 8. Juli 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der Sipo
und des SD vom 12. Juni 1944 -
- IV B 2 b - 7509/44 - gez. Thomsen.
- 6) C w i e k , Stanislaus, E 249
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 21. Juni 1921 in Sosnowitz,
am 26. Juli 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des RSHA vom
20. April 1944 - IV B 2 b - 7290/44 -,
bestätigt durch FS des RSHA vom 8. Juli
- IV B 2 b - 7290/44 - III - 1944 n,
gez. Thomsen,
Exekutionsgrund: "Schwängerung einer
deutschen Frau".
- 7) K n a p i k , Marian, E 250
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 24. November 1908 in Krakau,
am 23. August 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der Sipo
und des SD vom 19. Juli 1944
- IV B 2 b - 4342/44 - gez. Müller.
- 8) P a p i e r s , Josef, Pole, E 251
geb. am 24. November 1919,
am 29. Oktober 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der Sipo
und des SD vom 11. Oktober 1944
- IV B 2 b - 4670/44 - gez. Thomsen,

Dokumente

- 9) B a z y l e w i c z , Michel, Pole, E 252
geb. am 5. Oktober 1909,
am 1. November 1944 im KL Groß-Rosen
erschossen,
Exekutionsanordnung des RSHA vom
21. Oktober 1944 - IV B 2 b - 5986/44,
- 10) W e p r y k , Michael, E 253
polnischer Schutzhäftling,
geb. am 14. Oktober 1923 in Horocholyn,
am 1. November 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnungen des Chefs der
Sipo und des SD - IV B 2 - gez. Thomsen -
vom 30. Oktober 1944,
- 11) S e n i w , Wasyl, E 254
ukrain. Zivilarbeiter aus dem GG,
geb. am 9. Januar 1905 in Rachin,
Krs. Strij/Galizien,
am 18. November 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der
Sipo und des SD vom 19. September 1944
- IV B 2 b - 7840/44 - III -
gez. Thomsen,
- 12) K r z y n o w e k , Alois, Pole, E 255
geb. am 14. Juni 1910 in Lodz,
am 18. November 1944 im KL Groß-Rosen
erschossen,
Exekutionsanordnung des Chefs der
Sipo und des SD vom 2. Oktober 1944
- IV B 2 b - 429/44 - gez. Thomsen,
- 13) S k o w e r a , Richard, E 256
polnischer Zivilarbeiter,
geb. am 12. September 1924 in
Stremieczyce,
am 18. November 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der Sipo
und des SD vom 31. Oktober 1944
- IV B 2 b - 7986/44 - gez. Thomsen,

Dokumente

- 14) K u j a w a , Vinzenz, Pole,
geb. am 25. Juli 1904 in Czankuw,
am 7. Dezember 1944 im KL Groß-Rosen
erhängt,
Exekutionsanordnung des Chefs der
Sipo und des SD vom 21. November 1944
- IV B 2 b - 4802/44 - gez. Thomsen.

E 257

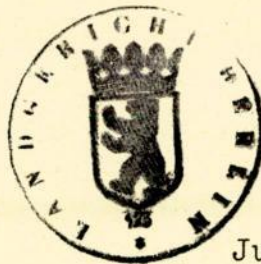
1 Berlin 21, den 19. Juli 1971

Der Untersuchungsrichter II
bei dem Landgericht Berlin

H e i n z e

(Heinze)

Landgerichtsdirektor



Ausgefertigt:

Wersin

(Wersin)

Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

**Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/71 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 0011 (App.:)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telefax 182 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00

75

Herrn
Harri Schulz

2 Hamburg
Veddeler Brückenstraße 134 II

Sehr geehrter Herr Schulz

ich danke für Ihr Schreiben vom 27. Juni 1971.

Ich beabsichtige, Sie
am 21. Juli 1971, 15.00 Uhr,
in Bremen zu vernehmen.

Ich bitte Sie, sich zu dem angegebenen Zeitpunkt im
Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bremen einzufinden
und das Vernehmungszimmer auf der dortigen Verwaltungs-
geschäftsstelle zu erfragen.

Hochachtungsvoll



von Beughem
(von Beughem)
Staatsanwalt

16.5

1 AR 34/71 -V-

I. Vermerk: Um 14,30 Uhr erschien Herr Harri Schulz z. Zt. Bremen-Vegesack Schl zur Vernehmung. Letztere konnte aber nicht mehr durchgeführt werden, da Herr Staatsanwalt von Beughem zu diesem Zeitpunkt das Gerichtshaus schon verlassen hatte.

II. U.

der Staatsanwaltschaft beim dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstrasse 91

unter Hinweis auf obigen Vermerk übersandt.

Bremen, den 21. JULI 1971
Der Leitende Oberstaatsanwalt
- Verwaltungsgeschäftsstelle -

Klein
Amtsinspektor

Vfg.

76

✓ d. Zu berichten: (1 Reinschrift und 2 Durchschriften;
✓ 1 Ausfertigung des Beschlusses vom 19. Juli 1971
beifügen)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen
Mordes an Polen;
hier: Bernhard B a a t z ,
Dr. Joachim D e u m l i n g ,
Harro T h o m s e n ,
Rudolf W i n t z e r

Ohne Auftrag, jedoch zu 4110 E - IV/A 67.63 Sdh. 1

Vorberichte vom 15. März 1971 zu 1 Js 12/65 (RSHA)
sowie vom 19. Mai 1971 zu 1 Js 4/64 (RSHA)

Anlage: 1 Schriftstück

In dem vorliegenden Verfahren sind die bisher in
den Vorgängen 1 Js 4/64 und 1 Js 12/65 (RSHA) ge-
trennt behandelten Tatvorwürfe gegen die Angeschul-
digten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n
zusammengefaßt worden. Weiterhin richtet sich das
Verfahren noch gegen die Angeschuldigten B a a t z
und W i n t z e r , soweit diese im Verdacht ste-
hen, an der Tötung von polnischen Volkszugehörigen
in den besetzten polnischen Gebieten beteiligt ge-
wesen zu sein. Unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/64
und 1 Js 12/65 (RSHA) habe ich hierüber bereits am
15. März bzw. 19. Mai 1971 berichtet und ^{hier}entsprechen-
de ^{ne}Beschlüsse des Untersuchungsrichters II bei dem
Landgericht Berlin vom 9. März und 19. Mai 1971
überreicht.

77

Entsprechend meinem Antrag ist das Verfahren gegen
D e u m l i n g und T h o m s e n nunmehr durch
Beschuß des Untersuchungsrichters II bei dem Land-
gericht Berlin vom 19. Juli 1971 auf weitere Einzel-
fälle ausgedehnt worden. Eine Ausfertigung dieses
Beschlusses überreiche ich als Anlage.

2. Herrn Chef

über

Herrn Chefvertreter

sowie

Herrn Oberstaatsanwalt P a g e 1

und

Herrn AL

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu Ziff. 1 vorgelegt.

3. Nach Erledigung von Ziff. 1 und 2 zurück an Abteilung 5.

4. Je 1 Durchschrift des Berichts zu 1

- a) z. d. HA 1 AR 123/63 (RSHA) *entnommen*
b) zu 1 Js 1/71 (RSHA)

5. Diese Vfg. z. d. HA 1 Js 1/71 (RSHA).

1 Berlin 21, den 30. Juli 1971

M. Bueh



ab m. Ant. 11

6. AUG. 1971

1. AUG. 1971

30. JULI 1971

1. AUG. 1971

Ad.

5. August 1971

290

1 Js 1.71 (RSA)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes an Polen;

hier: Bernhard Baatz,
Dr. Joachim Deumling,
Harro Thomsen,
Rudolf Wintzer

Ohne Auftrag, jedoch zu 4110 E - IV/A 67.63 Sdh. 1

Vorberichte vom 15. März 1971 zu 1 Js 12.65 (RSA)
sowie vom 19. Mai 1971 zu 1 Js 4.64 (RSA)

Anlage: 1 Schriftstück

In dem vorliegenden Verfahren sind die bisher in den Vorgängen 1 Js 4.64 und 1 Js 12.65 (RSA) getrennt behandelten Tatvorwürfe gegen die Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen zusammengefaßt worden. Weiterhin richtet sich das Verfahren noch gegen die Angeschuldigten Baatz und Wintzer, soweit diese im Verdacht stehen, an der Tötung von polnischen Volkszugehörigen in den besetzten polnischen Gebieten beteiligt gewesen zu sein. Unter dem Aktenzeichen 1 Js 4.64 und 1 Js 12.65 (RSA) habe ich hierüber bereits am 15. März 1971 bzw. 19. Mai 1971 berichtet und die entsprechenden Beschlüsse des Untersuchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom 9. März und 19. Mai 1971 überreicht.

Entsprechend meinem Antrag ist das Verfahren gegen Deumling und Thomsen nunmehr durch Beschluß des Untersuchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom 19. Juli 1971 auf weitere Einzelfälle ausgedehnt worden. Eine Ausfertigung dieses Beschlusses überreiche ich als Anlage.

G ü n t h e r
Generalstaatsanwalt

Beglaubigt

Justizangestellte
Cz/

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Js 1/71 (RSA)

V e r m e r k

über den Stand der gerichtlichen Voruntersuchung
gegen den Angeeschuldigten Bernhard B a a t z
am 15. August 1971

Gliederung

	Seite
I. Gegenstand des Verfahrens	1
II. Entwicklung und Ziel der national-sozialistischen Polenpolitik	1
III. Aufbau und Aufgabe des "Polenreferats" im RSHA	5
IV. Vorwürfe gegen den Angeeschuldigten Bernhard B a a t z	11
A. Einzelfälle	
1. Verfolgung und Tötung der polnischen Intelligenz im Frühjahr 1940, insbesondere aufgrund des Erlasses vom 3. April 1940 - IV D 2 480/40 -	11
a) Tötung des Piotr DZIEGIELEWSKI	13
b) Sonderaktion im Bereich der Stapostelle Hohensalza am 13./14. April 1940	14
c) Aktionen im Bereich des KdS Radom im April/Mai 1940	18
d) Sonderaktion vom 5. Mai 1940 im Bereich der Stapostelle Hohensalza	22
2. Ermordung von etwa 31 Professoren der Universität Krakau	25
3. Exekution von etwa 90 Polen aus dem Fort VII bei Thorn von Februar bis April 1940	31
4. Exekution von mindestens 20 Polen in Posen im Mai 1940	34
5. Exekution von mindestens 450 Polen in Warschau von April bis Juni 1940	36
6. Tötung von 250 polnischen "Geisteskranken" vom 21. Mai bis 8. Juni 1940 in Soldau	40
B. Kausalzusammenhang (Befehlsweg)	42
C. Subjektiver Tatbestand, insbesondere Frage der eigenen niedrigen Beweggründe (§ 50 Abs. 2 StGB)	45
V. Weitere Vorwürfe gegen den Angeeschuldigten in der Sache 1 Js 4/64 (RSHA) = II VU 5/68 Landgericht Berlin	49

I. Gegenstand des Verfahrens

Bd. XLV Bl. 86 ff.

Dem Angeschuldigten Bernhard B a a t z
- gegen den unter dem Aktenzeichen
1 Js 4/64 (RSHA) noch ein weiteres umfang-
reiches Verfahren anhängig ist, das die Tötung
von polnischen Zivil- und anderen Ostarbeitern
betrifft - wird im vorliegenden Verfahren nach
dem Beschluß über die Eröffnung der Vorunter-
suchung vom 14. Februar 1969 zur Last gelegt,
von Februar bis Sommer 1940 in seiner Eigen-
schaft als Leiter des Referats IV D 2 (des sog.
"Polenreferats") im Reichssicherheitshauptamt
(RSHA) am Erlaß von allgemeinen Anweisungen
und "Sonderbehandlungs-" (Exekutions-) Anord-
nungen dieser Behörde mitgewirkt zu haben,
aufgrund welcher polnische Volkszugehörige,
insbesondere Angehörige der polnischen Intelli-
genz, in den besetzten polnischen Gebieten
festgenommen und getötet wurden.
Ihm wird vorgeworfen, in sechs Einzelfällen
BEIHILFE zur Ermordung von mindestens 861
Menschen geleistet zu haben.

II. Entwicklung und Ziel der nationalsozialisti- schen Polenpolitik:

Durch die Erfolge der Nationalsozialisten beim
"Anschluß" Österreichs und der Besetzung der
Tschechoslowakei ausgelöst, geriet in den
Jahren 1938/1939 der osteuropäische, insbeson-
dere der polnische Raum zunehmend in den Blick-
punkt der nationalsozialistischen Volkstums-
politik.

Innerhalb des völkischen Ideengutes, das das
politische Denken der nationalsozialistischen

82

Machthaber beherrschte, hatte die Forderung nach neuem Lebensraum im Osten schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. Der angeblich für das deutsche Volk lebensnotwendige Raumgewinn im Osten unter völligem Verdrängen des bis dahin dort lebenden fremden Volkstums sollte nach den Vorstellungen der nationalsozialistischen Machthaber die Zukunft Deutschlands für die kommenden Jahrhunderte sichern. Während die nationalsozialistischen Machthaber zunächst nur begrenzte Gebietsforderungen gegenüber Polen gestellt hatten, verfolgten sie nunmehr intensiv das Ziel, den polnischen Staat und das polnische Volk als eigenständige politische Kräfte zu vernichten, um "freie Hand im Osten" zu haben. Um dieses Ziel zu erreichen, kündigte HITLER am 28. April 1939 formell das deutsch-polnische Bündnis aus dem Jahre 1934. Neben den rein militärischen Vorbereitungen für einen Polenfeldzug leiteten die nationalsozialistischen Machthaber zugleich Maßnahmen ein, die die Lebenskraft der polnischen Nation ausschalten und damit deren Fortbestehen unmöglich machen sollten:

Schon die Instruktionen, die HITLER am 14. und 22. August 1939 den Oberbefehlshabern der Wehrmacht in Bezug auf die Niederwerfung Polens erteilt hatte, lassen erkennen, daß nicht nur eine Ausschaltung der polnischen Staats- und Militärmacht, sondern die "Beseitigung der lebendigen Kraft" des polnischen Volkes beabsichtigt war. Bereits bei diesen militärischen Vorbesprechungen setzte HITLER den Vertretern der Wehrmacht auseinander, daß es gelte, einen "harten und rücksichtslosen" Volkstumskampf zu führen und daß auch die Wehrmacht sich "gegen alle Erwägungen des Mitleids

hart machen" müsse.

Bei der Bewältigung dieser "Aufgabe" wurde den Organen der Sicherheitspolizei erhebliche Bedeutung zugemessen. Da einerseits die nationalsozialistischen Machthaber den militärischen Befehlshabern den "harten und rücksichtslosen Volkstumskampf" nicht zutrauten, andererseits jedoch schon vor dem Feldzug gegen Polen die Liquidierung, also Tötung erheblicher Teile des polnischen Volkes, insbesondere der Angehörigen der polnischen Intelligenz geplant war und diese Absicht keineswegs in aller Öffentlichkeit publik gemacht werden sollte, ergab sich die Beteiligung der Sicherheitspolizei zwangsläufig. Bereits vor Beginn des Polenfeldzuges wurden die organisatorischen Voraussetzungen für den Einsatz der Sicherheitspolizei durch die Aufstellung der Einsatzgruppen geschaffen. Diese Einsatzgruppen waren erstmalig beim Sudeteneinmarsch im Herbst 1938 aufgestellt worden und hatten im Rücken der einmarschierenden Truppen sicherheitspolizeiliche Aufgaben zu lösen.

Anders jedoch als beim Einmarsch in die Tschechoslowakei, bei dem den dort eingesetzten Einsatzgruppen ausdrücklich die Tötung festgenommener Personen verboten wurde, mußte bei dem Einsatz der Einsatzgruppen in Polen mit erheblichem Widerstand seitens der Polen gerechnet werden. Es kam hinzu, daß es durchaus im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber lag, wenn bei der Durchführung des "harten und rücksichtslosen Volkstumskampfes" weite Teile der polnischen Bevölkerung, insbesondere der polnischen Intelligenz "unschädlich" gemacht wurden. Gerade die Angehörigen dieser Schicht waren wegen ihrer betont nationalistischen

Haltung als die Träger des zu erwartenden Widerstandes gegen die beabsichtigte Gewaltpolitik anzusehen. So war es auch eine der Hauptaufgaben der anlässlich des Polenfeldzuges gebildeten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, gegen "alle reichs- und deutschfeindlichen Elemente" vorzugehen. Die Aufgaben der Einsatzgruppen wurden im Laufe des Krieges gegen Polen weiter präzisiert. Hatte es zunächst nur geheißen, die Einsatzgruppen hätten "im Auftrage und nach Weisung des Führers gewisse volkspolitische Aufgaben im besetzten Gebiet durchzuführen", so wurden diese Einsätze - wie sich u.a. aus einem Schreiben HEYDRICHS an SS-Obergruppenführer DALUEGE vom 2. Juli 1940 ergibt - aufgrund eines allgemeinen Liquidierungsbefehls schließlich zu ausgesprochenen Terror- und Vernichtungsaktionen.

Nach außen wurden die Aufgaben der Sicherheitspolizei als "präventivpolizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Widerstandsaktionen der polnischen Intelligenz" bezeichnet. Tatsächlich lag diesen "Maßnahmen" jedoch der Gedanke zugrunde, "mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" die polnische Intelligenz und andere Gruppen des polnischen Widerstandes "unschädlich" zu machen, zu "liquidieren" bzw. "auszuschalten". Aufgabe der Einsatzgruppen und ihrer Nachfolgedienststellen war es daher, neben der rein sicherheitspolizeilichen und sicherheitsdienstlichen Tätigkeit die "Volkstumspolitik" der Nationalsozialisten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen und weite Kreise der polnischen Bevölkerung auszurotten.

Ein in dieser Form und diesem Umfang einmaliges Programm bedurfte zwingend erheblicher Vorbereitungen in organisatorischer und technischer

Hinsicht. Die Verantwortlichen für die Durchführung des vom "Führer" gegebenen Auftrages, Maßnahmen "volkspolitischer Art" auszuführen, waren in erster Linie HIMMLER als "Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei" und HEYDRICH als "Chef der Sicherheitspolizei und des SD".

III. Aufbau und Aufgabe des "Polenreferats" im RSHA:

Da es vor dem Kriege und auch bei Kriegsbeginn weder im Hauptamt Sicherheitspolizei noch im Geheimen Staatspolizeiamt ein "Polenreferat" gab, in dem die sicherheitspolizeilichen Vorgänge aus den besetzten polnischen Gebieten zentral bearbeitet werden konnten, wurde kurz vor Kriegsbeginn im Hauptamt Sicherheitspolizei ein Sonderreferat mit dem Decknamen "Tannenberg" eingerichtet. Dieses hatte die von den Einsatzgruppen eingehenden Vorgänge an die jeweils zuständigen Sachreferate (z.B. "Juden"-Sachen an das Judenreferat, "Kommunisten"-Angelegenheiten an das Kommunistenreferat usw.) weiterzuleiten und im übrigen für die zentrale Lenkung der Einsatzgruppen, Erstellung der Lageberichte usw. zu sorgen.

Nachdem am 27. September 1939 das Hauptamt Sicherheitspolizei, das Geheime Staatspolizeiamt und das SD-Hauptamt sowie das Reichskriminalpolizeiamt zum Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt wurden und etwa Ende September 1939 der Polenfeldzug beendet war, wurde mit Wirkung vom 6. Oktober 1939 im Amt IV des RSHA, das von Amtschef Heinrich MÜLLER geleitet wurde, ein neues Referat mit der Bezeichnung II C,

"Sonderdienststelle Polen", eingerichtet, das nunmehr zentral für die Bearbeitung der politisch-polizeilichen Angelegenheiten in den besetzten polnischen Gebieten zuständig war. (Kurze Zeit später wurde das "Sonderreferat Tannenberg" aufgelöst.) Leiter des Referats II 0 wurde der Mitangeschuldigte Dr. Joachim D e u m l i n g .

X
< S. 35 - 36 >
EV 4/64

Da im Laufe der Zeit die Zahl der sicherheitspolizeilichen Vorgänge aus den besetzten polnischen Gebieten erheblich zunahm und ab Ende Dezember 1939 der Masseneinsatz polnischer Zivilarbeiter im Reich umfangreiche Regelungen über die Art und Weise des Einsatzes und ihrer Behandlung erforderlich machte, erwies sich eine Umorganisation des Polenreferats als notwendig. Mit Wirkung vom 1. Februar 1940, gleichzeitig mit der Herausgabe des ersten Geschäftsverteilungsplanes des RSHA, wurde im Amt IV des RSHA neben den klassischen Sachgebieten Kommunismus pp. (Gruppe IV A), Kirchen - später auch Juden - (Gruppe IV B) und Schutzhaft pp. (Gruppe IV C) die Gruppe IV D geschaffen. Innerhalb dieser Gruppe wurden dem Referat IV D 2 die "Polenangelegenheiten" übertragen. Die bisherige "Sonderdienststelle Polen" ging im Referat IV D 2 auf. Der Mitangeschuldigte Dr. D e u m l i n g schied zunächst aus dem RSHA aus.

Neuer Leiter des Polenreferats - das formell die Bezeichnung "Gouvernementsangelegenheiten" trug - wurde der ^{früher} Angeschuldigte B a a t z > Dieser wurde offensichtlich deshalb als Referatsleiter eingesetzt, weil er einerseits aufgrund seiner Tätigkeit im Hauptamt Sicherheitspolizei und im Geheimen Staatspolizeiamt bereits über Ministerialerfahrung verfügte (die

Bd. LXXI, Bl. 172 ff
Bd. LXVI, Bl. 159

für den Entwurf grundlegender Erlasse notwendig war) und er andererseits als Mitglied des Gruppenstabes der Einsatzgruppe IV während des Polenfeldzuges und später beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau auch schon mit Exekutivvorgängen befaßt war. So hatte er beispielsweise schon in Bromberg auf Befehl des SS-Oberführers von ALVENSLEBEN ein Exekutionskommando geleitet und war in Warschau Leiter eines Standgerichts.

Wegen der Verschiedenartigkeit der innerhalb des Referats anfallenden Arbeiten wurde dieses bald in Sachgebiete aufgeteilt, die mit kleinen Buchstaben gekennzeichnet wurden. Wahrscheinlich ab Juni 1940 bestanden zwei Sachgebiete, und zwar das Sachgebiet IV D 2 a für "Polen im Reich", in dessen Zuständigkeit zunächst auch die polnischen Zivilarbeiter fielen, und das Sachgebiet IV D 2 b für "Gouvernementsangelegenheiten". Wegen des Zivilarbeitereinsatzes wurde am 1. Januar 1941 das neue Sachgebiet IV D 2 c gebildet.

Mit der sachlichen Umorganisation des Polenreferats war auch ein personeller Neuaufbau verbunden:

Dem Angeschuldigten B a a t z wurde als juristischer Mitarbeiter der Assessor

Jobst T h i e m a n n (verstorben) zugeteilt.

Als Sachbearbeiter kamen der Regierungsamtmann KUHFAHL (verstorben), der Regierungsoberinspektor OPPERMANN (verstorben) und als Schreibkräfte zunächst die Zeugin Ilse KERL (verheiratete Oswald) und Fräulein DIETRICH (nähere Personalien nicht bekannt) zum Referat IV D 2.

88

Das Sachgebiet IV D 2 a ("Polen im Reich") leitete von 1940 bis Kriegsende der Regierungsamtman ^{dam}n KUHFAHL. ^{IV D 2 a} In diesem Sachgebiet wurden u.a. die Angelegenheiten der deutschen Staatsangehörigen polnischen Volkstums (polnische Minderheiten) sowie die Angelegenheiten der eingegliederten Ostgebiete (z.B. die Dinge, die die deutschen Volkslisten betrafen) bearbeitet. Ferner wurden in diesem Sachgebiet Fragen der Flurbereinigung behandelt, die den Landbesitz deutscher Staatsangehöriger polnischen Volkstums betrafen, die kurz vor Ausbruch des Krieges ihre Höfe verlassen hatten. Sachbearbeiter für die Angelegenheiten der polnischen Zivilarbeiter wurde OPPERMANN, der später auch Leiter des Sachgebiets IV D 2 c wurde.

Das Sachgebiet IV D 2 b - "Gouvernementsangelegenheiten" - war nicht nur für etwaige Widerstandsangelegenheiten im "Generalgouvernement" sondern darüberhinaus für die Bearbeitung sämtlicher staatspolizeilicher Exekutivvorgänge aus allen besetzten polnischen Gebieten zuständig.

In diesem Sachgebiet liefen u.a. auch die sicherheitspolizeilichen Lageberichte aus Polen ein. Anhand der allgemeinen Lageberichte, insbesondere aber auch aufgrund der von den sicherheitspolizeilichen Dienststellen in Polen eingehenden Einzelberichte, soweit sie besondere Vorkommnisse betrafen, war das Sachgebiet IV D 2 b in der Lage, praktisch "generalstabsmäßig" eine Übersicht hinsichtlich der jeweiligen Situation zu erstellen. Dies geschah in der Weise, daß die Berichte ausgewertet und die sich danach als notwendig ergebenden Maßnahmen festgestellt wurden. Der Sachbearbeiter

entwarf einen Vermerk, den er mit einem Entscheidungsvorschlag abschloss.

Von Bedeutung war diese Arbeitsweise insbesondere bei der Behandlung von Exekutionsvorgängen:

Wenn von der örtlichen Dienststelle der Sicherheitspolizei in Polen ein Vorgang berichtet wurde, der bereits mit einem konkreten Exekutionsvorschlag verbunden war und beispielsweise die Zahl und die Namen der für die Exekution in Betracht kommenden Polen enthielt, mußte der Sachbearbeiter zu diesem Exekutionsvorschlag in einem eigenen Vermerk Stellung nehmen. Er konnte diesem Vorschlag entweder zustimmen oder je nach Lage des Falles eine höhere Anzahl von "Sonderbehandlungen" (= Exekutionen) bzw. in weniger schweren Fällen die Einweisung der Opfer in ein Konzentrationslager vorschlagen.

Wurde von der örtlichen Dienststelle kein Exekutionsvorschlag gemacht, sondern lediglich um Entscheidung gebeten, entwarf der Sachbearbeiter den nach der Sachlage und den allgemeinen Richtlinien der Polenpolitik von ihm für angemessen gehaltenen Entscheidungsvorschlag.

In jedem Falle mußte der Sachbearbeiter in einem eigenen Vermerk abschließend zu dem Vorgang Stellung nehmen und ihn mit einem Entscheidungsvorschlag versehen.

Sachbearbeiter war der Mitangeschuldigte
Rudolf W i n t z e r } Seine Hauptschreibkraft
war die Zeugin Irma STOLZE.

Das Angeschuldigte

W i n t z e r legte [seine Vorschläge zunächst
T h i e m a n n vor, der sich überwiegend mit
den Aufgaben des Sachgebiets IV D 2 b befaßte.
T h i e m a n n ^{Diesel} wiederum legte] die jeweiligen
Exekutionsvorgänge über ^{dem} den Referatsleiter
(- also über den Angeschuldigten B a a t z - ,
der gegenzeichnen mußte, ^{und dieses wiederum} dem Amtschef MÜLLER
vor, der entweder selbst die Entscheidung traf
oder aber den Vorgang - je nach der Bedeutung
der Sache - dem Chef der Sicherheitspolizei
HEYDRICH bzw. über HEYDRICH dem RFSS Heinrich
HIMMLER zur Entscheidung vorlegte. Die getrof-
fene Entscheidung wurde sodann - meist per
Fernschreiben - der örtlichen Dienststelle der
Sicherheitspolizei übermittelt, die Vollzugs-
meldung erstatten mußte.

Da in dem damaligen absoluten "Führerstaat"
die sicherheitspolizeilichen Dienststellen
keine Exekution (in den ersten Jahren nicht
einmal Schutzhaft) ohne Genehmigung des RSHA
durchführen durften, entwickelte sich das
"Polenreferat" des RSHA durch seine leitende
Funktion praktisch zu einem "Führungsreferat"
innerhalb des Amtes IV. In diesem Referat
wurden im Laufe der Zeit nicht nur die grund-
legenden Erlasse wie "Durchführungsbestimmungen
für Exekutionen" entworfen, sondern auch - wie
oben ausgeführt - die jeweiligen "Sonderbehand-
lungsanordnungen" bearbeitet und ihr Vollzug
überwacht.

Das "Polenreferat" des RSHA war mithin die
zentrale Stelle der Sicherheitspolizei, in
welcher sämtliche sicherheitspolizeilichen
Vorgänge gegen polnische Volksangehörige,
darunter insbesondere die Exekutionsvorgänge

gegen Polen, maßgeblich geleitet wurden. Durch seine Stellungnahme bzw. durch den von ihm gekennzeichneten Entscheidungsvorschlag konnte der Referatsleiter im Ergebnis die später vom Amtschef MÜLLER oder gar von HIMMLER persönlich getroffenen Entscheidungen wesentlich beeinflussen.

IV. Die Vorwürfe gegen den Angeschuldigten
Bernhard B a a t z :

In der Zeit von Februar bis Sommer 1940 - also zu der Zeit, als B a a t z Leiter des Polenreferats war - sind von den sicherheitspolizeilichen Dienststellen in Polen folgende Einzelfälle von Exekutionen durchgeführt worden, deren Anordnung bzw. Bearbeitung nach dem Beschluß über die Eröffnung der Voruntersuchung vom 14. Februar 1969 dem Angeschuldigten zur Last gelegt wird:

A. Einzelfälle:

1. Verfolgung und Tötung der polnischen Intelligenz im Frühjahr 1940, insbesondere aufgrund des Erlasses vom 3. April 1940 - IV D 2 480/40 -:

Nachdem bereits im Herbst 1939 durch die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD eine erste große "Säuberungswelle" gegen die Angehörigen der polnischen Intelligenz durchgeführt worden war und im Winter 1939/40 die Nachfolgedienststellen der Einsatzgruppen in einer zweiten, groß angelegten Säuberungswelle diese Tätigkeit fortgesetzt hatten, wurde

im Frühjahr 1940, also kurz nach der Gründung des Referats IV D 2, nunmehr im Rahmen einer dritten, groß angelegten "Säuberungswelle", die sich bis zum Spätsommer 1940 hinzog, systematisch in den eingegliederten Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland ebenso wie im sogenannten Generalgouvernement, die polnische Intelligenz verfolgt und vernichtet. Nach außen wurden diese Aktionen als "Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung von Widerstandsaktionen" getarnt, obgleich es im Frühjahr/Sommer 1940 in Polen überhaupt noch keinen organisierten Widerstand gab.

Dok.O. E, F, P
Einzelfälle BAATZ

Aus verschiedenen Einzelfällen ist bekannt, daß insbesondere aufgrund des Erlasses des RSHA vom 3. April 1940 - Aktenzeichen: IV D 2 480/40 - umfangreiche Festnahmeaktionen "im Zuge der Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung von Widerstandsaktionen der polnischen Intelligenz" stattfanden. Der größte Teil der festgenommenen Polen wurde in die verschiedenen Konzentrationslager, vor allem nach Auschwitz, Mauthausen und Dachau, verbracht, wo die meisten Gefangenen schon nach kurzer Zeit systematisch zu Tode gequält wurden. Das Original des vorerwähnten Erlasses und sein genauer Wortlaut konnten bisher nicht ermittelt werden. Aus der Gleichartigkeit der Einzelfälle, aus ihrer zeitlichen und überörtlichen Übereinstimmung, kann jedoch nur der Schluß gezogen werden, daß diese Aktionen einheitlich vom Polenreferat des RSHA gesteuert wurden, das

allein in der Lage war, die entsprechende sicherheitspolizeiliche "Führungsarbeit" zu leisten.

a) Tötung des Piotr DZIEGIELEWSKI:
(= Fall 1 der Voruntersuchung gegen
B a a t z)

Dok.O. II F
Einzelfälle BAATZ

Nach vorliegenden Unterlagen wurde aufgrund des vorerwähnten Erlasses vom 3. April 1940 bereits am 5. April 1940 "im Zuge der Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung der polnischen Intelligenz" der Pole Piotr DZIEGIELEWSKI im Bereich der Stapostelle Zichenau festgenommen, der am 3. Januar 1941 im KL Dachau verstarb.

Zur näheren Aufklärung des Sachverhalts wurde im Verlauf der bisherigen Voruntersuchung ein Teil der früheren Angehörigen der Stapostelle Zichenau als Zeugen vernommen.

Die Zeugen

Dr. Erich BARTELS,
Wilhelm HADELER,
Ernst SCHARDT und
Erich SEIDEL,

die der Stapostelle in Zichenau angehörten, haben behauptet, daß ihnen über eine derartige Aktion gegen die polnische Intelligenz nichts bekannt geworden sei.

Lediglich der Zeuge Hans HERTRICH, der dem Schutzhaftreferat in Zichenau angehörte, hat bestätigt, daß er in vielen Schutzhaftfällen Todesmitteilungen aus den verschiedenen

Bd. XLVII Bl. 182
Bd. LVI Bl. 190
Bd. LVII Bl. 72
Bd. LXIIX Bl. 188

Bd. LVII Bl. 65

Konzentrationslagern erhalten habe, die er in der Schutzhaftkartei habe vermerken müssen.

Zur näheren Aufklärung wären deshalb noch weitere ehemalige Angehörige der Stapostelle Zichenau zu vernehmen. Ergänzend müßte versucht werden, über die Polnische Hauptkommission in Warschau eventuell noch vorhandene Angehörige des Polen DZIEGIELEWSKI zu ermitteln.

Im Laufe der Voruntersuchung wurden von polnischer Seite zahlreiche Dokumente übergeben, aus denen hervorgeht, daß im April/Mai 1940 auch in anderen besetzten polnischen Gebieten gegen Angehörige der polnischen Intelligenz aus "präventiv-polizeilichen" Gründen unter anderem folgende Aktionen durchgeführt wurden:

b) Sonderaktion im Bereich der Stapostelle Hohensalza
am 13./14. April 1940:

Dok.O. II H 1
Einzelfälle BAATZ

Aus einem Schreiben der Umwandererzentralstelle vom 15. April 1940 ergibt sich, daß in der Nacht vom 13. zum 14. April 1940 von der Stapostelle Hohensalza eine "Sonderaktion durchgeführt wurde, in welcher 200 der Intelligenzschicht angehörende Personen festgenommen wurden", darunter "nahezu die gesamte polnische Ärzteschaft des Landkreises". Zu dem Zeitpunkt, als der Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Vorunter-

Bd. XLVII Bl..83

suchung gestellt wurde, war über das Schicksal der festgenommenen Polen nichts bekannt.

Der Zeuge HEGENSCHIEDT, der zur Tatzeit Leiter der Stapostelle Hohensalza war, hat behauptet, sich an diese Aktion nicht mehr erinnern zu können; er hat im übrigen jedoch bekundet, daß die Festnahmen allenfalls im Rahmen der damaligen "Umsiedlungen" in das Generalgouvernement durchgeführt worden seien. Dieser Fall ist deshalb ursprünglich nicht ausdrücklich in die Voruntersuchung einbezogen worden.

Im Frühjahr 1970 sind von der Polnischen Hauptkommission in Warschau jedoch Akten des Landratsamtes Herrmannsbad zur Verfügung gestellt worden, aus denen sich ergibt, daß "im Zuge einer Sonderaktion am 14. 4. 1940" folgende drei Polen festgenommen und am 6. Mai 1940 in das KL Dachau eingeliefert wurden, wo sie kurze Zeit später verstorben sind:

Dok.O. II H 2-5

Franz GORECKI,
verstorben im KL Mauthausen am
4. Oktober 1940,

Dok.O. II H 6-14

Mathäus HUMANSKI,
verstorben am 6. Januar 1941 im KL
Dachau,

Dok.O. II H 15 ff

Josef MARJANSKI,
verstorben am 6. April 1941 im KL
Mauthausen.

Die Festnahme und der Tod der vorgenannten Polen ist von dem ITS in Arolsen bestätigt worden.

Dok.O. II G
Einzelfälle BAATZ

Das Schicksal der restlichen 197 festgenommenen Polen konnte bisher nicht mit Sicherheit geklärt werden.

Nach einer Aufstellung, die von der Polnischen Hauptkommission in Warschau zur Verfügung gestellt wurde, und die aus den früheren Akten des Landratsamtes Hermannsbad stammt, sind u.a. im Kreis Mogilno am 13. und 14. April 1940 insgesamt 23 namentlich bekannte Polen - darunter insbesondere Landwirte, Ärzte und Pfarrer - festgenommen worden, von denen ausweislich der Auskünfte des ITS Arolsen folgende 15 Polen verstorben sind:

1. Jan ANDRZEJEWSKI,
verstorben am 19. September 1941
im KL Mauthausen
2. Karl CHWALISZEWSKI,
verstorben am 26. Juli 1941 im KL
Mauthausen/Gusen
3. Franz FIALKOWSKI,
verstorben am 16. Dezember 1940
im KL Dachau
4. Boeslaw GROTOWSKI,
verstorben am 3. März 1942 im KL
Mauthausen/Gusen
5. Josef HARENZKI (HARENCKI),
verstorben am 7. Juli 1941 im KL
Mauthausen/Gusen
6. Franz JAROSZCZYK,
verstorben am 15. September 1941
im KL Mauthausen
7. Franz KRUSZKA,
verstorben am 8. April 1941 im KL
Mauthausen/Gusen
8. Marjan LAPIS,
verstorben am 20. August 1942 im
KL Dachau
9. Gregor MILEWSKI,
verstorben am 6. April 1941 im KL
Mauthausen/Gusen

10. Stanislaus MROWEZYSKI (MROWCZYNSKI),
verstorben am 19. Mai 1941 im KL
Mauthausen/Gusen
11. Maksymiljan NAPIERALSKI,
verstorben am 28. April 1941 im
KL Mauthausen/Gusen
12. Henryk OWCZARZAK,
verstorben am 18. Januar 1941 im
KL Mauthausen
13. Marjan POLINSKI,
verstorben am 15. August 1941
im KL Mauthausen/Gusen
14. Stanislaus SZYMANSKI,
verstorben am 15. November 1941
im KL Mauthausen/Gusen
15. Peter ZIARKIEWICZ,
verstorben am 17. Dezember 1941
im KL Mauthausen.

Da Mogilno im Kreise Hohensalza gelegen ist und die Festnahme der vorgenannten Polen am selben Tage - nämlich am 13. und 14. April 1940 - erfolgte, kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß es sich bei den vorerwähnten Festnahmen um ein und dieselbe Aktion handelt. Das Schicksal der übrigen Polen, die zum größten Teil namentlich nicht bekannt sind, konnte bisher nicht festgestellt werden. Da die vorerwähnten Polen, soweit ihr Schicksal ermittelt werden konnte, sämtlich am 6. Mai 1940 zunächst in das KL Dachau eingeliefert worden sind, müßte versucht werden, über den ITS in Arolsen zu ermitteln, welche Polen sonst noch am 6. Mai 1940 von Hohensalza aus in Dachau eingeliefert worden sind. Auf diesem Wege könnte auch das Schicksal der übrigen Polen ermittelt werden.

Bd. LXXV Bl. 161 ff., 164

Der Zeuge Horst von RÖDER, ein ehemaliger Angehöriger der Stapostelle Hohensalza, hat, über die vorerähnten Aktionen befragt, bekundet, daß aufgrund eines Erlasses des Reichssicherheitshauptamtes im Bereich der Stapostelle Hohensalza insgesamt ca. 5.000 Angehörige der polnischen Intelligenz festgenommen werden sollten und daß nach seiner Erinnerung schlagartig auch mehrere hundert Polen festgenommen worden sind.

Danach steht fest, daß die vorerwähnten Bekundungen des Zeugen HEDENSCHIEDT, die Festnahmen seien nur mit dem Ziel der Deportation in das Generalgouvernement erfolgt, nicht zustreffen können.

Zur näheren Aufklärung des Sachverhalts wäre es daher erforderlich, nochmals den Zeugen HEGENSCHIEDT sowie die sonstigen früheren Angehörigen der Stapostelle Hohensalza über die vorerwähnte Aktion zu befragen.

c) Aktionen im Bereich des KdS Radom im April/Mai 1940:

Dok.O. II L
Einzelfälle BAATZ

Aufgrund einer Verfügung des KdS Radom vom 13. April 1940 - Aktenzeichen: III/L-1339/40 - wurden in den zu dieser Dienststelle gehörenden Außendienststellen Pionki, Starowice und Petrikau namentliche Aufstellungen von Angehörigen der polnischen

Intelligenz erstellt, die im Zuge "präventiv-polizeilicher Maßnahmen zur Bekämpfung polnischer Widerstandsaktionen" bei einer "geplanten Festnahmeaktion" festgenommen werden sollten.

Einzelheiten über den Verlauf der geplanten Aktionen sind bisher nicht bekannt geworden.

Die anhand der aufgefundenen Listen angestellten Schicksalsermittlungen der namentlich benannten Angehörigen der polnischen Intelligenz hatten folgendes Ergebnis:

1. Die Liste der Außenstelle Pionki enthält insgesamt 155 Namen, vorwiegend von Lehrern. Von diesen Polen sind laut Auskunft des ITS Arolsen folgende acht Polen in einem Konzentrationslager verstorben:

- a) Johann PSTRAGOWSKI, Lehrer, verstorben am 4. Juni 1942,
- b) Zdzislaw WACH, Lehrer, verstorben am 25. März 1945 im KL Mauthausen,
- c) Julian SWITKA, Schulleiter, verstorben am 4. April 1942 im KL Sachsenhausen,
- d) Mieczyslaw KALUSZKU, Lehrer, verstorben am 6. Juni 1944 im KL Mauthausen,
- e) Wladislawa NIEDZIELSKI, Lehrerin, verstorben am 1. Februar 1944 im KL Auschwitz/Birkenau,
- f) Stanislaus PAWLIK, Lehrer, verstorben am 3. November 1942 im KL Mauthausen/Gusen,

- g) Kazimierz TOBOLA, Chemiker,
verstorben am 28. Februar 1945,
- h) Wladislaw ZIELINSKI, Beamter,
verstorben am 4. August 1944
im KL Mauthausen/Hartheim.

2. Die Liste der Außenstelle Starowice
enthält 150 Namen.

Von diesen namentlich bekanntgewordenen Angehörigen der polnischen Intelligenz sind laut Auskunft des ITS Arolsen nachweislich folgende 11 Polen in der Folgezeit in einem KL verstorben:

- a) Eugeniusz BIALAS, Lehrer,
verstorben am 11. Juni 1943
im KL Flossenbürg,
- b) Majloch DRAJNUDEL,
verstorben am 24. April 1945,
- c) Stanislaw GRALEC, Lehrer,
verstorben am 8. August 1942
im KL Auschwitz,
- d) Kazimierz GRUSZECKI, Lehrer,
verstorben am 11. November 1942
im KL Sachsenhausen,
- e) Marian KIEPAS,
verstorben am 10. September 1943
im KL Mauthausen/Gusen,
- f) Wlodzimierz KSYKIEWICZ, Lehrer,
verstorben am 14. Oktober 1942
im KL Sachsenhausen,
- g) Gustav KWIECINSKI, Lehrer,
verstorben am 9. Dezember 1940
im KL Sachsenhausen,
- h) Jan MICHALSKI, Rechtsanwalt,
verstorben am 12. Oktober 1940
im KL Sachsenhausen,
- i) Josef MISTAT, Finanzbeamter,
verstorben am 7. August 1941
im KL Mauthausen/Gusen,
- k) Stanislaw PIETRKIEWICZ, Leutnant,
verstorben am 15./16. Juli 1942
im KL Auschwitz,

- 1) Wladislaw WIELECHOWSKI,
Rechtsanwalt,
verstorben am 24. Dezember 1940
im KL Sachsenhausen.

3. Von der Außenstelle Petrikau wurden der Dienststelle des KdS Radom insgesamt 7 Angehörige der polnischen Intelligenz gemeldet, von denen ausweislich der Auskunft des ITS Arolsen folgende 3 Personen in einem KL verstorben sind:

- a) Stefan MUCHA,
verstorben am 11. Juni 1942 im
KL Dachau,
- b) Andreas DRECKI,
verstorben am 28. September 1942
im KL Sachsenhausen,
- c) Alexander PANSKI,
verstorben am 28. Mai 1942
im KL Dachau.

Zur näheren Aufklärung des Sachverhalts wäre es daher erforderlich, die ehemaligen Angehörigen der Dienststelle des KdS Radom bzw. die Angehörigen der vorgenannten Außendienststellen im einzelnen über den Grund und den Hergang der vorerwähnten Aktionen zu befragen. Die Tatsache, daß die Aktionen im Bereich des KdS Radom am selben Tage wie in Hohensalza, nämlich aufgrund einer Verfügung vom 13. April 1940, erfolgten, zeigt, daß offensichtlich nicht nur der oben zu Fall 1 a) erwähnte Erlaß des RSHA vom 3. April 1940, sondern daß in der Folgezeit vom Polenreferat noch weitere Erlasse ergangen sein müssen, aufgrund derer in den verschiedenen

Distrikten der besetzten polnischen Gebiete gleichzeitig umfangreiche Maßnahmen gegen die Angehörigen der polnischen Intelligenz durchgeführt wurden.

d) Sonderaktion vom 5. Mai 1940
im Bereich der Stapostelle Hohensalza:

Unter den von der Polnischen Hauptkommission in Warschau zur Verfügung gestellten Unterlagen des früheren Landrats in Herrmannsbad, das zum Bereich der Stapostelle Hohensalza gehörte, befinden sich insgesamt 23 Schreiben des Schutzhaftreferats der vorgenannten Dienststelle, durch welche dieses dem Landrat den Tod von insgesamt 23 Polen meldet, die "am 5. Mai 1940 im Zuge einer Sonderaktion festgenommen" und "am 9. Mai 1940 in das KL Dachau eingeliefert" sowie zu einem großen Teil "am 2. August 1940 in das KL Mauthausen überstellt" worden sind.

Im einzelnen sind folgende Polen verstorben:

1. Josef AUGUSTYNIAK, Lehrer,
verstorben am 26. Oktober 1940
im KL Mauthausen,
2. Jan BARTHEL de WEYDENTHAL,
Gutsbesitzer,
verstorben am 19. Juli 1941
im KL Mauthausen/Gusen,
3. Ignatz GOSCINIAK, Landwirt,
verstorben am 18. Februar 1941
im KL Dachau,
4. Josef GRUZA, Landwirt,
verstorben am 29. Dezember 1940
im KL Dachau,

Dok.O. XXXVIII J
./o. Dr. BEST

5. Stanislaus HALAS, Landwirt,
verstorben am 28. Januar 1941
im KL Mauthausen,
6. Ladislaus KANIA, Landwirt,
verstorben am 9. April 1941
im KL Mauthausen,
7. Wladislaus KROLIKOWSKI, Lehrer i.P.,
verstorben am 2. Oktober 1940
im KL Mauthausen,
8. Ladislaus KRUSZYNSKI, Kaufmann,
verstorben am 9. April 1941
im KL Mauthausen,
9. Anton LORENZ, Landwirt,
verstorben am 26. Januar 1941
im KL Mauthausen,
10. Josef MARCINIAK, Landwirt,
verstorben am 17. März 1941
im KL Mauthausen,
11. Josef NOWACKI, Kaufmann,
verstorben am 8. November 1940
im KL Mauthausen,
12. Otto (Anton) NOWAKOWSKI, Arbeiter,
verstorben am 25. Januar 1941
im KL Mauthausen,
13. Ignaz ORGANISCIAK, Landwirt,
verstorben am 25. September 1940
im KL Mauthausen,
14. Wacław ROKOSOWSKI, Diplom-Landwirt,
verstorben am 26. Oktober 1940
im KL Dachau,
15. Franz ROMANOWSKI, Arbeiter,
verstorben am 26. Januar 1941
im KL Dachau,
16. Alexander SADOWSKI,
verstorben am 29. Oktober 1940
im KL Mauthausen,
17. Stanislaus SIERAKOWSKI, Gutsbesitzer,
verstorben am 17. November 1940
im KL Mauthausen,
18. Leo SWITKIEWICZ, Lehrer,
verstorben am 7. Februar 1941
im KL Mauthausen,
19. Stanislaus WASKOWSKI, Landwirt,
verstorben am 8. November 1940
im KL Mauthausen,
20. Kasimierz WIDLASZEWSKI,
Eisenbahnbeamter,
verstorben am 20. November 1940
im KL Mauthausen,

21. Kazimierz WŁODARSKI, Lokomotivführer,
verstorben am 26. Februar 1941
im KL Sachsenhausen,
22. Stefan WRONSKI, Lehrer,
verstorben am 21. November 1940
im KL Mauthausen,
23. Josef ZAWATZKI, Landwirt,
verstorben am 25. Februar 1941
im KL Mauthausen.

Nähere Einzelheiten über die "Sonderaktion vom 5. Mai 1940", bei welcher die vorgenannten Polen festgenommen wurden, sind nicht bekannt. Auffallend ist, daß sich insbesondere Landwirte, Gutsbesitzer, Lehrer usw. - also Angehörige der polnischen Intelligenz - unter den Festgenommenen befanden. Zur näheren Klärung des Sachverhalts wäre es deshalb erforderlich, soweit dies möglich ist, beim ITS Arolsen etwaige Einlieferungslisten des KL Dachau vom 9. Mai 1940 bzw. Einlieferungslisten des KL Mauthausen vom 2. August 1940 zu überprüfen, um feststellen zu können, wieviele Polen insgesamt bei der vorerwähnten Aktion festgenommen und in die Konzentrationslager eingeliefert worden sind.

Wie bereits oben zu Fall 1 b) ausgeführt, müßten im übrigen ergänzend der ehemalige Leiter der Stapostelle Hohensalza, der Zeuge HEGENSCHIEDT, sowie weitere ehemalige Angehörige der Stapostelle Hohensalza im einzelnen nochmals zu diesen weiteren Festnahmeaktionen vernommen werden.

2. Ermordung von 50 (?) Professoren
der Universität Krakau:

Im Spätherbst 1939 erreichte die Verfolgung der polnischen Intelligenz einen weiteren Höhepunkt:

Es erfolgte die Festnahme der Universitätsprofessoren in Krakau, die zum größten Teil in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht wurden und von denen ein großer Teil schon kurz nach der Inhaftierung verstarb.

vgl. Dok.O.XXXVII
./ Dr. BEST

Im Verlaufe der bisherigen Voruntersuchung konnte aus Unterlagen, die im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes ermittelt wurden, festgestellt werden, daß insgesamt 175 namentlich aufgeführte Professoren der Jagellonischen Universität in Krakau am 6. November 1939 festgenommen wurden. Als äußerer Anlaß für diese Festnahmen wurde der bevorstehende polnische Nationalfeiertag am 11. November 1939 genommen. Die Tatsache, daß es sich hierbei nur um einen äußeren Vorwand handelte, ergibt sich aus dem Umstand, daß die festgenommenen Professoren nach Ablauf des polnischen Nationalfeiertages nicht freigelassen, sondern in das KL Sachsenhausen verbracht wurden.

Daß die Verbringung der Professoren in das Konzentrationslager mit dem Ziel der Tötung geschah, ergibt sich daraus, daß schon in kurzer Zeit, in den folgenden Wochen und Monaten, folgende 20 Professoren verstarben:

- 1) BEDNARSKI, Stefan,
geboren am 26. Dezember 1872,
Lektor für russische Sprache,
festgenommen am 6. November 1939,
verstorben am 1. Januar 1940
im KL Sachsenhausen an "Körperschwäche"
- 2) CHRZANOWSKI, Ignacy,
geboren am 5. Februar 1866,
Professor,
verstorben am 19. Januar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Lungenentzündung"
- 3) DEMBINSKI, Bronislaw,
Geschichtsprofessor,
verstorben im Januar 1940
- 4) ESTREICHER, Stanislaus,
geboren am 26. November 1869,
Professor der Rechtswissenschaft,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 28. Dezember 1939
im KL Sachsenhausen
- 5) GARBOWSKI, Tadeusz,
geboren am 15. Juni 1869,
festgenommen am 6. November 1939,
verstorben am 9. Januar 1940
im KL Sachsenhausen an "Herzkranz-
gefäßverkalkung"
- 6) HOBORSKI, Antoni,
geboren am 1. April 1879,
Professor für Mathematik,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 9. Februar 1940 im KL
Sachsenhausen an "grippösem Infekt"
- 7) KOLACZKOWSKI, Stefan,
Professor der polnischen Literatur-
geschichte,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben im März 1940
- 8) KOSTANECKI, Kazimierz,
geboren am 25. Dezember 1863,
Dr. med.,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 11. Januar 1940
im KL Sachsenhausen
- 9) METALLMANN, Joachim,
Dr., Professor der Philosophie,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 21. August 1942 im KL
Buchenwald an "Lungenentzündung"

107

- 10) MEYER, Antoni,
geboren am 15. Februar 1870,
Bergkaufmann,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 25. Dezember 1939 im KL
Sachsenhausen an "Lungenentzündung"
- 11) NOWAK, Jan,
Professor der Geologie,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben "nach Entlassung"
im März 1940
- 12) ORMICKI, Viktor,
Dr., Dozent für Geographie,
geboren am 1. Februar 1898,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 17. September 1941 im
KL Mauthausen an "Myodegeneratio"
- 13) ROGOZINSKI, Felix,
geboren am 29. August 1879,
Professor, Dr.,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 10. Januar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Herzkranzgefäßver-
kalkung"
- 14) ROZANSKI, Adam,
Dr., Professor der landwirtschaft-
lichen Ingenieurwissenschaften,
geboren am 8. September 1874,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 16. Januar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Körperschwäche"
- 15) SIEDLIECKI, Michal,
Dr., Professor der Zoologie,
geboren am 8. September 1873,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 11. Januar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Lungenentzündung"
- 16) SMOLENSKI, Jerzy,
Dr., Professor der allgemeinen
Geographie,
geboren am 6. September 1881,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 4. Januar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Herzkranzgefäßver-
kalkung"
- 17) STERNBACH, Leon,
Dr., Professor für klassische
Philologie,
geboren am 27. Juli 1864,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 21. Februar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Darmkatarrh"

108

- 18) TAKLINSKI, Wladyslaw,
Ingenieur, Rektor der Bergakademie,
geboren am 17. Dezember 1874,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben am 24. Januar 1940 im KL
Sachsenhausen an "Herzkranzgefäßver-
kalkung"
- 19) WILK, Antoni,
Assistent der Sternwarte,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben "nach Entlassung" im
März 1940
- 20) WLODEK, Jan,
Professor für Pflanzenzucht,
geboren am 31. August 1885,
verhaftet am 6. November 1939,
verstorben "nach Entlassung" im
März 1940

Der plötzliche Tod der vorgenannten Professoren, die international bekannt waren, erregte im damaligen Ausland weltweites Aufsehen. Insbesondere aus Schweden, der Schweiz - also dem neutralen Ausland - aber auch aus Italien ergingen laufende Anfragen nach dem Schicksal der Professoren und dem Grund ihrer Festnahme. Dies führte zu einer umfangreichen Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichssicherheitshauptamt, durch welchen Umstand auch im Archiv des Auswärtigen Amtes die Namen der betroffenen Opfer ermittelt werden konnten.

Da im Winter/Frühjahr des Jahres 1939/40 - also kurz nach Beendigung des eigentlichen Polenfeldzuges - die deutsche NS-Führung bemüht war, die Terrormaßnahmen gegen die polnische Intelligenz in der Weltöffentlichkeit nicht publik werden zu lassen, sahen sich die NS-Täter gezwungen, den überwiegenden Teil der

festgenommenen Professoren bereits im Frühjahr 1940 wieder zu entlassen.

Zur näheren Aufklärung des Sachverhalts sind über die Aktion gegen die Krakauer Professoren insbesondere ehemalige Angehörige der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau vernommen worden.

Die zu diesem Sachkomplex vernommenen Zeugen

Bd. I Bl. 27
Bd. LII Bl. 192
Bd. LIV Bl. 44
Bd. LXVI Bl. 139

Josef SCHILK,
Heinz RICHTER,
Heinrich zum BROOCK und
Karl NEUMANN

haben bekundet, daß ihnen über die Festnahme der Krakauer Professoren nichts bekannt geworden sei.

Bd. LXIX Bl. 208

Die frühere Schreibkraft des Angeschuldigten B a a t z , die Zeugin Ilse OSWALD, kann sich angeblich an Einzelheiten ihrer Tätigkeit nicht mehr erinnern.

Bd. LXIV Bl. 51

Auch dem früheren Sachbearbeiter des Sachgebiets IV D 2 b, dem Mitangeschuldigten Rudolf W i n t z e r , ist angeblich über die Festnahmen der Krakauer Professoren nichts bekannt.

Bd. I Bl. 59
Bd. LII Bl. 129
Bd. LIV Bl. 26
Bd. LVI Bl. 142 f.
Bd. LVI Bl. 170

Aufgrund der Aussagen der Zeugen
Robert-Phillipp WEISSMANN,
Walter HUPPENKOTHEN,
Max MÜLLER,
Rudolf KÖRNER,
Hermann HISCHE,

Bd. LIX Bl. 43

Bd. LXXI Bl. 183

Helmut FROMM und

Eduard FISCHER

steht jedoch fest, daß der Befehl zur Festnahme der Krakauer Professoren vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin an den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, Dr. Bruno MÜLLER, ging, der die Festnahme dann auch leitete.

Aus zwei Briefen, die der Angeschuldigte
B a a t z

P II B 6

P II B 16

am 9. März 1940 - IV D 2 - a - 2196/40 -
und am 10. April 1940 - IV D 2 -a- 2478/40
an das Auswärtige Amt richtete, ergibt sich eindeutig, daß auch der Angeschuldigte mit der Aktion gegen die Krakauer Professoren befaßt war. Wenn die vorgenannten zwei Schreiben auch nicht die Festnahme, sondern im Gegenteil die Entlassung von zwei Krakauer Professoren betreffen, so folgt aus der Tatsache, daß der Angeschuldigte die Entlassung von Professoren aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen anordnen konnte, daß er umgekehrt auch für diejenigen Fälle verantwortlich ist, in denen keine Entlassung erfolgt ist. Auch aus einem Schreiben des Deutschen Roten Kreuzes vom 3. April 1940 ergibt sich, daß die Entscheidung über die Entlassung von inhaftierten Personen aus dem damaligen Generalgouvernement beim Referat IV D 2 lag.

P II B 10

Da jedoch die Festnahme der Krakauer Professoren zu einem Zeitpunkt erfolgte

AAA

- am 6. November 1939 -, währenddessen nicht der Angeschuldigte B a a t z , sondern der Mitangeschuldigte

Dr. D e u m l i n g Leiter des Polenreferats war, und auch von den oben erwähnten Opfern ein großer Teil verstorben ist, bevor B a a t z die Leitung des Polenreferats übernahm, bedarf es im einzelnen noch umfangreicher Ermittlungen über das Schicksal der weiteren Professoren. Es konnte bisher im einzelnen noch nicht geklärt werden, ob diese tatsächlich freigelassen worden sind bzw. ob sie in andere Konzentrationslager überstellt wurden, wo sie später ums Leben gekommen sind bzw. welche der Professoren der "Sonderbehandlung" zugeführt wurden. Zur genauen Aufklärung des Sachverhalts wäre es deshalb erforderlich, eine namentliche Aufstellung der festgenommenen Professoren der Polnischen Hauptkommission in Warschau mit der Bitte um Schicksalsermittlung zuzuleiten.

3. Exekution von etwa 90 Polen aus dem Fort VII bei Thorn von Februar bis April 1940:

Dieser Fall ist mit dem Einzelfall 44 des Verfahrens gegen Dr. BEST

- 1 Js 12/65 (RSHA) - identisch

(- die einzige Abweichung besteht in zeitlicher Hinsicht: während Fall 44 gegen Dr. BEST die Tötungen in der Zeit von Oktober 1939 bis April 1940 betrifft, werden dem Angeschuldigten B a a t z allein die in der Zeit von Februar bis

112

April 1940 begangenen Tötungen zur Last gelegt -).

Wegen des Ergebnisses der Voruntersuchung wird deshalb im wesentlichen auf die Ausführungen und Feststellungen des Vermerks vom 1. März 1971 in dem Verfahren 1 Js 12/65 (RSA) zu Fall 44 gegen Dr. BEST verwiesen.

Nach dem bisherigen Ergebnis der Voruntersuchung, insbesondere aufgrund der Bekundungen der Zeugen

Karl STRAUSS,
Alojzy KLINKOSZ,
Dr. MANTHEY und
Hans BROOK

steht fest, daß polnische Häftlinge aus dem Fort VII, insbesondere Angehörige der polnischen Intelligenz, unter Mitwirkung des örtlichen Selbstschutzes durch ein Exekutionskommando der Sicherheitspolizei, das aus Bromberg stammte, erschossen worden sind.

Bd. LVIII Bl. 73 ff.
Bd. LX Bl. 167
Bd. XLVII Bl. 155
Bd. I Bl. 2 ff.

Bd. XLVII, Bl. 110 ff

Der Zeuge Paul HOHMANN, der ab Dezember 1939 Leiter der für das Fort VII zuständigen Stapo-Außenstelle in Thorn war, hat in seiner zeugenschaftlichen Vernehmung bestritten, daß auch noch zu seiner Zeit, d.h. also ab Dezember 1939, Exekutionen von Gefangenen aus dem Fort VII durchgeführt worden seien. Er hat in diesem Zusammenhang bekundet, daß zwar vor Übernahme seines Amtes sicherlich Erschießungen im Wald von Barbaken vorgenommen worden seien. Dies treffe jedoch nicht mehr auf die nachfolgende Zeit zu.

Bd. LVIII Bl. 73 ff

Demgegenüber steht aufgrund der Bekundungen des richterlich vernommenen Zeugen STRAUSS fest, daß entgegen den Angaben des Zeugen HOHMANN auch noch nach Auflösung des Selbstschutzes bis etwa Mai 1940 alle zwei bis drei Wochen etwa 15 bis 20 Polen erschossen worden sind. Nach seiner Aussage soll in mehreren Fällen der Zeuge EHLERT, ein Angehöriger der Stapo-Außenstelle in Thorn, die Listen mit den Namen der Opfer in das Fort VII gebracht haben und teilweise auch an Exekutionen mitgewirkt haben.

Bd. LIV Bl. 37, 38

Der Zeuge Willi EHLERT hat sich, über Exekutionen von Insassen aus dem Fort VII befragt, auf sein Aussageverweigerungsrecht nach § 55 StPO berufen.

Während einer Auswertungsreise im März 1970 sind dem staatsanwaltlichen Sachbearbeiter von der Polnischen Hauptkommission in Warschau u.a. die Zeugenaussagen zweier ehemaliger polnischer Häftlinge aus dem Fort VII vorgelegt worden, die gleichfalls bestätigt haben, daß die Exekutionen von Insassen aus dem Fort VII bis etwa Mai 1940 gedauert haben. Die polnischen Zeugenaussagen stammten aus dem Jahre 1947, sodaß angesichts des kürzeren Zeitabstandes von der Tat her davon ausgegangen werden kann, daß sich diese polnischen Zeugen in der Tatzeit nicht geirrt haben. Die polnischen Zeugenaussagen sind anlässlich der vorerwähnten Auswertungsreise bei der Polnischen Hauptkommission in Warschau bestellt worden,

bisher jedoch noch nicht aus Warschau hier eingegangen. Zur genaueren Absicherung der Tatzeit erscheint eine Vernehmung der polnischen Zeugen unumgänglich. Insoweit ist deshalb zunächst der Eingang der polnischen Unterlagen abzuwarten.

Sofern die polnischen Zeugen ihre früheren Aussagen bestätigen, steht mit Sicherheit fest, daß die Exekutionsanordnungen allein über die örtlich zuständigen Stapostellen (Bromberg und Thorn) gelaufen sein müssen, denn der Selbstschutz war zur hier in betracht kommenden Tatzeit - Februar bis April 1940 - bereits aufgelöst.

Hinzu kommt bemerkenswerterweise, daß dem Mitangeschuldigten Rudolf W i n t z e r bei seiner richterlichen Vernehmung der Name des "Fort VII" irgendwie bekannt vorkam, wenngleich er behauptete, von Exekutionen aus diesem Fort nichts erfahren zu haben.

Bd. LXIV Bl. 51

4. Exekution von mindestens 20 Polen
in Posen im Mai 1940:

Ebenso wie in dem "neugewonnenen" Reichsgau Danzig-Westpreußen wurden auch im Reichsgau Wartheland bereits im Frühjahr 1940 zahlreiche polnische Volkszugehörige exekutiert.

Bd. LII Bl. 160 ff.
Bd. LXVIII Bl. 153
Bd. LXIX Bl. 223

Zwar haben die Zeugen
Werner NIEDERASTROTH,
Erich WESCH und
Franz-Josef DUSEMUND,

Bd. XXXIII Bl. 52 f.

Bd. LVII Bl. 150ff, 155, 156

die sämtlich der Stapoleitstelle Posen angehört haben, behauptet, daß sie sich an Exekutionen im einzelnen nicht erinnern könnten; aufgrund der Angaben des Zeugen Dr. TRENKER, der diese auch in seiner richterlichen Vernehmung bestätigt hat, steht jedoch fest, daß auch in Posen in der Zeit von Mai 1940 bis Februar 1942 mindestens 50 Polen exekutiert worden sind. Der Zeuge Dr. TRENKER hat auszugsweise bekundet:

Bd. LVII Bl. 154

"Sabotagehandlungen des polnischen Widerstandes, insbesondere Mordanschläge auf Deutsche, mußten außerhalb der wöchentlichen Tätigkeitsberichte sofort dem RSHA, d.h. dem Polenreferat im Amt IV gemeldet werden. Wir haben sofort die Ermittlungen nach dem oder den Tätern aufgenommen, die in den meisten Fällen zum Erfolg führten. Die Täter wurden früher oder später festgenommen. Es kam aber auch vor, besonders bei Sachanschlägen, daß die Täter nicht ergriffen wurden. Die festgestellten Täter wurden unter Beifügung der Ermittlungsvorgänge dem Polenreferat gemeldet. Dieses entschied auf Einweisung in ein KL. Dem KL ging dann der Befehl zur "Sonderbehandlung" der Täter zu. In die Ermittlungen in Mordfällen schaltete sich auch immer der Gauleiter ein. Der Stapoleiter mußte ihm laufend über den Gang der Ermittlungen berichten. Konnten die Täter trotz der Bekanntmachung am Tatort nicht gefaßt werden, so regte der Gauleiter schon die Festnahme von Geiseln an, soweit nicht schon Polen aus den Kreisen des Widerstandes inhaftiert waren, die für eine Exekution infrage kamen. Die Dienststelle berichtete alsdann dem Polenreferat, daß trotz intensiver Bemühungen die Täter nicht ermittelt werden konnten und daß der Gauleiter die Erschießung einer bestimmten Anzahl von Geiseln als Vergeltungs- und Abschreckungsmaßnahme gewünscht habe. Wenn im Gewahrsam der Dienststelle geeignete Geiseln einsaßen,

wurden diese namentlich dem RSHA gemeldet unter Angabe des Grundes, weshalb sie einsaßen. Im RSHA wurden die zu erschießenden Geiseln ausgewählt und uns genannt. Die bestimmten Geiseln wurden dann öffentlich, zwar nicht im Stadtzentrum, sondern am Stadtrand, von einem Exekutionskommando unter Leitung eines Beamten der Stapostelle exekutiert, wobei es jedem Einwohner der Stadt freistand, sich diese Exekution anzusehen. Ich erinnere mich an etwa zwei oder drei solcher Vergeltungsexekutionen." ...

Auch der Zeuge Gerhard HOFFSTÄDT, der der Stapoleitstelle Posen angehörte, kann sich an die Exekution von Polen in diesem Zusammenhang erinnern. Seine Aufgabe war es, innerhalb des Schutzhaftreferates der Stapoleitstelle in Posen jeweils den Tod der hingerichteten Polen in der Kartei zu vermerken. Er schätzt die in Posen insgesamt der Sonderbehandlung zugeführten Polen auf etwa 250. Es kann deshalb mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß in dem hier infrage stehenden Zeitraum mindestens 20 Polen in Posen exekutiert worden sind.

Zur näheren Aufklärung des Sachverhalts wäre es jedoch erforderlich, nach Möglichkeit die Identität und die genaue Anzahl der Opfer zu ermitteln.

5. Exekution von mindestens 450 Polen in Warschau von April bis Juni 1940:

Ebenso wie in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland fanden die

Aktionen gegen Angehörige der polnischen Intelligenz im Generalgouvernement, insbesondere in der polnischen Hauptstadt, im Frühjahr 1940 einen besonderen Höhepunkt:

Die Aktionen fanden in der Weise statt, daß entweder Straßenrazzien oder aber anhand von Festnahmelisten Einzelfestnahmen durchgeführt wurden. Die festgenommenen Polen wurden zunächst in das Pawiak-Gefängnis geschafft. Die Häftlinge wurden zunächst verhört, zu diesem Zweck teilweise in das Dienstgebäude des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau geschafft. Nach den Vernehmungen wurde über ihr weiteres Schicksal entschieden. Eine Freilassung der Häftlinge kam nur in den wenigsten Fällen in Betracht. Ein großer Teil der Häftlinge wurde in verschiedene Konzentrationslager, insbesondere in das Konzentrationslager Auschwitz verbracht. Diejenigen Polen, die der polnischen Intelligenz angehörten oder aus sonstigen Gründen als "gefährlich" galten, wurden dagegen der "Sonderbehandlung" (=Exekution) zugeführt. Die Hinrichtung erfolgte zumeist in Form von Massenerschießungen im Wald von Palmiry, einem kleinen Wäldchen etwa 20 km nördlich von Warschau. Die Exekutionen erfolgten dabei in der Weise, daß sich die in Betracht kommenden Opfer jeweils in Reihen von fünf bis zehn Personen vor der Erschießungsgrube aufstellen mußten und sodann durch das Exekutionskommando durch Genickschuß getötet wurden. Dabei konnten bzw. mußten die

Opfer, die teilweise auch vor der Erschießungsgrube hinknien mußten, mit dem Gesicht zur Grube Aufstellung nehmen, so daß sie vor ihrer eigenen Hinrichtung bereits die Leichen der vor ihnen erschossenen Leidensgefährten ansehen mußten.

Nach den fundierten Feststellungen des polnischen Wissenschaftlers Wladislaw BARTOSZEWSKI in seinem Buch "Der Todesring um Warschau" fanden allein in Palmiry am 26. Februar 1940 190 Polen, am 2. April 1940 100 Polen und am 23. April 1940 34 Polen den Tod durch Erschießen.

Die Tatsache der Exekutionen bzw. der vorhergehenden Festnahmen haben u.a. folgende Zeugen, die der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau angehört haben, bestätigt:

Bd. L Bl. 41 ff.
Bd. LII Bl. 80 ff.
Bd. LII Bl. 92 ff.
Bd. XXIV Bl. 86 ff.
Bd. XII Bl. 114
Bd. XVI/35
Bd. LVI Bl. 152 ff.

Erich BRÜMMEL,
Erich HÄNDEL,
Georg BRAMMER,
Erich MÜLLER,
Udo BOLLENSDORF,
Walter STAMM (verstorben) und
Bruno GRIESCHE.

Der letztgenannte Zeuge hat u.a. bekundet, daß die Festnahmeaktionen unter Leitung des Zeugen PRECKEL durchgeführt worden seien.

Der Zeuge PRECKEL hat zuletzt in seiner richterlichen Vernehmung in dem Verfahren

M9

P II B 10

1 Js 12/65 (RSHA) gemäß § 55 StPO seine Aussage hierzu im einzelnen verweigert.

Aus einem Schreiben des Deutschen Roten Kreuzes an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD - IV D 2 - vom 3. April 1940 ergibt sich, daß im Zusammenhang mit den vorerwähnten Aktionen u.a. in Warschau auch "katholische Geistliche" verhaftet worden sind.

Aus dem vorerwähnten Schreiben ergibt sich mittelbar, daß das Polenreferat IV D 2 die Entscheidung über die verhafteten Polen bearbeitet hat.

Die Zeugin Christel SCHERBEL, die in Warschau zur Tatzeit Vorzimmerdame des Kommandeurs MEISINGER war, hat in diesem Zusammenhang bestätigt, daß der Kommandeur MEISINGER seine entsprechenden Anordnungen vom Amt IV des RSHA - in wichtigen Angelegenheiten durch Kurier - erhalten hat. Sie hat in ihrer richterlichen Vernehmung vom 14. Mai 1970 auszugsweise folgendes bekundet:

Bd. LXIV

"Wenn ich mich heute wegen des langen Zeitabstandes auch an einzelne Festnahmen oder Exekutionen von Polen nicht mehr erinnern kann, so ist mir doch aus den Schreiben, die ich für Meisinger gefertigt habe, mit Sicherheit bekannt, daß Meisinger die jeweiligen Aktionen keinesfalls eigenmächtig angeordnet, sondern jeweils vorher sich mit dem RSHA in Verbindung gesetzt und von dort seine Anweisungen erhalten hat. Diese Anweisungen kamen aus Berlin in der ersten Zeit durch Kurier, später durch Fernschreiben; geheime Reichssachen oder Geheimsachen wurden meines Wissens stets per Kurier überbracht. ..."

6. Tötung von 250 polnischen "Geisteskranken"
vom 21. Mai bis 8. Juni 1940 in Soldau:

Dieser Fall ist mit dem Fall 57 des Verfahrens gegen Dr. BEST - 1 Js 12/65 (RSHA) - identisch. Vgl. insoweit im einzelnen das Ergebnis der Voruntersuchung nach dem Vermerk vom 1. März 1971 in der Sache 1 Js 12/65 (RSHA) auf S. 102 ff.

Danach steht fest, daß in der Zeit vom 21. Mai bis 8. Juni 1940 etwa 250 polnische "Geisteskranke" aus dem der Provinz Ostpreußen angegliederten Gebiet Zichenau im Rahmen des nationalsozialistischen Euthanasieprogrammes durch das "Sonderkommando Lange" getötet worden sind.

Der ehemalige höhere SS- und Polizeiführer KOPPE (jetzt vernehmungsunfähig), dem die Tötung der Geisteskranken durch das Sonderkommando Lange zur Last gelegt wurde, hat in dem gegen ihn geführten Verfahren in seiner verantwortlichen Vernehmung seine Mitwirkung an der Aufstellung dieses Sonderkommandos bestritten und behauptet, daß das Sonderkommando Lange vom RSHA direkt aufgestellt worden sei.

Aus diesem Grunde sind die durch das Sonderkommando Lange in diesem Zusammenhang begangenen Tötungen auch dem früheren Mitangeschuldigten Dr. BEST als Amtschef I des RSHA zur Last gelegt worden.

Der Zeuge Dr. TRENKER, ehemals stellvertretender Leiter der Stapoleitstelle Posen, welcher der Kommandoführer LANGE

Beist. IV S. 1-40

personalmäßig zugeteilt war, hat ebenso wie der Zeuge HEGENSCHIEDT (Leiter der Stapostelle in Hohensalza) bestätigt, daß ihrer Erinnerung nach das Sonderkommando Lange vom RSHA aufgestellt wurde und daß nach ihrer Auffassung auch letztlich die exekutiven Weisungen an das Sonderkommando Lange vom RSHA, in oberster Spitze von HEYDRICH, erteilt wurden.

Ebenso wie unter Berücksichtigung der formellen Zuständigkeiten die Aufstellung des Sonderkommandos nach Lage der Dinge allein durch das Amt I des RSHA geschehen sein kann, können unter Berücksichtigung des damaligen Befehlsweges und der funktionellen Zuständigkeit die exekutiven Anweisungen an das Sonderkommando Lange allein vom Amt IV des RSHA ausgegangen sein, in welchem wiederum das Polenreferat die zuständige sachbearbeitende Stelle war.

Nach dem bisherigen Ergebnis der Voruntersuchung konnte jedoch noch nicht geklärt werden, ob der Kommandoführer LANGE seine Weisungen unmittelbar vom Chef der Sicherheitspolizei, vom Amtschef MÜLLER, oder auf dem üblichen Dienstwege vom Polenreferat über den Inspekteur der Sicherheitspolizei in Posen erhalten hat. Insoweit bedürfte es noch weiterer umfangreicher Sachaufklärungen. Insbesondere wäre es erforderlich, die früheren Angehörigen des Sonderkommandos Lange zu diesem Sachkomplex im einzelnen zu vernehmen.

122

B. Kausalzusammenhang (Befehlsweg):

Bd. XXXV Bl. 153 f.

Der Angeschuldigte B a a t z hat die ihm zur Last gelegten Taten weder zugegeben noch bestritten; er hat vielmehr nach Rücksprache mit seinem Verteidiger von seinem Aussageverweigerungsrecht gemäß § 136 StPO Gebrauch gemacht.

Dokumente oder sonstige schriftliche Beweismittel mit der Unterschrift des Angeschuldigten, aus denen sich seine Mitwirkung an den oben erwähnten Einzelfällen ergibt, konnten bisher nicht ermittelt werden.

Die Tatsache, daß Exekutionen ("Sonderbehandlungen") gegen polnische Volkszugehörige durch Angehörige der Sicherheitspolizei in den besetzten polnischen Gebieten allein auf Anordnung oder nach Genehmigung durch das Amt IV des RSHA bzw. durch das Polenreferat innerhalb des Amtes IV durchgeführt werden konnten und durften, ergibt sich ^{jedoch} aus den Bekundungen folgender Zeugen:

Bd. XLV Bl. 133 ff.
Bd. XLV Bl. 139
Bd. XLVII Bl. 81 ff.
Bd. XLVII Bl. 184
Bd. XLVII Bl. 200
Bd. XLVII Bl. 210
Bd. I Bl. 34
Bd. LIV Bl. 28
Bd. LVII Bl. 152 ff.
Bd. LXIV Bl. 15
Bd. LXIV Bl. 18 f.
Bd. LXV Bl. 195
Bd. LXVI Bl. 115

Hans MELZER,
Gotthard SCHUBERT,
Friedrich HEGENSCHIEDT,
Dr. Erich BARTELS,
Dr. Friedrich RANG,
Erich PULLERT,
Hartmut PULMER,
Max MÜLLER,
Dr. Alfred TRENKER,
Willi HINZE,
Christel SCHERBEL,
Werner KRESSNER,
Fritz SCHWANBECK.

Bei den vorgenannten Zeugen handelt es sich um Angehörige der sicherheitspolizeilichen Dienststellen in den ehemaligen polnischen besetzten Gebieten, darunter Stapoleiter bzw. deren Vertreter, die übereinstimmend bestätigt haben, daß in Exekutivangelegenheiten allein das RSHA für die Entscheidung zuständig war. Zur Tatzeit durfte nicht einmal die Schutzhafteinweisung eines Polen ohne Genehmigung durch das RSHA durchgeführt werden. Sogar die verschärfte Vernehmung mittels "Stockschlägen" mußte in jedem Einzelfall beim RSHA beantragt und von dort genehmigt werden. In keinem Falle durften jedoch die sicherheitspolizeilichen Dienststellen in Polen eine "Sonderbehandlung" (Exekution) ohne Genehmigung des RSHA durchführen.

Auch die in diesem Zusammenhang bisher vernommenen ehemaligen Angehörigen des Polenreferats im RSHA, die Zeugen

Bd. LX Bl. 111

Bd. LXVIII Bl. 103

Helmut ENGEL und

Marie KARUTZ geborene Schmiedl

haben insoweit die Führungsaufgabe des Polenreferats bestätigt.

Bd. LXIV Bl. 50

Der Mitangeschuldigte Rudolf W i n t z e r hat in seiner verantwortlichen richterlichen Vernehmung seine objektive Mitwirkung innerhalb des Sachgebietes IV D 2 b im wesentlichen eingestanden, wenngleich er sich wegen der Vielzahl der Einzelfälle und wegen der Länge der zurückliegenden Zeit angeblich an konkrete Einzelfälle heute auch nicht mehr erinnern kann. Nach seinen Angaben hat er

- wie bereits oben angedeutet - seine Vorschläge zunächst dem Mitarbeiter des Angeeschuldigten, dem inzwischen verstorbenen Regierungsassessor Jobst THIEMANN zur Gegenzeichnung vorgelegt.

Da THIEMANN als junger Regierungsassessor damals nicht selbständig die Entscheidung über Leben und Tod der betroffenen Polen treffen konnte, sondern diese Entscheidung in der ersten Zeit Heinrich HIMMLER bzw. im Falle seiner Verhinderung oder in minder schweren Fällen dem Chef der Sicherheitspolizei HEYDRICH bzw. dem Amtschef MÜLLER vorbehalten war, und keine gegenteiligen Gesichtspunkte für einen anderweitigen Befehlsweg zu erkennen sind, kann unter Berücksichtigung der damals bestehenden funktionellen Zuständigkeiten ^{/gezogen} allein der Schluß werden, daß die entsprechenden Sonderbehandlungsvorgänge bzw. Exekutionsanordnungen über den Angeschuldigten, der zur Tatzeit Referatsleiter war, auf dem auch sonst üblichen "Vorlageweg" - mit seiner Gegenzeichnung - HIMMLER bzw. HEYDRICH zur Entscheidung vorgelegt worden sind. Ein anderer Befehlsweg etwa des Inhalts, daß THIEMANN bei den jeweiligen Vorschlägen den Angeschuldigten als Referatsleiter übergangen und die Vorgänge dem Amtschef MÜLLER unmittelbar vorgelegt hätte, widerspricht nicht nur der Behördenpraxis im allgemeinen, sondern auch dem damals praktizierten hierarchischen Aufbau des RSHA im besonderen. Die Tatsache, daß der Angeschuldigte letztlich die generellen Erlasse zur Bekämpfung und Vernichtung der polnischen Intelligenz entworfen bzw. mitbearbeitet hat, wird im übrigen

unterstützt durch den Umstand, daß er nachweislich auch an dem umfangreichen Erlaßwerk zur Behandlung der polnischen Zivilarbeiter mitgewirkt hat, welche Tätigkeit ihm in dem eingangs erwähnten Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) zur Last gelegt wird.

Zusammenfassend kann nach dem bisherigen Ergebnis der Voruntersuchung mithin gesagt werden, daß die Exekutionsvorgänge mit den entsprechenden Vorschlägen von dem Angeeschuldigten in seiner Funktion als Leiter des Polenreferats des RSHA gegengezeichnet worden sein müssen.

C. Subjektiver Tatbestand,
insbesondere Frage der eigenen niedrigen
Beweggründe (§ 50 Abs. 2 StGB):

Dem Angeeschuldigten wird nach dem Beschluß über die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung zur Last gelegt, sich in den oben erwähnten Einzelfällen der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht zu haben.

Wegen "Beihilfe" zum Mord kann heute nur noch derjenige "Gehilfe" verfolgt werden, der sich die niedrigen Beweggründe der Haupttäter zu eigen gemacht hat. Denn für Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen, bei welcher der Gehilfe selbst nicht aus niedrigen Beweggründen handelt, wäre die Verjährungsfrist für die Verfolgung dieser Tat am 8. Mai 1960 abgelaufen. Dies folgt aus der Erwägung, daß das Mordmerkmal der niedrigen Beweggründe täterbezogen ist und

daher zu den besonderen persönlichen Merkmalen im Sinne des § 50 Abs. 2 StGB gehört, sowie daraus, daß nach dieser Vorschrift derjenige Teilnehmer, bei dem solche persönlichen Merkmale fehlen, milder bestraft werden muß als derjenige, bei dem sie vorliegen (vgl. BGHSt 22, 375; BGH 5 StR 308/69 vom 7. April 1970 sowie BGH 3 StR 337/68 vom 13. Mai 1971). Für solche Mordhilfe betrug, wenn keine weiteren Mordmerkmale vorlagen, die Frist für die Verjährung der Strafverfolgung nach § 67 Abs. 1 StGB in der Fassung, die bis zu dem am 6. August 1969 in Kraft getretenen 9. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. August 1969 (BGBl. I 1063) galt, in Verbindung mit § 50 Abs. 2 StGB in der Fassung des EGOWiG vom 24. Mai 1968 (BGBl. I 503) 15 Jahre. Die Verjährungsfrist von 15 Jahren begann am 9. Mai 1945, weil die Verjährung bis zu diesem Tage ruhte. Dies folgt sowohl aus dem Grundgedanken des § 69 StGB in Verbindung mit der Tatsache, daß einer Strafverfolgung bis zum 8. Mai 1945 der Wille der nationalsozialistischen Staatsführung entgegenstand (vgl. BGHSt. 18, 367), als auch aus § 3 der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23. Mai 1947 (vgl. BGH 3 StR 337/68 vom 13. Mai 1971). Das Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen vom 13. April 1965 (BGBl. I 315), nach dem die Verjährung für die Zeit nach dem 8. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1949 außer Ansatz bleibt, gilt nur für Verbrechen, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind. Dies trifft für Beihilfe zum Mord aus

niedrigen Beweggründen, bei welcher der Gehilfe selbst nicht aus niedrigen Beweggründen handelt, nach § 50 Abs. 2 StGB in seiner neuen Fassung nicht mehr zu.

Der Angeschuldigte B a a t z kann mithin nur noch dann wegen Beihilfe zum Mord verfolgt werden, wenn er selbst aus eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt hat.

Es ist also festzustellen, ob solche eigenen niedrigen Beweggründe bei dem Angeschuldigten zur Tatzeit vorgelegen haben:

Eigene niedrige Beweggründe könnten darin erblickt werden, daß der Angeschuldigte schon in relativ jungen Jahren einen steilen Aufstieg in eine Führungsposition des Reichssicherheitshauptamtes erlangt hat. Er hat sich bemüht, arbeitseifrig, getrieben von der Sucht nach einer möglichst schnellen Karriere, die Wünsche seiner Vorgesetzten - des Amtschefs MÜLLER bzw. des CdS HEYDRICH - willig zu erfüllen. Er wurde offensichtlich deshalb zum Leiter des Polenreferats bestellt, weil er sich vorher während des Polenfeldzuges beim Stabe der Einsatzgruppe IV bzw. anschließend auf der Dienststelle des KdS in Warschau als Referatsleiter als zuverlässig und tüchtig erwiesen hatte. Während seiner Tätigkeit in Warschau haben dort praktisch die ersten Verfolgungsmaßnahmen gegen die Angehörigen der polnischen Intelligenz eingesetzt. Als Beamter mit vorhergehender Ministerialerfahrung schien er seinen Vorgesetzten auch durchaus der geeignete Mann, die grundlegenden Erlasse zur Behandlung der polnischen

Zivilarbeiter zu entwerfen und auch - wie oben dargelegt - die grundlegenden Anordnungen zur Behandlung der Polen in den besetzten polnischen Gebieten auszuarbeiten.

Die bisherigen Zeugen, soweit sie in der Lage waren, sich zur Person und inneren Einstellung des Angeschuldigten zu äußern, waren in ihren Bekundungen äußerst zurückhaltend:

Bd. LXIX Bl. 205 ff.

Die Zeugin Ilse OSWALD, die über viele Jahre hinweg - auch zur Tatzeit - seine Hauptschreibkraft war, schildert den Angeschuldigten zwar als einen äußerst human eingestellten Menschen, der keinerlei Rassenhaß gegen Polen habe erkennen lassen. Die Angaben dieser Zeugin sind jedoch sehr mit Vorsicht zu werten, da sie offensichtlich eine langjährige vertraute und zuverlässige Mitarbeiterin des Angeschuldigten war.

Bd. LXXI Bl. 20

Der Zeuge Rudolf HÄSSLER, der ebenfalls mit dem Angeschuldigten zusammengearbeitet hat, weiß angeblich nichts Nachteiliges über ihn zu berichten.

Bd. LXXI Bl. 172 ff.

Bd. LVII Bl. 161 ff.

Bd. LXXI Bl. 251

Die Zeugen Dr. Walter HAMMER, Rudolf SCHRÖDER und Heinz WOSSAGK bescheinigen dem Angeschuldigten gleichfalls eine "humane Einstellung".

Bd. LXXI Bl. 236

Während die Zeugin Annemarie VOGEL den Angeschuldigten sinngemäß für einen "arroganten" Menschen hält, haben die Zeugen

Bd. LXII Bl. 46

Rudolf SCHEERER und

Bd. LXXIII Bl. 178 f.

Heinz TRÜHE

die leitende Stellung des B a a t z während seiner Tätigkeit in Warschau hervorgehoben.

Die Frage, ob der Angeschuldigte eigene niedrige Beweggründe in dem Sinne gehabt, daß er die von ihm bearbeiteten Exekutionsvorgänge gegen die polnischen Volksangehörigen auch selbst innerlich für richtig gehalten hat, läßt sich letztlich nur klären, wenn man seine Gesamttätigkeit im RSHA, insbesondere auch seine spätere Tätigkeit als Leiter des Referats IV D (ausländische Arbeiter) berücksichtigt, in der er sich überwiegend mit der Behandlung und ^{mit} Maßnahmen gegen die Ostarbeiter beschäftigt hat. Erst ein Überblick über die Gesamttätigkeit des Angeschuldigten und ein Vergleich sämtlicher Zeugenaussagen, die sich über seine Person geäußert haben, wird im Ergebnis die Frage klären können, ob sich der Angeschuldigte mit den Zielen der nationalsozialistischen Gewalthaber im einzelnen durch seine Arbeit identifiziert hat. Insoweit wird deshalb das Ergebnis der Ermittlungen in der Sache 1 Js 4/64 (RSHA) abzuwarten sein.

V. Weitere Vorwürfe gegen den Angeschuldigten in der Sache 1 Js 4/64 (RSHA) = II VU 5/68
Landgericht Berlin:

Wie bereits oben dargelegt, ist gegen den Angeschuldigten noch ein weiteres Verfahren zum Aktenzeichen 1 Js 4/64 (RSHA) = II VU 5/68 LG Berlin anhängig, in welchem ihm zur Last gelegt wird, als Leiter des Referats IV D (ausländische Arbeiter) in einer Vielzahl von

Fällen an grundlegenden Erlassen und Anordnungen mitgewirkt zu haben, durch die polnische Zivil- und andere Ostarbeiter der Sonderbehandlung zugeführt wurden.

Das Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) ist der Sache nach erheblich umfangreicher als das vorliegende Verfahren, weil es

- a) eine längere Tatzeit (nämlich von Februar 1940 bis Sommer 1943),
- b) den Vorwurf des Mordes in Mittäterschaft in über 300 Einzelfällen betrifft und
- c) der Angeschuldigte sich in jener Sache vom 27. Juni 1967 bis 20. Dezember 1968 in Untersuchungshaft befunden hat.

Da - wie die obigen Feststellungen zeigen - einerseits im vorliegenden Verfahren noch umfangreiche Ermittlungen notwendig wären, andererseits das Schwergewicht der Taten des Angeschuldigten in dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) verfolgt wird, erscheint es mit Rücksicht auf die lange Ermittlungsdauer zur Straffung der Verfahren zweckdienlich, in vorliegender Sache gemäß § 154 a StPO zu verfahren.

Filipiak
Erster Staatsanwalt

von Beughem
Staatsanwalt

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 16. August 1971

1 Js 1/71 (RSA)

An den
Untersuchungsrichter II
bei dem Landgericht Berlin
- Herrn Landgerichtsdirektor H e i n z e -

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehemalige Angehörige des RSA
wegen Mordes an Polen,
hier: Voruntersuchung gegen Bernhard B a a t z

Anlage: 1 Vermerk

Unter Bezugnahme auf den beigegeführten Vermerk über den Stand der gerichtlichen Voruntersuchung gegen den Angeeschuldigten B a a t z vom 15. August 1971

beantrage ich,

die Voruntersuchung gegen den Angeschuldigten B a a t z in vorliegender Sache mit Rücksicht auf das Verfahren 1 Js 4/64(RSA) gemäß § 154a StPO vorläufig einzustellen.

Filipiak
Erster Staatsanwalt

Ma

Vfg.

1) V e r m e r k

In der Voruntersuchungssache gegen Dr. D e u m l i n g u.a.
beabsichtige ich, in der Zeit

a) vom 23.August bis 3.September 1971

nach Ansbach, Amberg, Nittenau, Passau, Mühldorf,
Garmisch und München,

b) vom 11. bis 29.Oktober 1971

nach Bad Harzburg, Göttingen, Bad Hersfeld, Nidda,
Offenbach, Wiesbaden, Baden-Baden, Saarbrücken,
Bad Kreuznach, Koblenz, Bonn und Diepholz

zu reisen, um insgesamt 25 Zeugen zu vernehmen und um im
Bundesarchiv in Kdlenz nach weiteren Dokumenten zu forschen.
Die Dienstreisen sind erforderlich, um einerseits wegen des
§ 50 Abs. 2 StGB die subjektive Einstellung der Ange-
schuldigten aufzuklären; andererseits ist es notwendig,
hinsichtlich verschiedener Einzelfälle (betreffend
Exekutionen von Polen in Lodz, Hohensalza und Radom) den
Befehlsweg festzustellen.

133

2) Herrn C h e f

über

Herrn Chefvertreter

sowie

Herrn Oberstaatsanwalt P a g e l

21. JULI 1971

und

Herrn AL 5

Die beantragten Dienstreisen, nachdem erforderlich

20. JULI 1971

unter Bezugnahme auf den Vermerk zu 1) ds.Vfg. mit der Bitte vorgelegt, die Dienstreisen zu genehmigen.

Die Dienstreisen sollen mit meinem privateigenen Pkw durchgeführt werden. Die Benutzung des Kraftwagens dient der Kostenersparnis, da ich zur Unterstützung der Vernehmungen Herrn KHM B ö h m e mitzunehmen beabsichtige. Außerdem muß umfangreiches Aktengepäck mitgeführt werden. Ich bitte deshalb, bei der Fahrtkostenerstattung von der Einschränkung des § 6 Abs. 1 Satz 2 des Bundesreisekostengesetzes abzugehen und anzuordnen, daß die Kilometergelder in voller Höhe erstattet werden. Da ich im Anschluß an die Dienstreise zu a) meinen Urlaub antreten möchte, den ich in Tirol verbringe, bitte ich zu genehmigen, daß mir auch die Kosten für die Hin- und Rückfahrt von Berlin nach München bzw. zurück nach Berlin genehmigt werden.

Genehmigt
B. 13.8.71

Minister

3) Frau Justizoberinspektorin G o o ß

mit der Bitte um Kenntnissnahme und Anweisung eines Reisekostenvorschusses.

el. 13. AUG. 1971
So.

4) Nach Erledigung von Ziff. 2) bis 3) ds.Vfg.
zurück an Abt. 5

5) Zu den HA

Berlin 21, den 19. Juli 1971

Tilipiak.

Schl

1. Zu schreiben:

An den

Polizeipräsidenten Berlin

- Abt. I -

z. Hd. von Herrn KHK W e r n e r -o.V.i.A.-

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehem. Angehörige des Reichs-
sicherheitshauptamtes wegen Mordes an Polen

Ich beabsichtige

a) in der Zeit vom 23. 8. bis 3. 9. 1971

nach Ansbach, Amberg, Nittenau, Passau, Mahldorf/Inn,
Garmisch-Partenkirchen und München,

b) in der Zeit vom 11. bis 29. 10. 1971

nach Bad Harzburg, Göttingen, Bad Hersfeld, Nidda, Offen-
bach, Wiesbaden, Baden-Baden, Saarbrücken, Bad Kreuznach,
Koblenz, Bonn, Kleve und Diepholz

zu reisen, um noch weitere Zeugen über verschiedene Einzel-
fälle, die Befehlswege der Sicherheitspolizei zum RSHA und
zur Person der Angeschuldigten zu befragen. Außerdem sollen
im Institut für Zeitgeschichte in München und im Bundesarchiv
in Koblenz noch weitere Auswertungsarbeiten vorgenommen werden.
Zur Unterstützung der Vernehmungen und der Forschungsarbeiten
in den vorgenannten Instituten bitte ich mir Herrn KHM
B ö h m e beizuordnen und dessen Dienstreisen zu den vorge-
nannten Orten zu genehmigen. Die Dienstreisen sollen mit meinem
privateigenen Pkw durchgeführt werden. Hinsichtlich der Dienst-
reise zu a) müßte Herr Böhme mit dem Flugzeug nach Nürnberg
anreisen, wo ich ihn vom Flughafen abholen werde und sodann
die Rückfahrt von München antreten, da ich selbst im Anschluß
an die Reise zu a) unmittelbar auf Urlaub gehe. Hinsichtlich
der Reise zu b) müßte Herr Böhme nach Braunschweig anreisen
und später den Rückflug wieder von Hannover antreten.

2. z. d. HA.

Berlin 21, den 3. August 1971

Ref. 3.8.71 Ad.
zu 1) Schb.

Sti.

sp 1/71 (RSWA)

135

v.

✓ 1) zu schreiben - unter Befugung d. Protokolls v. 21.7.71

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
- Vernehmung für die Prozessakte -
BREMEN

Betre: Voruntersuchung gegen Herrn Angehörigen
des RSWA,
hier: Zeugenvernehmung vom 21.7.71

Anlage: 1 Protokoll

Ich bitte, das als Anlage beigefügte Protokoll
v. 21.7.1971 von der dortigen
Protokolle führen H. KÜHL mitzuschicken
zu lassen u. das Protokoll sodann
wieder hierher zurückzusenden.

Vielen Dank,

2) z.d. Kd

13.8.71

gef. 13.8.71 Ad.

T₁

2- 1) sub. ab

13 AUG 1971

N.

30. Juli 1971

1309

136

1 Js 1/71 (RSHA)

An den

Justizminister
des Landes Schleswig-Holstein23 Kiel
Lorentzendam 35Betrifft: Voruntersuchung gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes:hier:gegen Rechtsanwalt und Notar Harro T h o m s e n
gehören am 3. November 1911,
wohnhaft in Harstedt/HolsteinBezug: Ihr Schreiben vom 30. Dezember 1966
- VIII/21/VI 831 -
sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 MiStra

Die bisher in den Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) und
1 Js 12/65 (RSHA) u. a. gegen den Rechtsanwalt und Notar
Harro T h o m s e n behandelten Vorwürfe sind im Vorgang
1 Js 1/71 (RSHA) = 2 VU 2/71 zusammengefaßt.

Entsprechend meinem Antrag wurde die Voruntersuchung durch
Beschluß des Untersuchungsrichters II beim Landgericht Berlin
vom 19. Juli 1971 auf weitere Einzelfälle der Tötung polnischer
Zivilarbeiter im Reich ausgedehnt.

Eine Ausfertigung des Beschlusses füge ich als Anlage bei.
Ich werde zu gegebener Zeit weitere Mitteilung machen.

(v. Reugem)
Staatsanwalt

Ad.

137

Ausfertigung

II VU 2.71

1 Js 1.71 (RSHA)

B e s c h l u ß

In der Voruntersuchungssache

g e g e n B a a t z und andere,
hier nur

g e g e n den Geschäftsführer
Bernhard Georg Artur B a a t z ,
geboren am 19. November 1910 in Dörnitz,
wohnhaft in Duisburg 25 (Huckingen),
Am Heidberg 56,

-Verteidiger: Rechtsanwalt Heinz Meurin,
Berlin 19, Olympische Str.4-,

w e g e n Verdachts der Beihilfe zum Mord,

wird das Verfahren **auf** Antrag der Staats-
anwaltschaft gemäß § 154a StPO vorläufig
eingestellt.

G r ü n d e

Dem Angeschuldigten B a a t z wird in dem vorlie-
genden Verfahren zur Last gelegt, von Anfang Februar
bis Sommer 1940 in seiner Eigenschaft als Leiter des
Polenreferats IV D 2 im Reichssicherheitshauptamt an
allgemeinen Erlassen und an Einzelanordnungen von
"Sonderbehandlungen" -d.h. von Exekutionen- mitgewirkt
und dadurch Beihilfe zum Mord an mindestens 861 pol-

nischen Volkszugehörigen geleistet zu haben. Wegen dieser Vorwürfe ist gegen ihn am 14. Februar 1969 die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden.

Ein weiteres Verfahren gegen den Angeschuldigten ist unter dem Aktenzeichen II VU 5.68 -1 Js 4.64 (RSA)- anhängig. Dort wird der Angeschuldigte des in Mittäterschaft begangenen Mordes in über 300 Einzelfällen beschuldigt.

Die dem Angeschuldigten in dem vorliegenden Verfahren zur Last gelegten Gesetzesverletzungen fallen für die in dem Verfahren II VU 5.68 -1 Js 4.64 (RSA)- zu erwartende Strafe nicht ins Gewicht. Zur Vereinfachung und Beschleunigung des zuletzt genannten Verfahrens war deshalb auf Antrag der Staatsanwaltschaft das vorliegende Verfahren gemäß § 154a StPO einzustellen und damit die Strafverfolgung auf das Verfahren II VU 5.68 -1 Js 4.64 (RSA)- zu beschränken.

Berlin 21, den 7. September 1971

Der Untersuchungsrichter II
bei dem Landgericht Berlin

H e i n z e

Landgerichtsdirektor



A u s g e f e r t i g t

Schäfers (Schäfers), Just. Angest.
als Urkundsbeamter der Geschäfts-
stelle des Landgerichts Berlin

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Js 1/71 (RSHA)

Berlin 21, den 4. Oktober 1971

138

An den

Polizeipräsidenten in Berlin

- Abteilung I -

z.Hd. von Herrn KHK W e r n e r o.V.i.A.

Betrifft: Voruntersuchung gegen ehem. Angehörige des RSHA
wegen Mordes an Polen

Bezug: Mein Schreiben vom 3. August 1971

In Abänderung meines vorerwähnten Schreibens vom 3. August 1971 beabsichtige ich, zusammen mit Herrn KHM B ö h m e in der Zeit vom 11. bis 23. Oktober 1971 nach Bad Harzburg, Göttingen, Bad Hersfeld, Wiesbaden, Offenbach, Baden-Baden, Saarbrücken, Münster und Diepholz zu reisen, um verschiedene Zeugen zu vernehmen.

Da ich zur Zeit mein eigenes Kraftfahrzeug aus technischen Gründen nicht für eine längere Fahrt benutzen kann, bitte ich zu genehmigen, daß die Dienstreise mit dem Kraftfahrzeug des KHM B ö h m e durchgeführt wird, dessen PKW ich nach Hannover überführen werde.

Tas

(Erster Staatsanwalt)

V.

Vermerk:

Der Unterzeichner ist Sachbearbeiter des vorliegenden Verfahrens, das sich gegen die ehemaligen Leiter des sog. "Polenreferats" (IV D 2) des Reichssicherheitshauptamtes Dr. Deumling und Thomsen und den Sachbearbeiter im Referat Rudolf Wintzer richtet. In diesem Vorgang sind die Ermittlungen praktisch abgeschlossen. Die Schließungsanfrage des Untersuchungsrichters liegt bereits vor.

Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen liegen zwar die objektiven Tatbestandsvoraussetzungen der Beihilfe zum Mord in zahlreichen Fällen vor. Subjektiv jedoch haben die Ermittlungen keinen ausreichenden Nachweis für das Vorliegen eigener niedriger Beweggründe bei den Angeeschuldigten ergeben.

Daher wäre der Antrag auf Außerverfolgungssetzung der Angeeschuldigten zu stellen.

In Übereinstimmung mit Herrn ESTa Filipiak halte ich es jedoch angesichts von Äußerungen der im November 1971 in Berlin weilenden Mitglieder der polnischen Hauptkommission für erforderlich, vor Absendung des Außerverfolgungssetzungsantrages noch einmal schriftlich an die polnische Hauptkommission heranzutreten und abschließend nach Beweismaterial in dieser Sache nachzufragen.

Insbesondere Herr Biernacki hatte bei seinem letzten Besuch auf Befragen mehrfach erklärt, daß sich in Polen noch Originalakten der ehemaligen Stapostellen Zichenau und Litzmannstadt (Lodz) befänden, die uns bisher noch unbekannt seien.

Es ist nicht auszuschließen, daß sich in diesen Vorgängen noch "Sonderbehandlungsfälle" befinden, aus denen sich eine Mitwirkung der Angeschuldigten ergibt und die einen Schluß auf ihre Gesinnung zulassen.

von Beugheim
Staatsanwalt
5.1.1972

141

1 Js 1/71 (RSHA)

Herrn Direktor
Dr. Czeslaw P i l i c h o w s k i
Główna Komisja do Badania Zbrodni
Hitlerowskich W Polsce

W a r s z a w a
Aleje Ujazdowskie 11

Betrifft: Ermittlungen gegen die ehemaligen Angehörigen
des Reichssicherheitshauptamtes
Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Doktor Pilichowski,

unter Bezugnahme auf die im November 1971 zwischen Ihren
Herren Lysowski und Biernacki und meinen Mitarbeitern in
Berlin geführten Besprechungen gestatte ich mir, Sie noch
einmal in folgender Angelegenheit anzusprechen:

In dem hier u. a. gegen die Angeschuldigten Dr. Deumling und
Thomsen anhängigen Verfahren 1 Js 1/71 (RSHA) sind die Er-
mittlungen nunmehr praktisch beendet; es liegt jetzt die
Schließungsanfrage des Untersuchungsrichters vor.

Ihre Mitarbeiter sind bereits darüber informiert worden,
daß die Ermittlungen zwar in objektiver Hinsicht ausreichende
Anhaltspunkte für noch verfolgbare strafbare Handlungen dieser
beiden Angeschuldigten erbracht haben; hinsichtlich des nach
der Neufassung des § 50 StGB erforderlichen Nachweises eigener
niedriger Beweggründe konnten jedoch bisher trotz aller Bemühun-
gen genügende Beweismittel nicht herbeigeschafft werden. Bei
dieser Sachlage müßte beantragt werden, die Angeschuldigten
außer Verfolgung zu setzen.

Diesen Antrag möchte ich jedoch nicht stellen, bevor nicht auch die letzten Ermittlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Weitere wesentliche Erkenntnisse könnten sich möglicherweise noch aus den in Polen lagernden Akten der ehemaligen Sipo und des SD ergeben; hierbei denke ich insbesondere an die von meinen Mitarbeitern noch nicht durchgesehenen Restbestände der früheren Stapostellen Zichenau und Litzmannstadt (Lodz). Ich wäre Ihnen außerordentlich verbunden, wenn Sie mir mitteilen würden, ob sich dort noch Unterlagen befinden, aus denen sich eine Mitwirkung der Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen bzw. des Referats IV D 2 im ehemaligen Reichssicherheitshauptamt an bisher nicht bekannten "Sonderbehandlungsfällen" ergibt und die unter Umständen Rückschlüsse auf die Gesinnung der beiden Angeschuldigten zulassen. Sollte das der Fall sein, so wäre ich dankbar, wenn Sie mir Photokopien der entsprechenden Dokumente überlassen würden.

Da ich nach den gesetzlichen Bestimmungen die erforderliche abschließende Entscheidung nicht unvertretbar lange aufschieben kann, bitte ich um Ihr Verständnis, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß mir an Ihrer möglichst baldigen Antwort sehr viel gelegen wäre.

Für Ihre erneuten Bemühungen danke ich Ihnen im voraus verbindlichst. Ich begrüße Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

143

V.

Berichten - unter Beifügung

- a) des Vermerks vom 5. 1. 1972
- b) des Entwurfs für ein Schreiben an die polnische Hauptkommission

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Ermittlungen gegen die ehemaligen Angehörigen
des Reichssicherheitshauptamtes Deumling, Thomsen
und Wintzer wegen Mordes

hier: Beschaffung von Beweismaterial aus Polen

Ohne Auftrag; jedoch unter Hinweis auf die Vorgänge
9352 E-IV/F 386/69 und 4110 E-IV/A 67/63 Sdb. 1

Vorbericht vom 5. August 1971

Anlagen: 2 Schriftstücke

Als Anlagen überreiche ich Durchschrift eines Vermerks des Sachbearbeiters für das Verfahren 1 Js 1/71 (RSHA) vom 5. Januar 1972 mit der Bitte um Kenntnisnahme. Ich beabsichtige, sofern ich nicht mit anderer Weisung versehen werde, die polnische Hauptkommission entsprechend dem beigefügten Entwurf anzuschreiben.

1. Herrn AL 5 mit der Bitte um Gegenzeichnung
2. Über
Herrn Oberstaatsanwalt Pagel
und
Herrn Chefvertreter

Herrn Chef

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu 1.

3. Nach Erledigung von 1. und 2. zurück an Abt. 5.

4. Zum Sondervorgang Polen

Berlin, den 11. Januar 1972

Staatsanwalt

V
Vermerk: Beil. am 20. Januar 72
vom Chef abgezeichnet

WD

n.B. 30.1.72

Vfg.

145

1. V e r m e r k :

Von der beabsichtigten Sachbehandlung bezüglich der Beschaffung von Beweismaterial in Polen hat die Senatsverwaltung Kenntnis genommen und ihr mit Anordnung vom 26. Januar 1972 zugestimmt.

2. Anliegenden Entwurf in Reinschrift (Kopfbogen ohne Stempel-
aufdruck) fertigen.
3. Reinschrift
Herrn Chef
mit der Bitte um Zeichnung des Schreibens an die polnische
Hauptkommission vorlegen.
4. Nach Erledigung von Ziff. 3) zurück an Abt. 5.

Berlin 21, den 4. Februar 1972

Ad.

1. FEB 1972

274
146

Senator für Justiz

1 Berlin 62 (Schöneberg), Salzburger Str. 21-25

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

4110 E - IV/A. 67/63
Sdh. 1

Tel. 783 3340
(Durchwahl)
Intern (95) 3340

Datum: 26. Januar 1972

1075

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 28. JAN. 1972
mit Anh. Blatts. d. Akten

4 1/2.

Betrifft: Ermittlungen gegen die ehemaligen Angehörigen des
Reichssicherheitshauptamtes Deumling, Thomsen
und Wintzer wegen Mordes;

hier: Beschaffung von Beweismaterial aus Polen

Vorgang: Bericht vom 20. Januar 1972
- 1 Js 1/71 (RSHA) -

Von der in Aussicht genommenen Sachbehandlung habe ich
Kenntnis genommen.

Im Auftrage

D e r g e

Beglaubigt:

Willnow

Verwaltungsangestellte

Vfg.

147

1. V e r m e r k :

Von der beabsichtigten Sachbehandlung bezüglich der Beschaffung von Beweismaterial in Polen hat die Senatsverwaltung Kenntnis genommen und ihr mit Anordnung vom 26. Januar 1972 zugestimmt.

- ✓ 2. Anliegenden Entwurf in Reinschrift (Kopfbogen ohne Stempel-
aufdruck) fertigen.
- ✓ 3. Reinschrift
Herrn Chef
mit der Bitte um Zeichnung des Schreibens an die polnische
Hauptkommission vorlegen.
- 4. Nach Erledigung von Ziff. 3) zurück an Abt. 5.

Berlin 21, den 4. Februar 1972

Schr. ab
11. FEB. 1972
Hil.

Pa. Bensch

Ad.

Vfg.

148

✓ 1. Zu schreiben:

Mit

Akten (Bd. CXI - CXIII)

dem Untersuchungsrichter II
bei dem Landgericht Berlin
- Herrn LGDir H e i n z e -

mit dem Antrag übersandt, die Voruntersuchung
gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g
und T h o m s e n zu schließen.

2. Z. d. HA.

Berlin 21, den 15. März 1972

gef. 15. III. 72 tel.
Z- 1) S. 2 v.

Ad.

**Staatsanwaltschaft
bei dem
Schleswig-Holsteinischen
Oberlandesgericht**

Gesch.-Nr. EV 42/67

Es wird gebeten, bei allen Eingaben
die vorstehende Geschäfts-Nr. anzugeben

238 Schleswig, den 11. April 1972
Gottorfstraße 2
Fernsprecher: Schleswig 32011



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht



1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

Betrifft: Gerichtliche Voruntersuchung gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes
(RSHA)

wegen Mordes an Polen;

hier: Rechtsanwalt und Notar Harro Thomsen
in Barmstedt/Holst.

Bezug: Ihre Nachricht vom 30. Juli 1971
- 1 Js 1/71 (RSHA)

Ich bitte um kurzen Hinweis über den Sachstand,
damit ich die hier beteiligten Stellen unter-
richten kann.

Dr. E r n e s t i
Oberstaatsanwalt



Beglaubigt
W. J. Bach
Justizangestellte

150

✓ 1. Zu schreiben:

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Schleswig-Holsteinischen
Oberlandesgericht
z.Hd.Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Ernesti

238 Schleswig
Gottorfstr. 2

Betrifft: Gerichtliche Voruntersuchung gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes an Polen;
hier: Rechtsanwalt und Notar Harro T h o m s e n
in Barmstedt/Holst.

Bezug: Ihr Schreiben vom 11. 4. 1972
Zu EV 42/67

Ich beabsichtige die Außerverfolgungsetzung des Angeschuldigten von dem Vorwurf der Beihilfe zum Mord an Polen mangels Beweises bzw. wegen Verjährung (§ 50 Abs. 2 n.F. StGB) zu beantragen.

Zu gegebener Zeit werde ich weitere Mitteilung machen.

2. Z. d. HA.

Berlin 21, den 17. April 1972

gef. 18. IV. 72 Ad.
2-1) Sdb.

Ad.

Übersetzung

Ministerium der Justiz

Warschau, den 27. März 1972

Hauptkommission zur Verfolgung
der Hitlerischen Verbrechen in Polen

Al. Ujazdowskie 11

Az.: II/Ds/117/64

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
Hans Günther
1 Berlin 19 /West/
Amtsgerichtsplatz 1

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Unter Bezugnahme auf Ihren Brief vom 9. II. cr. erachte ich es für zweckmäßig, daß Ihre Herren Vertreter nach Warschau kommen, um die Akten der Stapostellen Zichenau und Litzmannstadt durchzusehen. Als Termin schlage ich mit Rücksicht auf den Arbeitszeitplan der Kommission zur Auswahl Juli oder Oktober cr. vor.

Als Anlage übersende ich einen weiteren Teil Mikrofilme, der durch Ihre Herren Vertreter bestellt worden ist.

Anlagen:

Aufstellung
und Mikrofilme

Der Direktor

gez. Pilichowski
/dr Cz. Pilichowski/

Übersetzt durch

Fa. 4.5.72

Filipiak

Erster Staatsanwalt

Ad.

1 Js 1/71 (RSA)

Vfg.

1. Berichten - unter Beifügung
- a) des Beschlusses vom 7. September 1971
 - b) des Beschlusses vom 3. August 1972

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchung gegen Bernhard B a a t z und
andere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-
hauptamtes wegen Mordes

hier: Bernhard B a a t z

Ohne Auftrag, jedoch zu 4110 E - IV/A 67/63 Sdh. 1

Vorberichte vom 5. August 1971 und 20. Januar 1972

Anlagen: 2 Schriftstücke

Das durch Beschluß des Untersuchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom 7. September 1971 bezüglich des Angeschuldigten B a a t z gemäß § 154 a StPO vorläufig eingestellte Verfahren ist durch Beschluß des Untersuchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom 3. August 1972 wieder aufgenommen und mit dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) (dortiges Aktenzeichen 4040 E - IV/A 4.68) verbunden worden.

Eine Ausfertigung der Beschlüsse überreiche ich als Anlage.

Ich werde bezüglich des Angeschuldigten B a a t z unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/64 (RSA) weiter berichten.

2. - 5. pp.

Berlin 21. den 30. August 1972
von Beugnehm

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

VI 415 AR 1310/63 - E 16

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben
10
Anschrift:
DM Kost r.

714 Ludwigsburg, den 7. August 1972
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 6421
bei Durchwahl 642 App. Nr.

153

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
- RSHA Arbeitsgruppe -

1000 B e r l i n 19
Turmstrasse 91



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshaupt-
amtes wegen Mordes (NS-Verbrechen)

- 1 Js 12/65 (RSHA), 1 Js 1/71 (RSHA) ? -;

hier: Harro T h o m s e n

1) Herrn E. H. A. Filipiak
m. R. x. g. K.
2) Herrn H. A. von
Beijham m. R.
x. g. K.
3) Herrn von der
B. Bestände m. R.
Archiv
11. AUG. 1972

Die Zentrale Stelle hat vor einiger Zeit mit dem
Institut "Studium der Polnischen Untergrundbewe-
gung" in London Kontakt aufgenommen, dessen voll-
ständige Anschrift wie folgt lautet:

Studium Polski Podziemnej
The Polish Underground Movement
(1939-1945) Study Trust
11, Leopold Road
Ealing
London, W.5.

In dem Archiv des Instituts wird unter anderem
eine Aussage des Harro T h o m s e n über die
Hinrichtung des Befehlshabers der "Armia Krajowa"
(Landesarmee), General Stefan R o w e c k i
("Grotka"), in Sachsenhausen aufbewahrt.

Eine Übersicht über die Bestände des Archivs, die für die Aufklärung von NS-Verbrechen von Interesse sein könnten, enthält das nachstehend wiedergegebene Schreiben des genannten Instituts:

" 1. In unserem Archiv befinden sich folgende deutsche Dokumente in deutscher Sprache:

- a) Erschießungsandrohungen sowie Bekanntmachungen über durchgeführte Exekutionen in Form von Straßenplakaten im Format von 19" x 14" bis 32" x 22".

Darunter befinden sich:

16 Originale

8 Umdrucke

12 Fotokopien (wörtlich: fotostatische Abzüge)

33 Fotografien

Unter einigen dieser Bekanntmachungen befinden sich Namen von Vertretern der Besatzungsbehörden.

- b) Anordnungen verschiedener Besatzungsbehörden in deutscher bzw. zwei Sprachen.

Darunter befinden sich:

1 Original (Aufruf an die polnische Zivilbevölkerung und an die polnischen Soldaten in Warschau, unterschrieben durch: von dem B a c h; Format 7" x 5".)

7 Fotografien von Polizeiverordnungen (Format hauptsächlich 7"x5")

28 Fotografien von Verwaltungsverordnungen

4 Fotokopien von Verwaltungsverordnungen


1 Umdruck von polizeil. Verwaltungsanordnungen

3 Fotografien von polizeil. Verwaltungsanordnungen

2. Wir besitzen polnische Dokumente betreffend den deutschen Terror, d.h. Berichte der geheimen polnischen Regierungsdelegation und anderen zivilen Faktoren, die den obersten polnischen Behörden in London während des Krieges auf dem Wege der Konspiration übersandt worden sind. Es sind ungefähr 280 Dokumente vorhanden (Positionen). Ein Dokument hat durchschnittlich 2 - 3 Schreibmaschinenseiten (in Quarto).
3. Es befindet sich auch bei uns eine gewisse Anzahl von Meldungen des Kommandanten der Armia Krajowa (wörtlich: Landes-Armee) an den Obersten Führer der Polnischen Militärmacht in London. Diese Dokumente, verschiedenen Inhalts, sind noch nicht katalogisiert und das Heraussuchen der den Hitler-Terror betreffenden Schriftstücke würde viel Arbeit erfordern. Es ist uns z.Zt. nicht möglich diese Arbeit in unserem Archiv durchzuführen.
4. Wir haben auch eine gewisse Anzahl von Zeugenaussagen, u.a. die Aussage des Sturmbannführers Harro T h o m s o n (Thomsen), des Referenten IV B 2 b im RSHA Amt IV, Berlin, in der Sache der Hinrichtung des Befehlshabers der "Armia Krajowa" (wörtlich: Landes-Armee) General Stefan R o - w e c k i ("Grota") in Sachsenhausen.

Die Dokumente in unserem Archiv sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Jede Einsicht muß durch den Vorstand des Studiums besonders genehmigt werden."

Falls Unterlagen von dem bezeichneten Institut in London angefordert und übersandt werden, wäre ich dankbar, wenn Sie mir Ablichtungen davon zur Verfügung stellen würden.


(Broszat)
Staatsanwalt

1 Js 1/71 (RSA)

Kanzlei	
Eingang am:	8. SEP. 1977
Gefertigt am:	8. 9. 72 Sch
zu 1) 1 Schlt. m. 30.	

156

Vfg.

- ✓ 1) Berichten - unter Beifügung je einer Ausfertigung 11. 9. 72
- a) des Beschlusses vom 7. September 1971
- b) des Beschlusses vom 3. August 1972

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen Bernhard B a a t z
und andere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes wegen Mordes
hier: Bernhard B a a t z

Ohne Auftrag, jedoch zu 4110 E - IV/A 67/63 Sdh. 1

Vorbericht vom 20. Januar 1972

Anlagen: 2 Schriftstücke

Der Untersuchungsrichter II bei dem Landgericht Berlin hat das durch seinen Beschluß vom 7. September 1971 bezüglich des Ange-
schuldigten B a a t z gemäß § 154 a StPO vorläufig eingestell-
te Verfahren durch Beschluß vom 3. August 1972 antragsgemäß wie-
der aufgenommen und mit dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) verbunden

Je eine Ausfertigung der Beschlüsse überreiche ich als Anlagen.

Über den Fortgang des Verfahrens gegen den Angeschuldigten
B a a t z werde ich unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/64 (RSA)
weiter berichten.

2) Herrn C h e f

B. 11. 9. 72

über

Herrn Chefvertreter

sowie

Herrn Oberstaatsanwalt P a g e l

11. 9. 72

11 SEP. 1972

- 2 -

157

und

Herrn AL

4. SEP. 1972

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu Ziff. 1) vorgelegt.

3) Nach Erledigung von Ziff. 1) und 2) zurück an Abteilung 5.

4) Je 1 Durchschrift des Berichts zu 1)

a) z.d.HA 1 AR 123/63 (RSA)

b) zu 1 Js 1/71 (RSA)

c) zu 1 Js 4/64 (RSA)

entnommen 12. SEP. 1972

est. dv

5) Diese Vfg. z.d. HA 1 Js 1/71 (RSA)

Berlin 21, den 30. August 1972

U. R. Rumpf

7. September 1972

180

1 Js 1/71 (RSHA)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen Bernhard B a a t z
und andere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes
wegen Mordes,
hier: Bernhard B a a t z

Ohne Auftrag. jedoch zu 4110 E - IV/A 67.63 Sdh. 1

Vorbericht vom 20. Januar 1972

Anlagen: 2 Schriftstücke

Der Untersuchungsrichter II bei dem Landgericht Berlin hat
das durch seinen Beschluß vom 7. September 1971 bezüglich des
Angeschuldigten B a a t z gemäß § 154 a StPO vorläufig einge-
stellte Verfahren durch Beschluß vom 3. August 1972 antrags-
gemäß wieder aufgenommen und mit dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA)
verbunden.

Je eine Ausfertigung der Beschlüsse überreiche ich als Anlagen.

Über den Fortgang des Verfahrens gegen den Angeschuldigten
B a a t z werde ich unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/64 (RSHA)
weiter berichten.

G ü n t h e r

Sch ✓

1 Js 1/71 (RSHA)

159

Mit

Akten (11 Bände) 2. Saklage (1972)

Herrn Vorsitzenden
der 8. großen Strafkammer
des Landgerichts Berlin

im Hause

mit dem Antrag übersandt.

Bd. XLV, 1) den Prokuristen
Bl. 86 Dr. Joachim Karl Paul Nikolaus Deumling,
 geboren am 25. Januar 1910 in Bünghof/Old.,
 wohnhaft in Brackwede, Ostlandstraße 16,

Verteidiger:
Bd. CXIII, Rechtsanwalt Rainer Dornheim,
Bl. 219 1 Berlin 62, Grunewaldstraße 18,

Bd. XLV, 2) den Rechtsanwalt und Notar
Bl. 86 Harro Andreas Wilhelm Thomson,
 geboren am 3. März 1911 in Bohmstedt/Husum,
 wohnhaft in Barmstedt/Holstein, Königstraße 40,

160

Bd. XLV,
Bl. 86

3) den Taxiunternehmer

Rudolf Karl Heinrich W i n t z e r ,
geboren am 30. September 1903 in Kasselow,
wohnhaft in:

1. Klecken bei Buchholz in der Nordheide,
Hainbuchenweg 23,
2. Hamburg 63, Maienweg 295

von der Anschuldigung

in Berlin und anderen Orten
in der Zeit von Herbst 1939 bis Kriegsende
durch mehrere selbständige Handlungen in einer
unbestimmten Anzahl von Fällen
den nationalsozialistischen Machthabern
H i t l e r , G ö r i n g , H i m m l e r ,
H e y d r i c h , K a l t e n b r u n n e r ,
M ü l l e r und anderen zur Begehung von Verbrechen
des Mordes (§ 211 StGB) aus niedrigen Beweggründen
durch Rat und Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben,
indem sie

- a) der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g
von Spätherbst 1939 - mit Unterbrechungen - bis
Mitte Mai 1943 teilweise gemeinschaftlich handelnd
mit dem Angeschuldigten Wintzer
- b) der Angeschuldigte T h o m s e n
von Mitte Mai 1943 bis Kriegsende
- c) der Angeschuldigte W i n t z e r
vom 15. April 1940 bis Anfang Oktober 1942
teilweise gemeinschaftlich mit dem Angeschuldigten
Dr. Deumling

161

Bd. XLII-XLIV,
Bl. 88 ff, 90 ff;

Bd. XCIX, Bl.21 ff

als Leiter des "Polenreferats" (II O bzw. IV D 2/IV B 2 b) bzw. als Sachbearbeiter im Sachgebiet IV D 2 b ("Gouvernementsangelegenheiten") des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Erlasse entwarf, in denen angeordnet wurde, daß im damaligen Reichsgebiet eingesetzte polnische Zivilarbeiter bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder wegen anderer Verstöße gegen die ihnen auferlegten Lebensführungsregeln, sowie bei strafbaren Handlungen unter bestimmten Voraussetzungen der sogenannten "Sonderbehandlung", also der Exekution, ohne gerichtliche Verurteilung zugeführt werden sollten. In einer unbestimmten Vielzahl von Fällen förderten sie die "Sonderbehandlung" polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener wegen Verstoßes gegen die ihnen auferlegten Lebensführungsregeln dadurch, daß sie diese Maßnahmen befürworteten. Auch bei der Durchführung sogenannter "Sühnemaßnahmen" gegenüber polnischen Volkszugehörigen in den ehemals besetzten polnischen Gebieten schlugen sie die "Sonderbehandlungen" vor bzw. befürworteten oder genehmigten diese.

Auf diese Weise leisteten Beihilfe

der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g
bei der Exekution von mindestens
3973 Menschen und der versuchten Ermordung von 35.000 Menschen,

der Angeschuldigte T h o m s e n
bei der Exekution von mindestens 4227
Menschen

und der Angeschuldigte W i n t z e r
bei der Exekution von mindestens
886 Menschen.

Hierbei wußten die Angeschuldigten, daß die "Sonderbehandlungen" und die Durchführungen der "Sühnemaßnahmen" ohne Rechtsgrundlage erfolgten und die Haupttäter die Exekutionen anordneten, weil sie die Polen als "rassisch minderwertige Untermenschen" ansahen, denen alle rechtlichen Sicherheiten versagt werden sollten,

Verbrechen strafbar nach

§§ 211 alter und neuer Fassung,
43, 49, 50 Abs. II (n.F.),
74 StGB,

§ 4 der VO gegen Gewaltver-
brecher vom 5. Dezember 1939
(RGBl I S. 2378)

außer Verfolgung zu setzen,
und zwar

W i n t z e r
bezüglich des Falles 10

Bd. XLV, 86 ff
des Beschlusses über die Eröffnung der gerichtlichen
Voruntersuchung vom 14. Februar 1969 mangels begründetem
Tatverdachts, im übrigen
die Angeschuldigten

Dr. D e u m l i n g

T h o m s e n und

W i n t z e r

wegen eingetretener Strafverfolgungsverjährung.
Die den Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g ,
T h o m s e n und W i n t z e r entstandenen not-
wendigen Auslagen bitte ich den Angeschuldigten in vol-
lem Umfang gemäß § 467 Abs. 3 Nr. 2 StPO aufzuerlegen.

Von einer Entschädigung der Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n für die erlittene Untersuchungshaft bitte ich gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen abzusehen.

Begründung

Das Verfahren richtet sich nur noch gegen die Angeschuldigten Dr. Joachim D e u m l i n g , Harro T h o m s e n und Rudolf W i n t z e r , nachdem die Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) und 1 Js 12/65 (RSHA) insoweit verbunden worden sind.

Ursprünglich wurde unter dem Aktenzeichen 1 Js 4/64 (RSHA) gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord durch Herausgabe von Erlassen, die wegen geringster Verstöße gegen Lebensführungsregeln die Exekution androhten und die in vielen Fällen auch angewendet worden sind, sowie durch Mitwirkung an der "Sonderbehandlung" (d. h. Exekution) zahlreicher polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener ein Ermittlungsverfahren geführt.

Bd.CX,Bl.112

Durch Beschluß des Untersuchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom 4. Mai 1971 ist das Verfahren gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n von dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) abgetrennt und unter dem Aktenzeichen 1 Js 2/71 (RSHA) weitergeführt worden.

Das ursprünglich unter dem Aktenzeichen 1 Js 12/65 (RSHA) geführte Verfahren, das die Mitwirkung an "Sonderbehandlungen" gegenüber polnischen Volkszugehörigen in Polen und die Anordnungen

Bd.LXXIV,
Bl. 1

Bd.CXII,
Bl. 56

Bd.CX,Bl.129

Bd. XCIX,
Bl. 21 ff

Bd. XLV,
Bl. 86 ff

von "Sühnemaßnahmen" zum Gegenstand hatte, richtete sich neben den Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g , T h o m s e n und W i n t z e r gegen die Angeschuldigten Dr. Werner B e s t und Bernhard B a a t z . Durch Beschluß des Untersuchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom 9. März 1971 sind aus diesem Verfahren die Vorgänge herausgetrennt worden, die sich gegen Dr. D e u m l i n g , T h o m s e n und W i n t z e r richten und haben das neue Aktenzeichen 1 Js 1/71 (RSA) erhalten. Alsdann ist das Verfahren gegen den Angeschuldigten B a a t z gemäß § 154a StPO vorläufig eingestellt worden. Bezüglich der Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g , T h o m s e n und W i n t z e r sind dann durch Beschluß des Untersuchungsrichters II vom 12. Mai 1971 die Verfahren 1 Js 1/71 (RSA) und 1 Js 2/71 (RSA) zur gemeinsamen weiteren Voruntersuchung zur Sache 1 Js 1/71 (RSA) verbunden worden. Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind somit sämtliche zunächst in den Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) und 1 Js 12/65 (RSA) gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g , T h o m s e n und W i n t z e r behandelten Vorwürfe. In dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSA) wurde die gerichtliche Voruntersuchung gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n durch Beschluß vom 22. März 1968, und in dem Verfahren 1 Js 12/65 (RSA) gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g , T h o m s e n und W i n t z e r durch Beschluß vom 14. Februar 1969 eröffnet.

In den vorgenannten Beschlüssen wird den Angeschuldigten die Mitwirkung an folgenden strafbaren Handlungen zur Last gelegt:

Den Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n wird vorgeworfen, am Entwurf und der Herausgabe staatspolizeilicher Erlasse beteiligt gewesen zu sein, durch die die vor ihrer Amtszeit ergangenen Anordnungen über die Behandlung polnischer

Zivilarbeiter und Kriegsgefangener sowie über die Durchführung von Exekutionen fortentwickelt wurden und ferner an den Einzelentscheidungen über die "Sonderbehandlung" der während ihrer Amtszeit exekutierten polnischen Zivilarbeiter und ehemaligen Kriegsgefangenen mindestens durch Gegenzeichnung der Exekutionsvorschläge und Übermittlung der Exekutionsbefehle an die ausführenden örtlichen Dienststellen in 150 (Dr. Deumling) bzw. 60 (Thomsen) Fällen mitgewirkt zu haben.

Bd. XCIX,
Bl. 21 ff, 29,
" 23R-26R,
" 26aR-28

Ferner wird den Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen zur Last gelegt, aufgrund der Mitwirkung an der Bearbeitung von Exekutionsvorgängen bezüglich polnischer Volkszugehöriger in den besetzten bzw. "eingegliederten" Gebieten in einer unbestimmten Vielzahl von Fällen die Tötung von Polen gefördert zu haben, und zwar der Angeschuldigte Dr. Deumling in 25 Fällen die Tötung von mindestens 3823 Polen und in einem Falle die versuchte Tötung von etwa 35.000 Polen, und der Angeschuldigte Thomsen in acht Fällen die Tötung von mindestens 1502 Polen.

Bd. XLV,
Bl. 86 ff, 92 ff

Bd. XLV,
Bl. 86 ff, 93R ff

Bd. XLV,
Bl. 86 ff, 94 ff

Dem Angeschuldigten Wintzer wird vorgeworfen, in zwanzig Fällen an der Tötung von mindestens 886 Polen mitgewirkt zu haben.

Die den Angeschuldigten zur Last gelegten strafbaren Handlungen und das bisherige Ermittlungsergebnis sind in den Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) und 1 Js 12/65 (RSHA) in den Ermittlungsvermerken vom 19. März 1968 bzw. 10. Dezember 1968 und den Ergänzungsvermerken vom 1. März, 16. April und 15. August 1971 dargestellt worden. Auf diese Vermerke wird in vollem Umfang Bezug genommen.

Bd. XCVIII,

Bl. 1 ff

Bd. XLII-XLIV

Bd. LXXIII, 1 ff;
Bd. LXXIV, 14 ff;
Bd. CXII, 2 ff

Im Laufe der Voruntersuchung sind über die den Gegenstand der Voruntersuchungen bildenden Einzelfälle der Exekution polnischer Volkszugehöriger und

polnischer Zivilarbeiter hinaus weitere Einzelfälle bekannt geworden.

Bd.LXXIV,
Bl. 72 ff;
Bd.CXI,Bl.143 ff

Durch die Beschlüsse des Untersuchungsrichters II vom 4. Mai 1971 und 19. Juli 1971 wurde die Voruntersuchung gegen den Angeschuldigten Dr. Deumling auf weitere 14 Fälle, gegen den Angeschuldigten Thomsen auf weitere 46 Fälle der Exekution polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener bzw. der Exekution polnischer Volkszugehöriger in Polen, insbesondere in KL Groß-Rosen, ausgedehnt.

Bd.CX,Bl.114a
Bd.CXIII,Bl.221

Die Voruntersuchung gegen die Angeschuldigten Winter, Dr. Deumling und Thomsen wurde am 10. Mai 1971 bzw. 17. März 1972 geschlossen.

A. Objektiver Sachverhalt

1. Lebensläufe der Angeschuldigten

P III

- a) Der Angeschuldigte Dr. Joachim Karl Paul Nikolaus Deumling ist am 25. Januar 1910 als Sohn des Landwirts und Brauereimeisters Kurt Deumling und dessen Ehefrau Klara geborene Greiser in Bürgerhof/Oldenburg geboren. Er besuchte ab 1916 die Volksschule in Groß-Wartenburg (Schlesien) und ab 1918 in Neustettin und ging dort im Jahre 1920 auf das Gymnasium über. Von 1922 an wurde er zusammen mit seinen Brüdern von einem Hauslehrer unterrichtet. Ab 1925 besuchte er das humanistische Gymnasium in Köslin, an dem er im Frühjahr 1929 die Reifeprüfung ablegte.

Anschließend studierte der Angeschuldigte in Berlin und Breslau Rechts- und Staatswissenschaften. Am 28. Januar 1933 bestand er in Breslau das Referendarexamen. Den juristischen Vor-

167

bereitungsdienst leistete er an verschiedenen Orten Schlesiens ab, unter anderem bei der Staatspolizeistelle Liegnitz. Am 20. Juli 1936 bestand er vor dem Reichsjustizprüfungsamt in Berlin die zweite juristische Staatsprüfung. Im Jahre 1937 promovierte er an der Universität Breslau zum Dr. jur.

Nach dem Assessorexamen bewarb sich der Ange-schuldigte bei verschiedenen Stellen, und zwar auf Empfehlung des Leiters der Staatspolizei-stelle Liegnitz auch bei der Geheimen Staats-polizei. Von dort erhielt er eine Zusage. Nach-dem er vorübergehend einige Wochen bei der Staatsanwaltschaft Liegnitz tätig gewesen war, wurde er Anfang September 1936 bei der Geheimen Staatspolizei eingestellt und der Staatspolizei-leitstelle Hannover zugeteilt. Nach einer mehr-monatigen Einarbeitungszeit wurde er zur Staats-polizeistelle Oppeln versetzt. Dort betreute er vor allem das politische Referat bei dem Regie-rungspräsidenten. Zu diesem Arbeitsgebiet gehör-ten auch die Angelegenheiten der polnischen bzw. deutschen Minderheiten beiderseits der Grenze, die zahlreiche Kontakte mit den polnischen Behör-den erforderlich machten. Außerdem war er der Stellvertreter des Leiters der Staatspolizeistelle. Bei Kriegsausbruch übernahm der Angeschuldigte kommissarisch die Leitung der Dienststelle. Mit Wirkung vom 6. September 1939 wurde er zum Re-gierungsrat ernannt.

Ende September 1939 wurde der Angeschuldigte nach Berlin an das Reichssicherheitshauptamt versetzt und mit dem Aufbau des Polenreferats (damals II O) beauftragt. Im Februar 1940 kehrte er wieder nach Oppeln zurück. Dort war er in der Folgezeit bis Juli 1941 als Leiter der Staatspolizeistelle tätig

Danach wurde er erneut nach Berlin an das Reichssicherheitshauptamt versetzt, wo er wiederum die Leitung des inzwischen umgestalteten Polenreferats (IV D 2) übernahm.

Im Mai 1943 wurde der Angeschuldigte nach Kroatien kommandiert. Er übernahm die Leitung des Einsatzkommandos 10 b, später die des E.Kds. 1 bei der dortigen Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD, die in erster Linie im Kampf gegen die Partisanen verwendet wurden. Am 9. November 1943 wurde er zum Oberregierungsrat ernannt.

Der Angeschuldigte trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und am 15. Mai 1933 in die SS, in der er später zum SS-Rottenführer befördert wurde. Nach Aufnahme seiner Tätigkeit bei der Sicherheitspolizei wurde er in den Sicherheitsdienst des RFSS übernommen. In Angleichung an seine Beamtendienstgrade wurde er am 8. April 1938 zum SS-Hauptscharführer, am 9. November 1938 zum SS-Obersturmführer, am 9. November 1939 zum SS-Sturmabführer und am 9. November 1943 zum SS-Obersturmbannführer befördert.

Während seiner Tätigkeit in Kroatien erhielt der Angeschuldigte das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse mit Schwertern, später auch das Verwundetenabzeichen.

Der Angeschuldigte befand sich für das Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) vom 27. Juni 1967 bis zum 20. Dezember 1968 in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit.

Bd.XC,BI.146
Bd.CV,BI.130

169

P IV

- b) Der Angeschuldigte Harro Andreas Wilhelm Thomsen ist am 3. März 1911 als Sohn des Volksschullehrers Peter Thomsen und seiner Ehefrau Marie geborene Müller in Bohmstedt Kreis Husum geboren. Er hatte noch einen jüngeren Bruder. Nachdem sein Vater nach Barmstedt/Holstein versetzt worden war, besuchte der Angeschuldigte dort von 1917 bis 1919 die Volksschule und anschließend bis 1929 die Bismarckschule in Elmshorn. An dieser Schule legte er am 5. März 1929 die Reifeprüfung ab.

Im Sommersemester 1929 begann der Angeschuldigte das Studium der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft an der Universität Hamburg, das er später in Freiburg i.Br. und Kiel fortsetzte. Im September 1933 bestand er das Referendar-examen mit dem Prädikat "vollbefriedigend".

Den juristischen Vorbereitungsdienst leistete der Angeschuldigte in Barmstedt und Kiel ab. Im November 1937 legte er vor dem Reichsjustizprüfungsamt in Berlin die zweite juristische Staatsprüfung mit dem Prädikat "gut" ab.

Der Angeschuldigte trat dann zuerst in den Justizdienst ein und war ab 1. Dezember 1937 am Amtsgericht in Niebüll als Richter tätig. Da er jedoch mehr Neigung für die Verwaltungslaufbahn verspürte, bewarb er sich beim Reichsinnenministerium um Übernahme als Regierungsassessor. Bei einer Vorstellung in Berlin eröffnete man ihm, daß im Hauptamt Sicherheitspolizei Regierungsassessoren benötigt würden und daß er bei seinen Qualifikationen eingestellt werden könne.

Mitte April 1938 trat der Angeschuldigte den Dienst im Bereich des Reichsinnenministeriums an, und zwar bei der Staatspolizeistelle Lüneburg in Hamburg-Harburg. Er war dort als stellvertretender

Leiter und gleichzeitig als politischer Referent des Regierungspräsidenten in Lüneburg tätig. Im Frühjahr 1939 erfolgte seine Ernennung zum Regierungsassessor.

Im November 1939 wurde der Angeschuldigte zur neugegründeten Staatspolizeistelle Kattowitz kommandiert und später auch dorthin versetzt. Er leitete den Auf- und Ausbau der Dienststelle und hielt die Verbindung zu den örtlichen Verwaltungs- und Parteidienststellen. Im Sommer 1940 war er nach seinen Angaben für kurze Zeit kommissarischer Leiter der Staatspolizeistelle Oppeln.

Im Juli oder August 1940 wurde der Angeschuldigte nach Paris abgeordnet. Er sollte den Organisationsapparat der Sureté der deutschen Sicherheitspolizei eingliedern. Kurze Zeit nach Übernahme dieser Tätigkeit erkrankte er jedoch an Scharlach. Nach Beendigung der stationären Behandlung kehrte er nach Kattowitz zurück, war dort aber noch bis Januar 1941 arbeitsunfähig krank. Während seines Aufenthalts in Paris wurde er zum Regierungsrat befördert.

Im Frühjahr 1941 nahm der Angeschuldigte an einem Koloniallehrgang an der Schule der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg teil. Anschließend war er wiederum bei der Staatspolizeistelle Kattowitz tätig, bis er im Juli 1941 zur Staatspolizeileitstelle Breslau versetzt und gleichzeitig als persönlicher Referent zum Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Breslau, Biermann, abgeordnet wurde. Im Dezember 1941 übernahm er die Leitung der Staatspolizeistelle Graudenz. Im Mai 1943 wurde der Angeschuldigte nach Berlin zum Reichssicherheitshauptamt abkommandiert und mit Wirkung vom 1. Juli 1943 auch dorthin versetzt.

171

Er leitete bis Ende April 1945 das Polenreferat, Kurz vor Kriegsende wurde er mit verschiedenen anderen Angehörigen des RSHA über Schwerin nach Plön in Holstein in Marsch gesetzt. Anfang Mai 1945 löste sich die Gruppe in Husum auf.

Der Angeschuldigte trat im Oktober 1933 in die SS ein, bei der er jedoch anfangs keinen regelmäßigen Dienst geleistet haben will. Später erhielt er den Rang eines Rottenführers. Nach seinem Eintritt in die Sicherheitspolizei wurde er von der allgemeinen SS in den Sicherheitsdienst des RFSS übernommen. Im Wege der Dienstgradangleichung wurde er am 20. April 1939 zum SS-Obersturmführer, am 10. September 1939 zum SS-Hauptsturmführer und am 25. Januar 1941 zum SS-Sturmbannführer befördert. Der NSDAP gehörte er seit dem 1. Mai 1937 an.

Am 1. September 1942 wurde ihm das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern verliehen.

Bd.XC, Bl.147
Bd.CIII,Bl.83

Der Angeschuldigte befand sich für das Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) vom 27. Juni 1967 bis zum 30. September 1968 in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit.

P V

- c) Der Angeschuldigte Rudolf Karl Heinrich W i n t z e r ist am 30. September 1903 in Käselow Kreis Güstrow/Mecklenburg als Sohn des Kaufmanns Rudolf Wintzer und dessen Ehefrau Margarete geborene Kühn geboren.

Er besuchte das Gymnasium in Schwerin und Wandsbeck, kam im Jahre 1914 in das Kadettenkorps Plön und erhielt dort weiteren Schulunterricht. Als dieses Korps 1920 aufgelöst wurde, schied er aus der Untertertia aus. Anschließend bis zum Jahre

172

1924 war er zunächst als Lehrling und später als Wirtschafter in der Landwirtschaft tätig.

Am 16. April 1925 trat der Angeschuldigte in die Schutzpolizei ein und wurde im Jahre 1931 zum Polizeioberwachtmeister befördert. Im August 1933 wurde der Angeschuldigte zur Schutzpolizei Berlin versetzt. Er wurde im April 1935 zur Kriminalpolizei abgeordnet und absolvierte zunächst einen Lehrgang am Polizeiinstitut in Charlottenburg. Im Januar 1936 wurde er zur Kriminalpolizei versetzt und bearbeitete dort bei der Revierkriminalpolizei das Verkehrsunfalldezernat. Im Januar 1937 erhielt er die Anstellung als Kriminaloberassistent auf Lebenszeit. Von 1937 bis Sommer 1938 war der Angeschuldigte als Kriminalassistentenanwärter bzw. Kriminalassistent bei der Kriminalpolizei tätig. Im Juli 1938 kam der Angeschuldigte zur Reichszentrale für die Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung, die damals organisatorisch dem Geheimen Staatspolizeiamt angegliedert war. Etwa Mitte März 1939 wurde er zu einem Einsatzkommando nach Prag abkommandiert, kam aber zum 1. April 1939 bereits wieder nach Berlin zurück und machte hier bis zum 20. Januar 1940 einen Kriminalkommissarlehrgang bei der Führerschule der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg mit. Diesen Lehrgang schloß er mit der Kriminalkommissarprüfung ab. Nach Abschluß des Lehrgangs kam er zum Reichssicherheitshauptamt zurück, an das er inzwischen förmlich versetzt worden war.

Im Frühjahr 1940 wurde der Angeschuldigte zum Polenreferat IV D 2 versetzt und bearbeitete dort in der Folgezeit das Sachgebiet IV D 2 b.

173

Im Frühjahr 1941 nahm er etwa drei Monate lang an einem Kolonialpolizeillehrgang teil, der teilweise in Berlin und teilweise in Rom stattfand. Anschließend kam er wieder in das Polenreferat zurück, dem er verwaltungsmäßig bis zu seiner Versetzung nach Schwerin im April 1944 angehörte. Tatsächlich wurde der Angeschuldigte jedoch Anfang 1942 zum Einsatz nach Rußland kommandiert. Dort erkrankte er zunächst an Ruhr. Im Laufe des Winters 1942/43 verunglückte er und zog sich eine Rückgratverletzung zu, die ihn nach seinen Angaben auch heute noch teilweise behindert. Der Angeschuldigte wurde Anfang 1943 in das Polizeikrankenhaus Berlin verlegt und war bis Frühjahr 1944 nicht wieder dienstfähig.

Wegen des weiteren Lebensganges der Angeschuldigten und wegen ihrer Familienverhältnisse wird Bezug genommen auf die Ermittlungsvermerke vom 19. März 1968 und 10. Dezember 1968 und die richterlichen Vernehmungen der Angeschuldigten vom 26. Juli 1968, 15. November 1968 und 23. August 1971 (Dr. Deumling), 11. Juli 1968 und 20. September 1971 (Thomsen) und 19. Mai 1970 (Wintzer).

P III D
Bd. CXI, 150 ff
P IV E
Bd. CXII, 59 ff
Bd. LXIV, 34 ff

2. Aufgabe des Polenreferats

Der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g war vom 6. Oktober 1939 bis Ende Januar 1940 und vom Juli 1941 bis zum Mai 1943 Leiter des Polenreferats im RSHA, der Angeschuldigte T h o m s e n leitete dieses Referat vom Mai 1943 bis Ende April 1945. Der Angeschuldigte W i n t z e r war innerhalb des Polenreferats vom 15. April 1940 bis Anfang Oktober 1942 Leiter des Sachgebiets "Gouvernementsangelegenheiten" .

174

Aufgabe des "Polenreferats" IV D 2 und seines Vorgängerreferats II O ("Sonderdienststelle Polen") war es in erster Linie, die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen, die der Durchsetzung der von Hitler angeordneten "Volkstumspolitik" gegenüber Polen dienten, zu koordinieren und zu überwachen.

Zu diesem Zweck wurde, nachdem am 27. September 1939 das Reichssicherheitshauptamt geschaffen worden war, mit Wirkung vom 6. Oktober 1939 im Amt IV des RSHA, das von Amtschef Heinrich Müller geleitet wurde, ein neues Referat mit der Bezeichnung II O, "Sonderdienststelle Polen", eingerichtet, das zentral für die Bearbeitung der politisch-polizeilichen Angelegenheiten in den besetzten polnischen Gebieten zuständig war. Leiter des Referats II O wurde der Angeschuldigte Dr. Deumling.

Da im Laufe der Zeit die Zahl der sicherheitspolizeilichen Vorgänge aus den besetzten polnischen Gebieten erheblich zunahm und ab Ende Dezember 1939 der Masseneinsatz polnischer Zivilarbeiter im Reich umfangreiche Regelungen über die Art und Weise des Einsatzes und ihre Behandlung erforderlich machte, erwies sich eine Umorganisation des Polenreferats als notwendig. Dies umso mehr, als die für das Reich angeforderten Arbeitskräfte schon ab Frühjahr 1940 nicht mehr auf freiwilliger Grundlage angeworben werden konnten, sondern zumindest zu einem Teil zwangsweise rekrutiert und nach Deutschland verschickt werden mußten. Die Polen versuchten, sich insbesondere deshalb einem Arbeitseinsatz im Reich zu entziehen, weil er für sie den Charakter einer der Gefangenschaft ähnlichen Freiheitsbeschränkung hatte.

175

Entsprechend den allgemeinen Richtlinien der nationalsozialistischen Polenpolitik wurde den polnischen Arbeitern auch im Reich nur die primitivste Lebensführung zugestanden. Die Polen mußten unter ungünstigsten Bedingungen arbeiten, hatten eine stark verminderte Rechtsposition und waren darüber hinaus diffamierenden Beschränkungen und Auflagen sowie einem polizeilichen Strafsystem unterworfen, das bei Verstößen gegen die ihnen auferlegten Lebensführungsregeln und bei sonstigen Fehlverhalten keine Gerechtigkeit für die Betroffenen vorsah, sondern lediglich Unterdrückungs- und Ausrottungsmaßnahmen.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1940, gleichzeitig mit der Herausgabe des ersten Geschäftsverteilungsplanes des RSHA, wurde daher im Amt IV des RSHA neben den klassischen Sachgebieten Kommunismus pp. (Gruppe IV A), Kirchen - später auch Juden - (Gruppe IV B) und Schutzhaft pp. (Gruppe IV C) die Gruppe IV D mit den Länderreferaten für die besetzten Gebiete geschaffen. Innerhalb dieser Gruppe wurden dem Referat IV D 2 die "Polenangelegenheiten" übertragen. Die bisherige "Sonderdienststelle Polen" ging im Referat IV D 2 auf. Der Angeschuldigte Dr. Deumling schied zunächst aus dem RSHA aus.

Neuer Leiter des Polenreferats - das formell die Bezeichnung "Gouvernementsangelegenheiten" trug - wurde der anderweit verfolgte SS-Sturmbannführer B a a t z .

Wegen der Verschiedenartigkeit der innerhalb des Referats anfallenden Arbeiten wurde dieses bald in Sachgebiete aufgeteilt, die mit kleinen Buchstaben gekennzeichnet wurden. Wahrscheinlich ab Juni 1940 bestanden zwei Sachgebiete, und zwar das

Sachgebiet IV D 2 a für "Polen im Reich", in dessen Zuständigkeit zunächst auch die polnischen Zivilarbeiter fielen, und das Sachgebiet IV D 2 b für "Gouvernementsangelegenheiten". Wegen des Zivilarbeitereinsatzes wurde am 1. Januar 1941 das neue Sachgebiet IV D 2 c gebildet.

Da in dem damaligen absoluten "Führerstaat" die sicherheitspolizeilichen Dienststellen keine Exekution (in den ersten Jahren nicht einmal Schutzhaft) ohne Genehmigung des RSHA durchführen durften, entwickelte sich das "Polenreferat" des RSHA durch seine leitende Funktion praktisch zu einem "Führungsreferat" innerhalb des Amtes IV. In diesem Referat wurden im Laufe der Zeit nicht nur die grundlegenden Erlasse wie "Durchführungsbestimmungen für Exekutionen" entworfen, sondern auch die jeweiligen "Sonderbehandlungsanordnungen" bearbeitet und ihr Vollzug überwacht.

Das "Polenreferat" des RSHA war mithin die zentrale Stelle der Sicherheitspolizei, in welcher sämtliche sicherheitspolizeilichen Vorgänge gegen polnische Volkszugehörige, darunter insbesondere die Exekutionsvorgänge gegen Polen, maßgeblich bearbeitet wurden.

Von besonderer Bedeutung ist diese Führungsfunktion des "Polenreferats" für die zwischen dem RSHA und den örtlichen Dienststellen (Stapoleitstellen und KdS) bestehenden Verbindungen, d. h. den Befehlsweg gewesen.

3. Erlasse des Polenreferats

Hauptaufgabe der Leiter des Polenreferats
- mithin der Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g
und T h o m s e n - war es, am Entwurf und
der Herausgabe staatspolizeilicher Erlasse

177

mitzuarbeiten, durch die die vor ihrer Amtszeit ergangenen Anordnungen über die Behandlung polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener (sowie über die Durchführung von Exekutionen) fortentwickelt wurden.

Bd. XCVIII, Bl. 114ff
Bd. XCIX, Bl. 21ff

Um welche Erlasse es sich im einzelnen handelt, ergibt sich aus dem Ermittlungsvermerk vom 19. März 1968 sowie aus dem Beschluß über die Eröffnung der Voruntersuchung vom 22. März 1968.

LO A 1, S. 1-2

Als Grundlage für das vom RSHA zu erarbeitende Erlaßwerk, das die staatspolizeilichen Bestimmungen für den Einsatz der polnischen Zivilarbeiter enthalten sollte, diente ein Schreiben Görings an die Obersten Reichsbehörden.

LO A 1

In diesem Schreiben wies Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan darauf hin, daß der Masseneinsatz von Arbeitskräften polnischen Volkstums im Reich eine umfassende Regelung der Behandlung dieser Arbeitskräfte erforderlich mache. Er ordnete u. a. an, daß die Polen ein besonderes Kennzeichen an der Kleidung zu tragen hätten, daß sie nicht in Gebieten eingesetzt werden dürften, in denen volkstumspolitische Gefahren entstehen könnten und daß die einwandfreie Lebensführung der Polen durch Sondervorschriften sicherzustellen sei; die hierzu erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften sollte der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei erlassen.

LO A 1, S. 5-8

Dem Schreiben waren "Erläuterungen" beigelegt, in denen näher aufgezeigt wurde, in welcher Hinsicht den Polen Beschränkungen auferlegt werden sollten.

Abschließend hieß es in diesen Erläuterungen:

LO A 1, S. 8

"Den hiernach zu treffenden Anordnungen ist durch eindringliche Belehrung der Polen seitens amtlicher Stellen Nachdruck zu verleihen. Wo sich die Polen dennoch Verstöße gegen die Anordnungen, sei es durch Nichterfüllung ihrer Arbeitspflicht, durch unerträgliches Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung zuschulden kommen lassen, sind sofort geeignete, gegebenenfalls auch die schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen zu treffen, um Gefahren von vornherein im Keim zu ersticken".

Bereits in der Zeit bis zum Juli 1941, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g Referatsleiter wurde, wurden grundsätzliche Anordnungen getroffen, durch die die polnischen Zivilarbeiter erheblichen Beschränkungen unterworfen wurden und aufgrund deren die Zivilarbeiter bei Verstößen gegen ihnen auferlegte Lebensführungsregeln oder bei strafbaren Handlungen unter der Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ohne gerichtliches Urteil exekutiert werden konnten. So wurden insbesondere Anordnungen bezüglich der Kennzeichnungspflicht, der ausländerpolizeilichen Behandlung und der Ausgabe von Arbeitskarten, eines nächtlichen Ausgehverbotes im Rahmen des Erlaßwerkes des RSHA vom 8. März 1940 getroffen.

LO A 3, Bl.21/22

Schon in einem diesem Erlaßwerk beigelegten Merkblatt, das eine Zusammenstellung der Pflichten der polnischen Zivilarbeiter und der für sie geltenden Verbote enthielt, wurde ihnen die Todesstrafe für den Fall angedroht, daß sie mit einer deutschen Frau oder mit einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrten oder sich ihnen sonst unsittlich näherten.

LO A 3, Bl. 22

179

LO A 14

Gleichzeitig wurden die Stapoleitstellen angewiesen, in den Fällen der Arbeitsverweigerung, Aufhetzung, Sabotage, unsittlichen Verhaltens gegenüber Deutschen und Brandstiftung durch "fremdvölkische" Arbeitskräfte gegen diese im Wege der "Sonderbehandlung" vorzugehen. Dieser Eingriff in die staatliche Rechtspflege wurde mit dem Hinweis bemäntelt, die Unterrichtung der Stapoleitstellen habe nur zu erfolgen, damit diese prüfen könnten, ob in den einzelnen Fällen staatspolizeiliche Belange berührt würden.

LO A 10

Diese zur Abwehr der durch den Einsatz "volksfremder" Arbeiter drohenden "Gefahren" geschaffenen Erlasse wurden durch den Erlaß vom 21. Mai 1940 - S IV D 2 382/40 - ergänzt, wonach allen Anträgen auf "Sonderbehandlungen" polnischer Zivilarbeiter und -arbeiterinnen seitens der Stapostellen künftig stets eine von einem Amtsarzt gefertigte "rassische Bewertung" sowie ein die Rassemerkmale deutlich sichtbar machendes Lichtbild beizufügen war.

In einem weiteren - nicht erhaltenen - Erlaß vom 10. Dezember 1940 - S IV D 2a 3382/40 - wurde angeordnet, daß in "Sonderbehandlungsfällen" eine Stellungnahme des Höheren SS- und Polizeiführers einzuholen und Lichtbilder von dem in Aussicht genommenen Exekutionsort herzustellen seien.

LO A 13

In der Folgezeit wurden die für die polnischen Zivilarbeiter geltenden Vorschriften auch für die Angehörigen anderen "fremdvölkischen" Volkstums, die aus den eingegliederten Gebieten bzw. aus dem Generalgouvernement gekommen waren (Ukrainer, Weißruthenen usw.), entsprechend angewendet und gegenüber polnischen Zivilarbeiterinnen nicht mehr die "Sonderbehandlung" beantragt bzw. angeordnet.

180

LO A 18

Der erste einschlägige Erlass, der in die Dienstzeit des Angeeschuldigten Dr. Deumling fällt, ist der Erlass vom 5. Juli 1941. Mit diesem Erlass - S IV D 2 c 4883/40 - wurde angeordnet, daß die polnischen Zivilarbeiter, die sich die angeführten "Straftaten", insbesondere unerlaubten Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen hatten zuschulden kommen lassen, vor der Einreichung eines Sonderbehandlungsvorschlages auf ihre Eindeutschungsfähigkeit zu überprüfen seien. Wenn eine Eindeutschung in Betracht käme, so sollte eine kürzere KZ-Einweisung als ausreichende Sühne anzusehen und Sonderbehandlung nicht zu beantragen sein. Gleichzeitig wurden in diesem Erlass Richtlinien über die Durchführung des Sonderbehandlungsverfahrens gegeben.

Eine Beteiligung des Angeeschuldigten Dr. Deumling an dem Erlass vom 5. Juli 1941 ist nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen nicht nachgewiesen; sie erscheint auch in Anbetracht der Tatsache, daß die Vorarbeiten vor dem erneuten Eintritt des Angeeschuldigten Dr. Deumling in das RSHA erfolgt sind, unwahrscheinlich.

LO A 20

LO A 22

Anders jedoch ist die Sachlage bei der Entstehung der folgenden Erlasse zu beurteilen:

Durch Erlass vom 4. November 1941

- S IV D 2 c 4883/40g -196- und den ergänzenden Erlass vom 12. Dezember 1941

- IV D 2 c 1474/41gRs - wurde u.a. bestimmt, daß bei Vorliegen einer Schwangerschaft der deutschen Frau dem RSHA, Referat IV D 2 durch Fernschreiben über diesen Sachverhalt Mitteilung zu machen und eine beschleunigte rassische Musterung des als Schwängerer in Betracht kommenden Polen durchzuführen war. Durch alsbaldige fernschriftliche Mitteilung des Ergebnisses dieser Musterung sollte es dem RSHA ermöglicht werden, eine

181

Schwangerschaftsunterbrechung
zur Vermeidung "rassisch minderwertigen" Nachwuchses herbeizuführen.

LO A 29

LO A 28

LO A 32

Die Erlasse des RSHA, an deren Ausarbeitung der Angeschuldigte Dr. Deumling beteiligt war, wurden im Jahre 1942 durch die Erlasse vom 29. Juni 1942 - S IV D 2 c 235/42g -40-, 18. Juli 1942 - IV D 2 240/42 gRs -4- und vom 17. November 1942 - IV D 2 552/42g -104- ergänzt.

LO A 32

Sie enthielten neben der Anordnung, daß den Anträgen der Stapoleitstellen die rassebiologischen Gutachten der Rasse- und Siedlungsführer in jedem Falle beizufügen waren, die Neuregelung, daß bei den Fällen des unerlaubten Geschlechtsverkehrs davon abzusehen sei, jedesmal die Stellungnahme des HSSPF einzuholen, "da die Exekution von Polen in den einzelnen Fällen nicht mehr die Bedeutung wie bei Einführung des Erlasses vom 10. Dezember 1940 habe".

Neben der Regelung der Fälle, in denen eine "Sonderbehandlung" der "fremdvölkischen" Arbeiter zu beantragen war, wurde auch der Vollzug der "Sonderbehandlung" durch verschiedene Erlasse eingehend geregelt.

Bd. XCVIII,
Bl. 140/141

Nachdem bereits durch den - nicht auffindbaren - Erlaß vom 3. September 1940 - S IV 826/40 gRs - die ersten Anordnungen bezüglich der "Durchführung von Exekutionen" ergangen waren, wurden diese in der Folgezeit durch zahlreiche Erlasse ergänzt. Bezüglich des Inhalts der Erlasse, die vor dem erneuten Eintritt des Angeschuldigten Dr. Deumling in das RSHA herausgegeben wurden, wird Bezug genommen auf den Ermittlungsvermerk vom 19. März 1968.

182

LO A 34, S. 2 ff

LO A 34, S. 1

Da die Bestimmungen über die "Durchführung der Exekutionen" wegen der verschiedenen Änderungen unübersichtlich geworden waren und sich auch Mängel des Verfahrens gezeigt hätten, wurden die Vorschriften im Rahmen des Erlasses vom 6. Januar 1943 - S IV D 2 - 450/429 -81- neu gefaßt und mit Erlaß vom 14. Januar 1943 - IV D 2 c 450/429 -81- den in Betracht kommenden Dienststellen übersandt.

Diese Bestimmungen enthielten neben der Regelung der äußeren Vorgänge bei Exekutionen (Exekutionsort, Exekutionsform, z.B. Erhängen oder Erschießen, Kreis der Beteiligten, Verbot von Filmaufnahmen u.a.) Anweisungen über die Befehlsdurchgabe und die Art der Vollzugsmeldung.

LO A 34, S. 2, 5

Die Anordnung der Exekution sollte mittels Schnellbriefes oder FS an die zuständige Dienststelle erfolgen, die ihrerseits dem HSSPF und den BdS bzw. IdS zu verständigen hatte.

Die Anordnung wurde vom Chef des Amtes IV des RSHA oder von einem besonders Beauftragten gezeichnet.

Nach Vollzug der Exekution war dem Amt IV des RSHA fernschriftlich Vollzugsmeldung zu erstatten. Es hieß in dem Erlaß weiter, daß diese Vollzugsmeldung den Ort der Exekution, die Volkszugehörigkeit der vollziehenden Personen und die Aufnahme der Exekution durch die Bevölkerung zu enthalten habe. Ferner wurden Bestimmungen über den Verbleib der Leiche, die Benachrichtigung der Angehörigen und Presseveröffentlichungen getroffen.

LO A 34, S. 8

LO A 34, S. 9 ff

Bd. XCI, Bl. 79

Die Entstehung der nachfolgenden Erlasse fällt in den Zeitraum, in dem der Angeschuldigte **Thomson** Referatsleiter war. Neben der erforderlichen Neuregelung der Durchführungsbestimmungen für die Exekutionen erwies sich eine Neuregelung des gesamten Erlaßwerkes über die Behandlung der polnischen Zivilarbeiter wegen der durch die zahlreichen Änderungen und Ergänzungen eingetretenen Unübersichtlichkeit als erforderlich. Im Sommer 1943 erteilte daher der Amtschef IV, **Müller**, dem Angeschuldigten **Thomson** den Auftrag, das gesamte Erlaßwerk "zu entrümpeln, durchzuforsten und zu einem einheitlichen Erlaß unter Aufrechterhaltung der bisherigen Bestimmungen der Sache nach zusammenzufassen" (Thomsen).

LO A 37

In Erfüllung dieses Auftrages wurde der Erlaß vom 10. September 1943 - S IV D 2 C - 2071/43 - geschaffen, den nach Angaben des Angeschuldigten **Thomson** der ROJ **Oppermann** ausgearbeitet haben soll, ohne daß er, Thomsen, ihm dabei habe helfen können. Bezüglich des Inhalts dieses Erlasses, der keine grundlegenden Neuerungen im Hinblick auf die Behandlung der polnischen Zivilarbeiter brachte, wird auf den Ermittlungsvermerk vom 19. März 1968 Bezug genommen.

Bd. XCI, Bl. 80

LO A 38

Die Erlasse vom 10. Februar 1944 - S IV 2 o 235/44g -11-, 31. Juli 1944 - S IV B 2 b - 1588/44g -327- III -, 1. November 1944

LO A 39

- S IV B 2 b - 1134/44gRs und der Schnellbrief

LO A 40

vom 27. November 1944 - S IV B 2 b - 1677/44 -g- 385 - III - wegen deren Inhalt ebenfalls auf den vorgenannten Ermittlungsvermerk Bezug genommen wird, enthalten im wesentlichen an die veränderte Kriegslage angeglicheene Vorschriften über die Behandlung der Zivilarbeiter mit dem Ziel, die Verfahren zu vereinfachen und in besonders

LO A 42

gelagerten Fällen "für die Dauer des Krieges" zunächst einmal "nur" die Einweisung in ein KL vorzunehmen.

s.S. 22

s.S. 23

s.S. 22

Der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g räumt die Mitwirkung an dem Erlaß vom 4. November 1941 sowie an den nachfolgenden Erlassen ein. Er läßt sich dahin ein, er habe zur Einschränkung der Anzahl der "Sonderbehandlungen" die Stellungnahmen der HSSPF überhaupt abschaffen wollen. Dies sei jedoch an dem Widerstand einiger HSSPF gescheitert, so daß es zu der dargelegten Kompromißlösung gekommen sei. An die Mitzeichnung bei der Entstehung des Erlasses vom 4. November 1941 vermag sich der Angeschuldigte Dr. Deumling nach seinen Angaben nicht zu erinnern; er behauptet, lediglich den Erlaß vom 12. Dezember 1941 für das Referat abgezeichnet zu haben. Nach seiner Einlassung habe auch diesen Erlaß O p p e r m a n n entworfen.

Bd. XCI, Bl. 132ff

Der Angeschuldigte T h o m s e n gibt an, den Erlaß vom 10. Februar 1944 und die folgenden Erlasse habe Oppermann entworfen. Im übrigen räumt er ein, die während seiner Amtszeit als Referatsleiter vom Polenreferat herausgegebenen Erlasse abgezeichnet und zum Teil auch überarbeitet zu haben.

4. Einzelfälle

Durch die Anwendung der dargestellten Erlasse wurden während des Krieges mehrere hundert polnische Zivilarbeiter und ehemalige polnische Kriegsgefangene sowie mehrere tausend Einwohner des besetzten bzw. "eingegliederten" polnischen Gebietes unter Mitwirkung des Polenreferats im

185

Wege der "Sonderbehandlung" oder der Bekämpfung von Widerstands- und Sabotagehandlungen durch sog. "Vergeltungs- und Sühnmaßnahmen" getötet.

Die Gesamtzahl der polnischen Zivilarbeiter und ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen sowie der polnischen Volkszugehörigen in den "eingegliederten" und besetzten polnischen Gebieten, die aufgrund der dargelegten Erlasse oder der Bekämpfung von Widerstands- und Sabotagehandlungen in der Zeit von September 1939 bis zum Kriegsende "sonderbehandelt" wurden, ist nicht bekannt. Sie dürfte auch, nicht zuletzt mit Rücksicht auf den Zeitablauf, nicht mehr festzustellen sein.

- a) Bezüglich der Tötung polnischer Zivilarbeiter ist das Verfahren, wie bereits ausgeführt, auf 240 Fälle begrenzt worden.

s. S. 7

Bd.XCVIII, 1 ff

Bd.CXI, Bl.143ff

Wegen der Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den Ermittlungsvermerk vom 19. März 1968 und den Beschluß des UR II vom 19. Juli 1971, durch den die Voruntersuchung von zunächst 210 Fällen auf weitere 30 Einzelfälle ausgedehnt wurde, Bezug genommen. Die gerichtliche Voruntersuchung hat bezüglich dieser Fälle gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Danach hat sich folgende Arbeitsweise feststellen lassen:

s.S. 18 ff

Das Polenreferat war - wie bereits ausgeführt - zuständig für "Polen im Reich" (IV D 2 a), "Gouvernementsangelegenheiten" (IV D 2 b) und im Sachgebiet IV D 2 c für Zivilarbeiter polnischen Volkstums, später auch für die polnischen Kriegsgefangenen und die Zivilarbeiter nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den "eingegliederten" Ostgebieten. Die früheren Angeeschuldigten Betz, Breitenfeld und Grunert waren

Sachbearbeiter im Sachgebiet IV D 2 c und der Angeschuldigte W i n t z e r im Sachgebiet IV D 2 b.

In diesen beiden Sachgebieten erfolgte die Bearbeitung der Vorgänge im wesentlichen in gleicher Weise, sofern sich nicht aus der Sache selbst verschiedene Arten der Sachbehandlung ergaben.

Die neu eingehenden Vorgänge ("Sonderbehandlungsanträge" der Stapoleitstellen gegen polnische Zivilarbeiter oder Exekutionsanträge der Dienststellen des besetzten oder eingegliederten polnischen Gebiets) wurden zusammen mit allen anderen Eingängen zunächst dem Amtsrat K u h f a l vorgelegt, der sie auf das jeweils zuständige Sachgebiet auszeichnete. Sodann wurden die Neueingänge über die Registratur dem Referenten zur Kenntnisnahme zugeleitet. Dieser sah die Vorgänge kurz durch, machte gelegentlich einen Vermerk und gab sie dann an den zuständigen Sachbearbeiter weiter, wobei er ihm gelegentlich schon Weisungen für die weitere Bearbeitung gab.

Die Verteilung der Neueingänge im Sachgebiet IV D 2 c erfolgte nach dem Alphabet (je eine Hälfte für die früheren Angeschuldigten Betz, Breitenfeldt und später Grunert), während im Sachgebiet IV 2 b der Angeschuldigte W i n t z e r die Vorgänge allein bearbeitete. Vorgänge von besonderer Bedeutung aus dem Sachgebiet IV D 2 c bearbeitete ROJ O p p e r m a n n auch weiterhin selbst.

Die Sachbearbeiter im Sachgebiet IV D 2 c hatten in den "Sonderbehandlungsvorgängen" sodann zu prüfen, was bei dem jeweiligen Stand des Verfahrens zu veranlassen war. Diese vorbereitende Tätigkeit der Sachbearbeiter bestand zunächst in der Erwirkung der Schutzhaft beim Referat

187

IV C 2 des RSHA, da die abschließende Bearbeitung der Angelegenheit regelmäßig nicht innerhalb des Zeitraumes erfolgen konnte, für den die Stapoleitstellen die vorläufig Festgenommenen ohne Schutzhaftbefehl festhalten konnten.

Nachdem weiterhin, sofern die Festgenommenen Kriegsgefangene waren, die Entlassung aus der Gefangenschaft beantragt worden war, hatten die Sachbearbeiter die Vollständigkeit der zur Entscheidung erforderlichen Unterlagen ("Rassenbiologisches Gutachten", Stellungnahme des HSSPF, Nachweis der ordnungsgemäßen Belehrung des Polen usw.) zu überprüfen.

Sobald der Vorgang vollständig war, fertigten die Sachbearbeiter einen Vorlagebericht, mit dem die Akten ihren Vorgesetzten, zunächst also den Referatsleitern, zur abschließenden Entscheidung zugeleitet wurden. Diese "Vorlage" enthielt eine kurze Darstellung des Sachverhalts, in der die für die spätere Entscheidung wesentlichen Punkte hervorgehoben wurden. Es wurde angegeben, welche Anträge die Stapoleitstellen und ggf. der HSSPF zur weiteren Behandlung der Festgenommenen gestellt hatten.

Abschließend mußte der Sachbearbeiter - wie auch im Sachgebiet IV D 2 b - in einem eigenen Vermerk zu dem Vorgang Stellung nehmen und ihn mit einem Entscheidungsvorschlag versehen. Die von den Sachbearbeitern gefertigten Vorlageberichte wurden von ihnen abgezeichnet und über den Sachgebietsleiter und die jeweiligen Referatsleiter, also die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n , die die Vorgänge prüften und ebenfalls ihr Handzeichen auf die Vorlage setzten, dem Amtschef M ü l l e r zugeleitet. Bei allen schwierigen Fällen wandten sich die Sachbearbeiter an ROJ Oppermann, der die Sachen dem Referenten vortrug. Der Referatsleiter

entschied dann, welcher Vorschlag gemacht werden sollte.

Zum Teil besprach er die Fälle vorher mit Müller. In dieser Weise wurde vor allem dann verfahren, wenn das Polenreferat von dem Vorschlag der HSSPF bzw. der Stapoleitstellen abweichen wollte. Müller unterschrieb die Vorlage und gab sie an Himmler zur abschließenden Entscheidung weiter. Himmler stimmte in der Regel den Vorschlägen zu; gelegentlich traf er auch abweichende Entscheidungen. Der Vorgang gelangte nun wieder zum Polenreferat zurück. Dort wurden, wenn auf Exekution entschieden war, die Exekutionsbefehle abgesetzt. Die Exekutionsanordnungen wurden teils vom Amtschef Müller, teils auch von den Angeeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen unterschrieben. Sobald die Exekutionen vollzogen waren, erstatteten die Stapoleitstellen bzw. Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement bzw. wenn die Exekution im KL erfolgt war, dessen Kommandant dem RSHA die Vollzugsmeldung.

- b) 1. Soweit das Verfahren die Exekution polnischer Volkszugehöriger in den "eingegliederten" bzw. besetzten polnischen Gebieten zum Gegenstand hat, wird zunächst Bezug auf die Ermittlungsvermerke vom 10. Dezember 1968 und vom 16. April 1971 genommen. Die Bearbeitung dieser Fälle im Polenreferat erfolgte in ähnlicher Weise wie sie bereits bezüglich der Zivilarbeiter dargelegt wurde. Es gab jedoch Besonderheiten hinsichtlich der Anordnung von Exekutionen, die darauf beruhten, daß in den ehemals polnischen Gebieten die Befehlsverhältnisse in vielfacher Hinsicht anders geregelt waren, als in den bisher schon zum Reich gehörenden Gebieten.

Bd.XLII-XLIV,
LXXIV, Bl.14ff

s. S. 28 ff

Nach dem militärischen Sieg über Polen und einer kurzen Übergangszeit, in der die vollziehende Gewalt durch die Militärbefehlshaber ausgeübt wurde, begann mit dem Übergang der Verwaltung auf die zivilen Dienststellen (ab 26. Oktober 1939) die Verwirklichung der von Hitler propagierten Zerschlagung des polnischen Staates.

Während Teile Ostpolens von der Sowjetunion annektiert wurden, wurden Teile Westpolens unter der Bezeichnung "Reichsgaue" dem Reich angegliedert.

Es handelte sich bei diesen um den Reichsgau Westpreußen (ab 29. 1. 1940 Reichsgau Danzig-Westpreußen) und um den Reichsgau Posen (ab 29. 1. 1940 Reichsgau Wartheland).

Das übrige polnische Gebiet wurde unter der Bezeichnung Generalgouvernement einem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete unterstellt (Reichsminister Dr. Frank).

Die Reichsgaue wurden von den Chefs der Zivilverwaltung, und zwar Danzig-Westpreußen von dem Gauleiter Forster und Wartheland von dem Danziger Senatspräsidenten Greiser verwaltet.

Parallel zu dem Aufbau der Zivilverwaltung erfolgte die Umwandlung der bisherigen mobilen Kräfte der Sicherheitspolizei und des SD, die in den der kämpfenden Truppe folgenden Einsatzgruppen und Einsatzkommandos zusammengefaßt waren, in örtlich gebundene Dienststellen. Gleichzeitig wurden - wie schon im Altreich - Höhere und SS- und Polizeiführer auch im "eingegliederten" bzw. besetzten polnischen Gebiet als Repräsentanten Himmlers auf regionaler Ebene eingesetzt.

190

Die bisherigen Einsatzgruppen bzw. Einsatzkommandos wurden in den "eingegliederten" Gebieten entsprechend dem Aufbau im Altreich in Stapoleitstellen bzw. Stapostellen umgewandelt.

Sie erhielten ihre Weisungen vom RSHA und über den zuständigen Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD (IdS Danzig Dr. Tröger (+) bzw. Hellmuth Willich (+); IdS Posen Damzog (+)).

Aufgabe dieser Inspektoren, die in jedem Wehrkreis eingesetzt waren, war es, die Arbeitsweise der ihnen unterstellten Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD zu überwachen und einheitlich auszurichten und darüber hinaus für ein enges und verständnisvolles Zusammenarbeiten der Sicherheitspolizei und des SD mit den Dienststellen der allgemeinen Verwaltung, der Wehrmacht und der Partei zu sorgen.

Der Stellung des IdS im Altreich und den Reichsgauen entsprach im Generalgouvernement (GG) die des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (BdS), (Streckenbach in Krakau, später Schöngarth bzw. Bierkamp), und den Leitern der Stapoleitstellen die der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD (KdS). Das GG wurde zunächst in vier Distrikte, nämlich Krakau, Warschau, Lublin und Radom aufgeteilt. Nach Ausbruch des Krieges mit Rußland kam ein weiterer Distrikt (Galizien mit der Hauptstadt Lemberg) hinzu. In jeder dieser fünf genannten Städte befand sich jeweils eine Dienststelle des Kommandeurs der Sipo und des SD. Neben diesen Dienststellen der Sicherheitspolizei traten - wie bereits erwähnt - die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF), die ebenfalls Kommandogewalt über SS und Polizei in sich vereinigten.

194

Während die HSSPF im Frieden und im Altreich im wesentlichen repräsentative Aufgaben in Vertretung Himmlers wahrgenommen hatten, entfalteten sie (und unter ihnen die später zum Teil eingesetzten SS- und Polizeiführer = SSPF) nach Kriegsbeginn in den besetzten Gebieten eine besondere Wirksamkeit bei der "Ausschaltung fremdvölkischen Einflusses". Den Kern der Zuständigkeit der HSSPF bildete die "politische Verwaltung" und "die Wahrnehmung der politischen Interessen Himmlers, der SS und Partei", wobei es von der konkreten Situation abhing, was die HSSPF im einzelnen zu tun hatten. Jedenfalls hatten sie die Macht, den Polizeidienststellen Befehle zu erteilen sowie nicht nur die Befugnis, sondern die Verpflichtung, bei gemeinsamem Einsatz der verschiedenen Polizeiformationen als Führer zu befehlen; sie waren auch Vorgesetzte der Inspekture (Befehlshaber), ihrer Hauptmitarbeiter. Auch diesen konnten sie Anweisungen erteilen. Besonders in nicht routinemäßigen Angelegenheiten, insbesondere bei Maßnahmen von besonderer politischer Bedeutung erteilte Himmler den HSSPF Sonderaufträge.

Es gab somit neben dem Befehlsweg RSHA zum BdS und weiter zum KdS den Befehlsweg HSSPF zum BdS (und weiter zum KdS), z.B. bei Sonderaufträgen Himmlers, gemeinsamem Einsatz, Vernichtung der polnischen Juden usw.

Bd.XLII-XLIV,
428 ff

Beispielhaft für den besonderen Befehlsweg ist der Fall 10 ./.. W i n t z e r , der die Erschießung von 30 namentlich bekannten Polen am 19. Mai 1941 in Bromberg als Vergeltung für eine Brandstiftung zum Gegenstand hat.

DokO "Einzelfälle" Aus einem im Laufe der Voruntersuchung bekanntge-
III
19. 5. 1941

wordenen Schreiben des Leiters der Stapostelle Bromberg, R u x , vom 23. Mai 1941, ergibt sich, daß die vorgenannten Exekutionen vom Danziger Gauleiter Forster auf besonderen Einzelbefehl Hitlers persönlich angeordnet wurde.

Speziell dieser Fall zeigt, daß bei außergewöhnlichen Ereignissen (Brand zweier Großmühlen mit erheblichem Sachschaden) von dem üblichen Befehlsweg RSHA zum BdS (bzw. IdS) abgewichen wurde. In der Mehrzahl der Fälle, die routinemäßig behandelt wurden und bei denen keine besondere Eilbedürftigkeit vorlag, wurde jedoch die Bearbeitung im "Polenreferat" vorgenommen.

s. S. 28

Die Bearbeitung der [REDACTED] Vorfälle innerhalb des "eingegliederten" bzw. besetzten polnischen Gebietes - z.B. Widerstands- oder Sabotagehandlungen mit Menschen und Sachverlusten - erfolgte - wie bereits erwähnt - in ähnlicher Weise wie die Behandlung der "Zivilarbeiterfälle".

Soweit sich Abweichungen von dieser Bearbeitungsweise ergaben, werden sie im folgenden dargestellt:

Das von dem Angeschuldigten W i n t z e r bearbeitete Sachgebiet IV D 2 b - "Gouvernementsangelegenheiten" - war nicht nur für etwaige Widerstandsangelegenheiten im "Generalgouvernement" sondern darüber hinaus für die Bearbeitung sämtlicher staatspolizeilicher Exekutivvorgänge aus allen besetzten polnischen Gebieten zuständig. In diesem Sachgebiet liefen u.a. auch die sicherheitspolizeilichen Lageberichte aus Polen ein. Anhand der allgemeinen Lageberichte, insbesondere aber auch aufgrund der von den sicherheitspolizeilichen Dienststellen in Polen eingehenden Einzelberichte, soweit

sie besondere Vorkommnisse betrafen, war das Sachgebiet IV D 2 b in der Lage, praktisch "generalstabsmäßig" eine Übersicht hinsichtlich der jeweiligen Situation zu erstellen. Dies geschah in der Weise, daß die Berichte ausgewertet und die sich danach als notwendig ergebenden Maßnahmen festgestellt wurden. Der Sachbearbeiter entwarf einen Vermerk, den er mit einem Entscheidungsvorschlag abschloß.

Bd.LXIV,BI.38ff

Von Bedeutung war diese Arbeitsweise insbesondere bei Bearbeitung von Exekutionsvorgängen. Die Bearbeitung dieser Vorgänge ergab sich als eine Folge der Bearbeitung von Widerstandsangelegenheiten in den besetzten polnischen Gebieten. Wenn Gewaltakte gegen Personen oder Sachen begangen worden waren und von der örtlichen Dienststelle der Sicherheitspolizei in Polen diese Vorgänge berichtet wurden und bereits mit einem konkreten Exekutionsvorschlag verbunden waren, der beispielsweise die Zahl und die Namen der für die Exekution in Betracht kommenden Polen enthielt, mußte der Sachbearbeiter zu diesem Exekutionsvorschlag in einem eigenen Vermerk Stellung nehmen. Er konnte diesem Vorschlag entweder zustimmen oder je nach Lage des Falles eine höhere Anzahl von "Sonderbehandlungen" (=Exekutionen) bzw. in weniger schweren Fällen die Einweisung der Opfer in ein Konzentrationslager vorschlagen.

Wurde von der örtlichen Dienststelle kein Exekutionsvorschlag gemacht, sondern lediglich um Entscheidung gebeten, entwarf der Sachbearbeiter den nach der Sachlage und den allgemeinen Richtlinien der Polenpolitik von ihm für angemessen gehaltenen Entscheidungsvorschlag.

In jedem Falle mußte der Sachbearbeiter in einem eigenen Vermerk abschließend zu dem Vorgang Stellung nehmen und ihn mit einem Entscheidungsvorschlag versehen. Der Sachbearbeiter legte sodann

194

die jeweiligen Exekutionsvorgänge wiederum dem Amtschef Müller vor, der entweder selbst die Entscheidung traf oder aber den Vorgang - je nach der Bedeutung der Sache - dem Chef der Sicherheitspolizei, H e y d r i c h , bzw. über Heyd- rich H i m m l e r zur Entscheidung vorlegte. Die getroffene Entscheidung wurde sodann - meist per Fernschreiben - der örtlichen Dienststelle der Sicherheitspolizei übermittelt, die Vollzugsmel- dung erstatten mußte.

Diese örtlichen Dienststellen, die in ihrem Aufbau dem des RSHA mit seinen Ämtern glichen, stellten getreu dem nationalsozialistischen "Führer- staatsprinzip" nur ausführende Organe des RSHA, im vorliegenden Falle des Polenreferats, dar. Schwerwiegende Entscheidungen, zu denen in erster Linie Exekutionsanordnungen durch die Sicherheits- polizei ohne die Garantie gesetzlicher Schranken in Form ordentlicher Gerichtsverhandlungen zählten, durften demnach nur durch das RSHA angeordnet bzw. durch dieses genehmigt werden.

Die Tatsache, daß Exekutionen polnischer Volks- zugehöriger im Rahmen der Bekämpfung von "Wider- stands- oder Sabotagehandlungen" nur durch das Amt IV des RSHA, also durch das Referat IV D 2 bzw. IV B 2 b angeordnet werden konnten, haben die nachfolgend aufgeführten Zeugen bekundet:

- | | |
|-----------------------|---|
| Bd.XLVII,Bl.81ff,84 | Friedrich H e g e n s c h e i d t
(ehemaliger Stapoleiter von Hohensalza) |
| Bd.XLVII,Bl.180ff,183 | Dr. Erich B a r t e l s
(ehemaliger Leiter der Außenstelle Zichenau
der Stapostelle Schröttersburg) |
| Bd.XLVII,Bl.193ff,200 | Dr. Friedrich R a n g
(ehemaliger Stapoleiter in Zichenau) |
| Bd. L, Bl. 31ff, 34 | Hartmut P u l m e r
(ehemaliger Stapoleiter in Zichenau) |
| Bd.LXXIV, Bl.3ff, 6 | Joachim Ernst I l l m e r
(ehemaliger KdS Radom) |
| Bd.LVII,Bl.150ff,152 | Dr. Alfred T r e n k e r
(ehemaliger stellvertr.Stapoleiter in Posen). |

Bei den vorgenannten Zeugen handelt es sich zwar um leitende Stapobeamte in den besetzten polnischen Gebieten, so daß die Vermutung nahe liegt, sie wollten sich durch ihre Bekundungen von eigener Verantwortung freistellen. Demgegenüber ergibt sich jedoch aus den Bekundungen anderer Zeugen, daß Exekutivangelegenheiten allein vom Amt IV des RSHA entschieden werden durften.

Die Tatsache, daß "Sonderbehandlungen" nur vom RSHA angeordnet werden durften, haben auch die folgenden Zeugen bekundet:

Bd.XLV,BI.130ff,133R	Hans M e l z e r
Bd.XLV,BI.136ff,139	Gotthard S c h u b e r t
Bd.XLVII,BI.207ff,209	Erich P u l l e r t
Bd.LIV,BI.22ff, 28	Max M ü l l e r
Bd.LXIV,BI.9ff, 15	Willi H i n z e
Bd.LVII,BI.86ff, 91	Fritz S t o l z und
Bd.LXXI,BI.195ff,200	Albert S c h u l z

Bd.LXIV, BI.38 Der Angeschuldigte W i n t z e r hat ausgesagt, daß in dem von ihm geleiteten Sachgebiet Berichte über die Vorgänge in Polen, insbesondere soweit sie Widerstandsangelegenheiten betroffen hätten, eingegangen seien. Diese Berichte hätten dazu gedient, einerseits die Bekämpfung des Widerstands zu koordinieren, zum anderen die staatspolizeiliche Führung über die Lage in Polen zu informieren. Gleichzeitig sei in den Fällen von Widerstands- oder Sabotagehandlungen nicht nur der Sachverhalt berichtet, sondern es seien auch als Gegenmaßnahmen konkrete Vergeltungsvorschläge gemacht oder Sühnemaßnahmen, wie die Erschießung einer bestimmten Anzahl von Polen oder polnischer Geiseln, die schon aus anderen Gründen (z.B.wegen

Bd.LVIV,BI.39

verbotenen Waffenbesitzes) zum Tode verurteilt und für einen Gnadenerweis in Aussicht genommen gewesen seien, vorgeschlagen worden.

Teilweise seien den Exekutionsvorschlägen der Dienststellen bereits Namenslisten beigelegt, teilweise sei auch nur eine bestimmte Anzahl von Polen vorgeschlagen worden. Jedenfalls seien die Dienststellen der Sicherheitspolizei in keinem Fall befugt gewesen, etwaige Exekutionen selbständig und ohne die entsprechende Genehmigung des Polenreferats durchzuführen.

In der dargestellten Weise erfolgte demnach auch die Bearbeitung der den Angeschuldigten zur Last gelegten Einzelfälle der Exekution polnischer Volkszugehöriger innerhalb des besetzten polnischen Gebietes.

- 2) Soweit dem Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g zur Last gelegt wird:

Bd.LXXIV,BI.19

Fall 2) Exekution von 15 bzw. 10 Polen am 7. Dezember 1939 in Neumark und Löbau

Bd.LXXIV,BI.20

Fall 3) Exekution von 13 Polen als Vergeltung für angebliche Sabotage an deutschen Postautos am 24. Januar 1940 in Dirschau

- Bd. LXXIV, Bl. 20 Fall 4) Exekutionen von mindestens 500 Angehörigen der polnischen Intelligenz im Januar 1940 in Dirschau
- Bd. LXXIV, Bl. 21 Fall 5) Exekutionen von mindestens 600 Angehörigen der polnischen Intelligenz am 3. August 1941 in Pawelce/Stanislaw
- Bd. LXXIV, Bl. 22 Fall 6) Exekution von 22 Polen als Vergeltung für erschossene deutsche Gendarmeriebeamte am 22./23. August 1941 in Koscielna Wies (Kalisch)
- Bd. LXXIV, Bl. 23 Fall 7) Exekution von 20 Geisteskranken im August 1940 in Soldau
- Bd. LXXIV, Bl. 24 Fall 8) Exekution der polnischen Schutzhäftlinge Boruch und Iusek Krzimanowski am 14./27. September 1939 in Soldau
- Bd. LXXIV, Bl. 25 Fall 9) Exekution eines unbekannten Polen durch den Strang im November 1941 in Seeheim/Wirsitz
- Bd. LXXIV, Bl. 26 Fall 10) Exekution von 14 Polen als Repressalien für eine Brandstiftung im November 1941 in Bischwalde/Löbau
- Bd. LXXIV, Bl. 26 Fall 11) Exekution von insgesamt 12 Polen im November bzw. 3. Dezember 1941 in Tarnowitz und Sosnowitz
- Bd. LXXIV, Bl. 27 Fall 12) Exekution von mindestens 50 Polen in der Zeit von Juli 1941 bis Februar 1942 in Posen
- Bd. LXXIV, Bl. 28 Fall 13) Exekution von 11 Polen im Frühjahr 1942 in Saybusch
- Bd. LXXIV, Bl. 29 Fall 14) Exekution von 56 Polen und Russen als Vergeltung für Sabotage im März 1942 in Lublin
- Bd. LXXIV, Bl. 30 Fall 15) Exekution von 100 Polen vom 3.-7. März 1942 in Warschau
- Bd. LXXIV, Bl. 32 Fall 17) Exekution von insgesamt 270 Polen am 17./18. April und 28. Mai 1942 in Warschau
- Bd. LXXIV, Bl. 34 Fall 19) Exekution von 15 Polen am 9. Juni 1942 in Teichrode Kreis Wollstein
- Bd. LXXIV, Bl. 35 Fall 20) Exekution von ca. 1000 Polen im August 1942 in Warschau
- Bd. LXXIV, Bl. 35 Fall 21) Exekution von 20 Polen als Vergeltung für die Tötung dreier deutscher Soldaten in den Jahren 1942/43 in Radom

198

- Bd.LXXIV, Bl.36 Fall 22) Exekution einer unbestimmten Anzahl von Polen in den Jahren 1942/43 in Auschwitz
- Bd.LXXIV, Bl.37 Fall 23) "Umsiedlung" von mindestens 1000 Polen von November 1942 bis Februar 1943 von Zamosc nach Auschwitz
- Bd.LXXIV, Bl.39 Fall 24) Festnahme von 136 Polen Anfang 1943 in Moschin und Überführung nach Posen
- Bd.LXXIV, Bl.39 Fall 25) Exekution von 10 Polen einer Widerstandsbewegung Anfang 1943 in Radom
- Bd.LXXIV, Bl.40 Fall II) Beihilfe zum versuchten Mord an ca. 35.000 tbc-kranken Polen im Mai/Juni 1942 im Reichsgau Wartheland;

und soweitdem Angeschuldigten T h o m s e n in den folgenden Fällen Beihilfe zum Mord zur Last gelegt wird:

- Bd.LXXIV, Bl.41 Fall 1) Exekution von mindestens 1502 Polen von Mai bis Dezember 1943 in Warschau
- Bd.LXXIV, Bl.42 Fall 2) Exekution von insgesamt 78 Polen von Januar bis Mai 1944 in Hubriescow, Aurelin und Moroscyn
- Bd.LXXIV, Bl.43 Fall 3) Exekution von 100 Polen in der Zeit von Ende 1943 bis Anfang 1944 in Radom
- Bd.LXXIV, Bl.44 Fall 4) Massenexekutionen von 1942 bis 1943 in Auschwitz (vgl.Fall 22 gegen Dr.Deumling)
- Bd.LXXIV, Bl.45 Fall 6) Exekution von 100 Polen als Vergeltung für die Ermordung des SS- und Polizeiführers Kutschera am 2. Februar 1944 in Warschau
- Bd.LXXIV, Bl.46 Fall 7) Exekution von 1365 Polen in der Zeit von Februar bis August 1944 in Warschau
- Bd.LXXIV, Bl.47 Fall 8) Exekution von 40 Polen im Januar 1945 in Rosenberg

konnte ein dokumentarischer Nachweis für eine Mitwirkung der Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen zwar nicht geführt werden. Nach dem bisherigen Ergebnis der Voruntersuchung ist aber davon auszugehen, daß die vorgenannten Exekutionen auf die dargelegte Weise im "Polenreferat" bearbeitet und die entsprechenden Exekutionsanordnungen durch das Referat IV D 2 bzw. IV B 2 b und somit unter Mitwirkung der Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen erteilt wurden.

199

Bd. XLV, Bl. 86ff 3) Von den im Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung vom 14. Januar 1969 enthaltenen Einzelfällen ^{jedoch} konnte eine Mitwirkung der Angeschuldigten in den folgenden Fällen dokumentarisch nachgewiesen werden:

Bd. XLIII-XLIV

S. 648 ff

Bd. LXXIV, Bl. 18 ff

a) bezüglich des Angeschuldigten
Dr. D e u m l i n g

Fall 1

Aufgrund des Erlasses des RSHA vom
29. November 1939 - IV (II O) 2 -
- 288-39g - 1 - wurden

1. der Jude Moschek Eitelsberg,
geboren am 15. August 1908 in Neu-Hof
2. der Jude Schulim Finkelstein,
geboren 1922 in Neu-Hof

durch das "Standgericht" der Geheimen Staatspolizei in Zichenau unter Vorsitz des Zeugen Pulmer am 17. April 1940 zum Tode "verurteilt", weil sie nach ihrer im September 1939 erfolgten Abschiebung ins Generalgouvernement unerlaubterweise "über die grüne Grenze" zurückgekehrt waren. Die "Urteile" wurden am 16. Mai 1940 in Gegenwart des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Königsberg, Dr. Dr. Rasch im Durchgangslager Soldau vollstreckt.

Der vorgenannte Erlaß vom 29. November 1939 lautet wörtlich:

Betrifft: Behandlung von Juden und Polen, die sich entgegen dem Umsiedlungsbefehl auf dem Gebiet des Deutschen Reiches befinden

Vorgang: Ohne

Reichsführer SS hat folgende Anordnung getroffen:

Juden und Polen, die aus einem Gebiet des Deutschen Reiches in das Generalgouvernement umgesiedelt wurden, sich aber entgegen dem Umsiedlungsbefehl auf dem Gebiet des deutschen Reiches, wenn auch in einer anderen Provinz, aufhalten, sind sofort standrechtlich zu erschießen. Diese Weisung ist mündlich den Ältesten der Judengemeinden, soweit sie noch bestehen, bekanntzugeben.

Im Auftrage:

gez. Deumling

Stempel"

Neben der Exekution der beiden polnischen Juden, deren Tötung bereits Gegenstand der Voruntersuchung ist, wurden weitere Fälle der Exekution polnischer Juden aufgrund des Erlasses vom 29. November 1939 durch die Übersendung von Ablichtungen der Originalakten der Stapostelle Zichenau seitens der polnischen Hauptkommission im Laufe der Voruntersuchung bekannt. Es handelt sich im einzelnen um die Exekution der nachfolgend aufgeführten Juden:

DokO "Einzelfälle"
II O 2)-11)

Herschek Lipstein, geb. 1904 Urteil 16.4.1940, Vollstreckung 16.5.1940	
Leib Hirschfang, geb. 1892, Vollstreckung ?	
Itzek Goldbruch, geb. 1894	" 16.5.1940
Janke Lofer, geb. 1900 Urteil 16.4.1940,	" 16.5.1940
Haske Fridmann, geb. 1922 Urteil 16.4.1940,	" 16.5.1940
Ruchla Littmann, geb. 1880 Urteil 16.4.1940,	" 16.5.1940
Mendel Litwinowitsch, geb. 1916 Urteil 16.4.1940	" 16.5.1940
Barek Elfenbein, geb. 1895 Urteil 16.4.1940,	" 16.5.1940
Laja Kirschbaum, geb. 1874 Urteil 16.4.1940	" ?

Baruch Rosenbaum, geb. 1911.
Urteil 16. 4. 1940, Vollstreckung 16.5.1940

Die zu diesen Einzelfällen vernommenen Zeugen:

Bd. XLVII, Bl.180 ff, 182	Dr. Erich Bartels
Bd. L, Bl.31ff, 34	Hartmut Pulmer
Bd.LVI,Bl.189ff,190	Wilhelm Hadelar
Bd.LVII,Bl.61ff, 66	Hans Hertrich
Bd.IX,Bl.133ff, 136	Ernst Schardt
Bd.IX,Bl.143ff, 147	Franz Grimm und
Bd.IXIV,Bl.9ff, 14	Willi Hinze

sämtlich ehemalige Angehörige der Stapostelle
Zichenau/Schröttersburg haben bekundet, daß
ihnen die vorliegenden Fälle nicht bekannt seien.
Von Exekutionen im Bereich der Stapostelle sei
ihnen überhaupt nichts bekannt.

Da der Erlaß vom 29. November 1939 unter dem
Aktenzeichen IV (II,0) 2, d.h. dem Aktenzeichen
der damaligen "Sonderdienststelle Polen" erging,
deren Leiter am 29. November 1939 der Angeschul-
digte Dr. D e u m l i n g war, ist davon auszu-
gehen, daß dieser Erlaß nicht nur von ihm unter-
schrieben wurde, sondern unter seiner Mitwirkung
oder auf seine Anordnung hin ergangen ist.

Bd.CXI, Bl.165

Der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g hat sich
in seiner richterlichen Vernehmung dahin einge-
lassen, er habe den Erlaß nicht formuliert, denn
er hätte nicht Juden und Polen erwähnt. Für die
Juden sei E i c h m a n n zuständig gewesen und
er - Deumling - habe es vermieden, in dessen
Zuständigkeit einzugreifen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Einlassung
des Angeschuldigten lediglich eine Schutzbe-
hauptung darstellt oder der Wahrheit entspricht.

Schon durch die Unterzeichnung des Erlasses und
seine Weitergabe an die Dienststellen der

Sicherheitspolizei hat der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g die Anwendung dieses Erlasses ermöglicht und somit Beihilfe zur Ermordung der genannten Juden geleistet.

Der Umstand, daß die dem Beschuldigten Dr. Deumling zur Last gelegte Mitwirkung an dem Erlaß vom 29. November 1939 vor dem Inkrafttreten der Gewaltverbrecherverordnung vom 5. Dezember 1939 liegt, hat nicht zur Folge, daß die ihm zur Last gelegte Tat verjährt wäre. Zwar beginnt gemäß § 67 Abs.4 StGB die Verjährung mit dem Tage, an welchem die Handlung begangen ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des eingetretenen Erfolges. Bei "Beihilfe" beginnt die Verjährung jedoch erst mit der Ausführung der Haupttat, also regelmäßig erst mit deren Beendigung (so Schwarz-Dreher, Anmerk. 1 A b zu § 67 StGB und BGH NJW 51, 727). Da die Haupttat, d. h. die Erschießung der Polen erst am 16. Mai 1940, also nach dem Inkrafttreten der Gewaltverbrecherverordnung erfolgte, ist die dem Beschuldigten Dr. D e u m l i n g zur Last gelegte Handlung noch nicht verjährt.

Fall 16

Bd.XLII-XLIV
S. 522ff

Bd.LXXIV, Bl.31ff

Zu diesem Einzelfall, der die Exekution von 100 Polen als "Vergeltung" für die Ermordung eines deutschen Kriminalbeamten und eines Dolmetschers zum Gegenstand hat, haben die Zeugen

Bd.LII,
Bl. 152ff, 155

Karl Brunstein

Bd.XLVII, Bl.165ff

Konrad Wahl

Bd.LXIX,
Bl. 230ff, 233

Peter Kartheuser

Bd.LXII,
Bl. 172ff, 178

Wilhelm Mießner

bekundet, daß ihnen die Vergeltungsaktion bekannt sei.

DokO IV(Einzelfälle)
20.3.42, Bl. 8

Aus nachträglich aufgefundenen Dokumenten, insbesondere aus der Ablichtung einer in polnischer Sprache verfaßten Liste von Exekutierten ergibt sich, daß die Polen wahrscheinlich am 20. März 1942 in Zgierz bei Litzmannstadt (Lodz) getötet worden sind. Obwohl in dem Dokument "nur" von 99 Polen gesprochen wird, liegt es nahe, daß die in der polnischen Liste aufgeführten Polen mit den aufgrund der Vergeltungsaktion getöteten Geiseln identisch sind.

Bd. CXI, Bl.201,
Bl.202

Der Angeschuldigte Dr. Deumling hat sich zu diesem Einzelfall dahin eingelassen, daß er sich allgemein an einen Fall erinnern könne, in dem als Vergeltung für die Ermordung eines oder mehrerer Polizeibeamter eine sehr große Anzahl von Polen erschossen worden seien. Die Entscheidung selbst habe Himmler bzw. Müller getroffen, ohne daß das Referat IV D 2 damit betraut gewesen sei.

Die Einlassung des Angeschuldigten Dr. Deumling stellt jedoch nur eine Schutzbehauptung dar und wird schon durch seine Kenntnis von dem vorliegenden Fall widerlegt.

Aufgrund der Tatsache, daß alle Vergeltungsaktionen nur vom RSHA angeordnet werden konnten, ist vielmehr davon auszugehen, daß diese Exekutionen zumindest unter Mitwirkung des Angeschuldigten Dr. Deumling erfolgt sind.

Fall 18

Bd.XLIII-XLIV
S. 431 ff,

Bd.LXXIV, S. 33ff

In diesem Fall, der die Exekution von 10 Polen in Bromberg als Vergeltung für die Verletzung des Stapo-Beamten B u s e zum Gegenstand hat, wird die Vergeltungsaktion durch die Zeugen

Bd.LIX,
Bl. 219ff, 222

Rudolf Buse (der bei dem Angriff des Polen verletzt wurde)

Bd.LIV, Bl.8ff, 12

Otto Grygo

Bd.LXI,
Bl. 188ff, 195

Walter Hierse und

Bd.LII,Bl.132ff,140

Paul Lindner

Bd.XLIII-XLIV
S. 431

bestätigt. In Verbindung mit dem im Ermittlungsvermerk vom 10. Dezember 1968 zitierten Schreiben des OLG-Präsidenten in Danzig vom 10.Juli 1942, nach dem die Exekution "weisungsgemäß auf Grund von Richtlinien des RSHA vorgenommen" wurde, steht fest, daß die vorgenannte Vergeltungsaktion stattgefunden hat.

Bd. CXI,Bl.198

Der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g hat sich dahin eingelassen, daß er sich an den Fall nicht erinnern könne. Seiner Meinung nach habe sich der Stapoleiter von Bromberg, Rux, mit Müller selbst in Verbindung gesetzt und dieser habe die Angelegenheit Himmler mündlich vorge-
tragen, so daß es unwahrscheinlich sei, daß der Fall im Referat IV D 2 bearbeitet worden sei.

Diese Einlassung ist nicht geeignet, den Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g zu entlasten. Der Fall war nicht so besonders aufsehen-
erregend oder eilbedürftig, daß ein Anlaß bestanden hätte, ihn unter Ausschaltung des zuständigen Referats zu entscheiden.

Es ist daher davon auszugehen, daß auch dieser Fall in üblicher Weise durch das Referat IV D 2,

mithin also über den Angeschuldigten Dr. Deumling an Müller und weiter an Himmler geleitet wurde, der die letzte Entscheidung traf, und daß danach die Exekutionsanordnung vom Referat IV D 2 an die Stapostelle erteilt wurde.

Bd. LXXIV,

Bl. 60ff

DokO "Einzelfälle" V

15.4.1943

Fall 26

Gegenstand dieses Einzelfalles ist die Exekution von 13 Polen als Vergeltung für einen Raub zum Nachteil eines deutschen Gutsverwalters in Radzimowice/Kreis Mielau.

Nachdem insgesamt 30 Polen als Mittäter bzw. als Mitwisser festgenommen worden waren, war durch die Stapostelle Zichenau/Schröttersburg beim RSHA die "Sonderbehandlung", der Festgenommenen beantragt worden.

Abweichend von dem Antrag der Stapostelle ordnete dieses die "Sonderbehandlung" "nur" gegen

s. ITS-Auskunft

DokO "Einzelfälle" V

15.4.43

13 Festgenommene an, während die restlichen

17 Festgenommenen in KL's eingewiesen wurden.

Von diesen 17 Personen sind nachweislich 7 Polen in KL's verstorben.

Dieser Einzelfall wurde in der bereits dargelegten Weise im Referat IV D 2 bearbeitet, und nach der Entscheidung über die Sonderbehandlungsanträge der Stapostelle unterzeichnete der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g die Exekutions-

DokO "Einzelfälle" V

15.4.43

anordnung. Diese Anordnung vom 22. März 1943 hat folgenden Wortlaut:

"An Staatspolizeistelle Schröttersburg

Betrifft: Sonderbehandlung gegen 13 Mitglieder einer poln. Verbrecherbande

Hier: Behandlung von 9 weiteren festgenommenen Polen

Bezug: FS-Bericht vom 24. 2. 43
III W 68/43g

Der Reichsführer SS und Ch.d.dtsch.Pol. hat die lebenslängliche KL-Überstellung der in dieser Angelegenheit noch nachträglich festgenommenen und in dem angezogenen FS benannten neun Bandenmitglieder (fehlt: angeordnet). Weitere Weisungen sind von dem hiesigen Referat IV C 2 abzuwarten. Unter Hinweis auf die mit FS-Erlass vom 8. 2. 43 - IV D 2 b - 33/43 - gegebene Exekutionsanordnung bitte ich, nunmehr die Sonderbehandlung gegen die im dortigen FS vom 17.1.43 genannten 13 Bandenmitglieder durchzuführen und Vollzugsmeldung zu erstatten

RSA - IV D 2 b - 33/43 -

i.A. gez.Dr. Deumling, SS-Sturmabführer"

DokO "Einzelfälle"V 15.4.43
und ITS-Auskunft

Die Exekution der 13 festgenommenen Polen ist vollzogen worden.

Der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g hat sich zu diesem Fall dahin eingelassen, daß er sich an den Vorgang selbst nicht mehr erinnern könne. Da im vorliegenden Falle von irgendeiner anderen Seite augenscheinlich eine größere Anzahl von Exekutionen vorgeschlagen worden sei, habe möglicherweise er, der Angeschuldigte, entsprechend seiner "persönlichen Arbeitsweise" durch persönlichen Vortrag bei Müller eine Einschränkung der Anzahl der Exekutionsopfer erreicht.

Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit diese Einlassung des Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g hinsichtlich seiner eigenen Beteiligung und insbesondere der von ihm angeblich erreichten Herabsetzung der Anzahl der Opfer nur eine Schutzbehauptung darstellt; seine Mitwirkung an der Exekution der 13 festgenommenen Polen ergibt sich aus der Weitergabe der von Himmler bzw. Müller angeordneten "Sonderbehandlung" an die Stapostelle Zichenau.

b) Bezüglich des Angeschuldigten **T h o m s e n** ist als erwiesen zu erachten, daß er in den Fällen 9) - 40), die sämtlich Exekutionen im KL Groß-Rosen betreffen, am Erlass der "Sonderbehandlungsanordnungen" mitgewirkt hat. Im einzelnen handelt es sich um folgende Fälle:

DokO "Einzelfälle"
VI - VIII

- 9) am 26. April 1944
von 9 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 10) am 28. April 1944
von 1 Polen auf Anordnung des KdS Lublin;
- 11) am 29. April 1944
von 1 Polen auf Anordnung des KdS Lublin;
- 12) am 5. Mai 1944
von 9 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 13) am 6. Mai 1944
von 1 Polen auf Anordnung des KdS Krakau;
- 14) am 8. Mai 1944
von 1 Polen auf Anordnung der Stapoleitstelle Posen;
- 15) am 12. Mai 1944
von 20 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 16) am 19. Mai 1944
von 21 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 17) am 30. Mai 1944
von 6 Polen auf Anordnung des KdS Radom, Außenstelle Ostowiec;
- 18) am 1. Juni 1944
von 6 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 19) am 10. Juni 1944
von 19 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 20) am 13. Juni 1944
von 1 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 21) am 15. Juni 1944
von 1 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 22) am 19. Juni 1944
von 12 Polen auf Anordnung des KdS Radom;

- 23) am 21. Juni 1944
von 2 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 24) am 28. Juni 1944
von 8 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 25) am 3. Juli 1944
von 1 Polen auf Anordnung des Chefs der
Sicherheitspolizei und des SD;
- 26) am 3. Juli 1944
Exekution von 9 Polen auf Anordnung des
KdS Radom;
- 27) am 8. Juli 1944
von 3 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 28) am 14. Juli 1944
von 13 Polen auf Anordnung des KdS Warschau;
- 29) am 14. Juli 1944
von 13 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 30) am 17. Juli 1944
von 4 Polen auf Anordnung des KdS Warschau;
- 31) am 17. Juli 1944
von 9 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 32) am 18. Juli 1944
von 18 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 33) am 19. Juli 1944
von 1 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 34) am 26. Juli 1944
von 12 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 35) am 26. Juli 1944
von 2 Polen auf Anordnung des KdS Lublin;
- 36) am 10. August 1944
von 3 Polen auf Anordnung der Staatspolizei-
leitstelle Posen;
- 37) am 18. September 1944
von 5 Polen auf Anordnung der Staatspolizei-
leitstelle Breslau;
- 38) am 7. Dezember 1944
von 5 Polen auf Anordnung des KdS Radom;
- 39) am 23. Dezember 1944
von 4 Polen auf Anordnung des KdS Krakau;
- 40) am 23. Dezember 1944
von 10 Polen auf Anordnung des KdS Radom.

In den vorgenannten Fällen konnten jeweils Originaldokumente des KL Groß-Rosen wie Exekutionsanordnungen ehemaliger KdS-Dienststellen des Generalgouvernements bzw. ehemaliger Stapostellen der "Reichsgaue", Exekutionsprotokolle sowie Vollzugsmeldungen an das RSHA und die anordnende Dienststelle aufgefunden werden.

Die Exekutionsanordnungen haben im wesentlichen den gleichen Wortlaut:

"Betreff: Exekution von Schutzhäftlingen

Wegen Verbrechens nach §§ 1 und 2 der Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk vom 2. 10. 43 wurden am vom Standgericht des KdS nachstehend aufgeführte Polen, die im dortigen KL einsitzen, zum Tode verurteilt, jedoch für einen Gnadenerweis in Aussicht genommen. Dieser Gnadenerweis wurde hin-fällig, weil"

Es folgt die namentliche Aufzählung von Polen. Das Fernschreiben führt fort:

"Ich bitte, die Exekution der Genannten durchzuführen und dem RSHA und nach hier Kenntnis zu geben."

Den Vollzug der Exekution teilte der Kommandant des KL Groß-Rosen, Hassebroek, durch Fernschreiben dem RSHA sowie nachrichtlich der anordnenden Dienststelle mit.

Bd.CXII, Bl. 68 ff

Der Angeschuldigte T h o m s e n behauptet zunächst, sich an die Verhängung von "Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen" und insbesondere daran, daß er in irgendeiner Weise an der Übermittlung von Exekutionsanordnungen mitgewirkt hat, nicht mehr erinnern zu können. Nach seiner Einlassung sei es nicht notwendig gewesen, daß in den vorliegenden Fällen die Exekutionsanordnungen durch das RSHA genehmigt werden mußten.

Da es sich bei den im KL einsitzenden "Schutzhäftlingen" ohnehin um bereits durch örtliche "Standgerichte" zum Tode Verurteilte gehandelt habe, sei der Vollzug in das Ermessen des jeweiligen Stapoleiters oder Kommandeurs gestellt gewesen.

Bd.LXIV,
Bl. 38/39

Diese Aussage des Angeschuldigten T h o m s e n ist unrichtig. Sie wird durch die Aussage des Angeschuldigten W i n t z e r widerlegt, wonach bei der beabsichtigten Verhängung von "Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen" die generelle Anweisung bestand, Fälle von Widerstandshandlungen per Fernschreiben an das RSHA zu melden, um von dort die Genehmigung zur Exekution einzuholen.

Diese Aussage des Angeschuldigten Wintzer bestätigt, daß in den vorgenannten Exekutionsfällen die Bearbeitung des Falles im Referat IV D 2 bzw. IV B 2 b, also unter Leitung des Angeschuldigten T h o m s e n erfolgte und daß die Exekutionsanordnungen an die für die Festnahme bzw. Widerstands- oder Sabotagehandlung zuständige Dienststelle erteilt und von dieser an die Kommandantur des KL Groß-Rosen weitergegeben wurde. Allein nur solche Arbeitsweise entspricht auch den allgemeinen Richtlinien für die Durchführung von Exekutionen.

Bd.XLV, Bl.86ff

- c) Bezüglich des Angeschuldigten W i n t z e r ist nach dem Ergebnis der Voruntersuchung davon auszugehen, daß er in den Fällen 1) - 20) des Beschlusses über die Eröffnung der Voruntersuchung vom 14. Februar 1969 mit Ausnahme des auf Bl. 33 erwähnten Falles 10 am Erlaß der "Sonderbehandlungsanordnungen" mitgewirkt hat.

211

Bd.LXIV, Bl.38ff

s. S. 28 ff

Zwar konnten bezüglich des Angeschuldigten Wintzer und seiner konkreten Mitwirkung an den einzelnen Exekutionsfällen weder Dokumente, die seine Unterschrift tragen, aufgefunden werden, noch hat ein Zeuge die Mitwirkung des Angeschuldigten Wintzer an einem bestimmten Einzelfall bestätigt.

Der Angeschuldigte Wintzer hat jedoch in seiner Vernehmung allgemein eingeräumt, in seinem Sachgebiet mit den Widerstands- und Sabotagehandlungen polnischer Volkszugehöriger befaßt gewesen zu sein und diese Vorgänge in der bereits dargelegten Weise bearbeitet zu haben.

Er bestreitet jedoch, die "Vorlage" für seine Vorgesetzten von sich aus mit einem auf Exekution lautenden Vorschlag versehen zu haben und behauptet entsprechend der ihm erteilten generellen Anweisung, daß Gewalt mit Gewalt zu beantworten sei, jeweils nur den Vorschlag des örtlichen Dienststellenleiters in seine "Vorlage" übernommen zu haben.

Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Einlassung des Angeschuldigten Wintzer zutreffend ist. Er ist schon nach seinem eigenen Vorbringen hinreichend verdächtig, bereits dadurch Beihilfe zum Mord geleistet zu haben, daß er die Exekution polnischer Volkszugehöriger aus dem Generalgouvernement und den "eingegliederten" Ostgebieten dadurch förderte, daß er die Sachverhaltsschilderung der örtlichen Dienststellenleiter in einem Vermerk zusammenfaßte und mit einem abschließenden, wenn vielleicht auch nur übernommenen Entscheidungsvorschlag versah.

B. Würdigung

Die "Sonderbehandlung" der polnischen Zivil-
arbeiter und ehemaligen polnischen Kriegsge-
fangenen sowie die Verhängung von "Vergeltungs-
und Sühnemaßnahmen" gegenüber polnischen Volks-
zugehörigen wurde von den Hauptverantwortlichen
H i t l e r , G ö r i n g , H i m m l e r ,
H e y d r i c h , K a l t e n b r u n n e r
und M ü l l e r als ein Mittel zur Durch-
setzung ihrer gewaltsamen Politik gegenüber den
osteuropäischen Völkern geplant und durchgeführt.
Die nationalsozialistischen Machthaber sind
daher als hauptverantwortliche Täter der Exe-
kutionen ohne Rücksicht auf ihre individuelle
Mitwirkung an der Entstehung der Erlasse bzw.
an der Anordnung von Exekutionen anzusehen.
Sie handelten aus Überlegung und aus niedrigen
Beweggründen und erfüllten damit den Tatbestand
des § 211 StGB alter und neuer Fassung.

Die polnischen Opfer wurden als "rassisch
minderwertige Untermenschen" angesehen, die
ohne jede Rücksichtnahme behandelt und denen
diejenige rechtliche Sicherung versagt werden
konnte, die nach der übereinstimmenden Rechts-
überzeugung der zivilisierten Völker auch den-
jenigen gebührt, die eine strafbare Handlung
begangen oder gar einer solchen nur verdächtig
sind.

Zu den von den Haupttätern begangenen Morden
haben die Angeschuldigten in objektiver Hinsicht
durch ihre dargelegte Mitwirkung Beihilfe ge-
leistet.

Der objektive Tatbestand der Beihilfe zum Mord
ist in den vorliegenden Fällen erfüllt, ohne
daß es im einzelnen des Nachweises bedurfte,

daß das Handeln des Angeschuldigten für den Geschehensablauf kausal war.

BGH St 4/47-48/69

Hilfe im Sinne des § 49 StGB ist schon dann geleistet, wenn der Beteiligte die Handlung des Haupttäters fördert und erleichtert. Es ist nicht erforderlich, daß das Verhalten des Gehilfen für den Erfolg der Handlung des Haupttäters ursächlich ist.

Daß die Tätigkeit der Angeschuldigten in diesem Sinne die Tötung der polnischen Zivilarbeiter mit gefördert hat, ergibt sich bezüglich der Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n zunächst aus der Mitwirkung an der Entstehung der o.a. Erlasse, durch die die vor ihrer Amtszeit ergangenen Anordnungen über die Behandlung polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener (sowie über die Durchführung von Exekutionen) fortentwickelt wurden und ferner aus der Weitergabe der von Himmler bzw. Müller getroffenen Exekutionsanordnungen bezüglich der polnischen Zivilarbeiter und polnischen Volkszugehörigen in den besetzten und "eingegliederten" Gebieten. Die Beihilfehandlung des Angeschuldigten W i n t z e r besteht aus seiner Bearbeitung der Exekutionsvorgänge.

s. S. 18ff

Die "Sonderbehandlung" der polnischen Zivilarbeiter und ehemaligen Kriegsgefangenen sowie die Anordnung von "Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen" gegen polnische Volkszugehörige in den besetzten und "eingegliederten" Gebieten durch die Geheime Staatspolizei waren auch rechtswidrig.

Für die Anordnungen der Exekutionen fehlte jede Rechtsgrundlage, sie verstießen auch gegen die zur Tatzeit im nationalsozialistischen Staat geltenden Gesetze.

Die Exekutionen durch die Staatspolizei erfolgten teilweise wegen Handlungen, die - wie der einverständliche Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen - nach allgemeinem Recht überhaupt nicht mit Strafe oder - wie z.B. Körperverletzung oder Diebstahl - nur mit Freiheitsstrafen bedroht waren und für die selbst die Polenstrafverordnung vom 4. Dezember 1941 (RGBl I 757, 760) keine Todesstrafe vorsah.

Die Betroffenen wurden nicht nach einem auf Todesstrafe lautenden gerichtlichen Urteil hingerichtet, sondern auf Grund einer Verwaltungsanordnung getötet, die in einem schriftlichen Verfahren getroffen worden war, in dem den Betroffenen weder rechtliches Gehör noch eine sonstige Möglichkeit gewährt wurde, sich zu verteidigen.

Die Exekutionsanordnungen ergingen nicht als Akte der Rechtssprechung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, sondern als "präventiv-polizeiliche" Weisungen und Maßnahmen, die grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Motive und die Schuld des "Täters" aus rasse- und machtpolitischen Gründen getroffen wurden, um die nationalsozialistischen Machthaber beim "Neuaufbau des nationalsozialistischen Staates" und insbesondere bei der Unterdrückung der osteuropäischen Völker zu unterstützen.

Soweit polnische Volkszugehörige in den besetzten bzw. "eingegliederten" Gebieten im Rahmen sogenannter "Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen" getötet wurden, sind diese Exekutionen von "Geiseln" oder "Repressalopfern" auch nicht durch das Völkerrecht gerechtfertigt.

Die Tötung von Geiseln oder Repressalopfern ist nach den herrschenden völkerrechtlichen Anschauungen nur dann gerechtfertigt, wenn

- a) ein völkerrechtswidriges Verhalten der Bevölkerung eines besetzten Staates vorliegt,
- b) der individuelle Täter, der für dieses Verhalten einzustehen hätte, nicht faßbar ist,
- c) der Grundsatz der Verhältnismaßigkeit gewahrt ist,
- d) die Humanitätsschranke beachtet wird,
- e) die Repressalie von der dafür zuständigen Stelle angeordnet wird,
- f) ein gewisser räumlicher, zeitlicher und persönlicher Zusammenhang zwischen den Geiseln und Repressalopfern einerseits und den mutmaßlichen Tätern andererseits besteht,
- g) die Repressalmaßnahme bekannt gemacht wird.

Diese unverzichtbaren Voraussetzungen liegen hier nicht vor. Die Tötung polnischer Volkszugehöriger im Rahmen von "Vergeltungsaktionen" erfolgte wegen der Widerstandshandlungen einzelner Polen und nicht etwa des gesamten polnischen Volkes. Es wurden auch nicht etwa nur Polen festgenommen und exekutiert, die in einem vermuteten räumlichen, zeitlichen oder persönlichen Zusammenhang mit den mutmaßlichen Einzeltätern gebracht wurden, sondern es wurden entweder bereits in anderer Sache "zum Tode ver-

DokO "Einzel-
fälle" VI-VIII

s.S. 44 ff

urteilte", jedoch für einen Gnadenerweis in Aussicht genommene Polen getötet (vgl. Fälle 9-40 ./.. Thomsen) oder es wurde willkürlich eine bestimmte Anzahl von Polen aus der Bevölkerung herausgegriffen und stellvertretend für die wahren Täter exekutiert (vgl. Fälle 16 u. 18 ./.. Dr. Deumling).

Im letzteren Falle handelt es sich um eine völkerrechtlich unzulässige Kollektivstrafe, die den Charakter einer "Sühne" hat. Hinzu kommt, daß bei den "Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen" ständig gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen wurde.

Dieser auch für den nationalsozialistischen Staat geltende Grundsatz erfordert zum einen, daß die Todesstrafe als schärfste Maßnahme gegenüber Angehörigen besetzter Völker nur verhängt werden darf, wenn andere weniger einschneidende Maßnahmen nicht ausreichend sind. Zum anderen erfordert der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, daß die Zahl der Opfer nicht im krassen Mißverhältnis zu der Tat steht, die "gestühnt" werden soll.

s.S. 44 ff

Insbesondere der in der Mißachtung des sog. "slawischen Untermenschen" zum Ausdruck kommende Rassenwahn führte dazu, daß für begangenes Unrecht, z.B. die Ermordung oder Verletzung eines Deutschen 10 - 20, später sogar bis zu 100 Polen (vgl. Fall 16 ./.. Dr. Deumling) getötet wurden, so daß die Exekutionen schon aus diesem Grunde rechtswidrig waren. Dies umso mehr, als es auch an den anderen Bedingungen (z.B. öffentliche Ankündigungen usw.) für die Zulässigkeit von Geisel- oder Repressalerschießungen fehlte.

Die Angeschuldigten sind nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen auch hinreichend verdächtig, schuldhaft gehandelt zu haben; denn die Exekutionen wegen strafbarer Handlungen ohne ein Gerichtsverfahren mit seinen Verteidigungsmöglichkeiten und insbesondere die "Sonderbehandlungen" wegen einverständlichen Geschlechtsverkehrs, der überhaupt nur durch die o.a. staatspolizeilichen Erlasse verboten war, verstießen - wie bereits ausgeführt - so offensichtlich auch gegen das damals geltende Recht, daß dies die Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen als Volljuristen und der Angeschuldigte Wintzer als Kriminalkommissar erkannt haben müssen und auch erkannt haben.

Den Angeschuldigten kann auch nicht verborgen geblieben sein, daß die Täter Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner und Müller aus Rassenhaß gehandelt haben. Diese Erkenntnis ergibt sich für die Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen aus der Kenntnis bzw. Mitarbeit an den o.a. staatspolizeilichen Erlassen und für den Angeschuldigten Wintzer aus der Kenntnis der Grundsätze, nach denen die "Sonderbehandlungsvorgänge" gegen die Polen im RSHA bearbeitet und entschieden wurden und die im wesentlichen in der "Erkenntnis" gipfelten, daß Gewalt mit Gewalt zu beantworten sei und daß es sich bei den polnischen Volkszugehörigen um "slawische Untermenschen" handele, denen auch ein Mindestmaß an rechtlichem Schutz verweigert werden konnte.

Trotzdem können die Angeschuldigten jedoch heute nicht mehr verfolgt werden, weil ihnen nicht mit einer für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden kann, daß sie aus eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt haben.

218

BGH 5 St 658/68
vom 20. Mai 1969

BGH St 22, 375

Wegen Beihilfe zum Mord, wie sie hier in Rede steht, kann heute nur noch derjenige Gehilfe verfolgt werden, der sich die niedrigen Beweggründe der Haupttäter zu eigen gemacht hat. Für Beihilfe zum Mord, der zwar aus niedrigen Beweggründen begangen worden ist, bei der der Gehilfe selbst diese Beweggründe nicht zu seinen eigenen gemacht hat, ist seit dem Jahre 1960 Strafverfolgungsverjährung eingetreten. Dies folgt aus der Erwägung, daß das Mordmerkmal der niedrigen Beweggründe "täterbezogen" ist und daher zu den persönlichen Merkmalen des § 50 Abs. 2 StGB in der gem. Art. 167 EGOWiG vom 24. Mai 1968 (BGBl I, S. 503) am 1. Oktober 1968 in Kraft getretenen Fassung gehört, so daß nach dieser Vorschrift nur derjenige Teilnehmer, bei dem solche persönlichen Merkmale vorhanden sind, wegen Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt werden kann. Für eine Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen betrug, wenn keine weiteren Mordmerkmale vorlagen, die Frist für die Verjährung der Strafverfolgung nach § 67 Abs. 1 StGB in der Fassung, die bis zu dem am 6. August 1969 in Kraft getretenen 9. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. August 1969 (BGBl I, 1063) galt, in Verbindung mit § 50 Abs. 2 StGB n. F., 15 Jahre.

Die Ermittlungen haben bezüglich etwaiger eigener niedriger Beweggründe der Angeschuldigten folgendes ergeben:

- a) der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g war von Oktober 1939 bis Ende Januar 1940 Leiter des Referats II O und nach seiner Tätigkeit als Leiter der Stapostelle Oppeln von Juli 1941 bis Mai 1943 Leiter des Polenreferats.

Die Berufung des Angeeschuldigten auf den Posten des Referatsleiters und seine zweijährige Tätigkeit im RSHA sprechen zwar dafür, daß der Angeeschuldigte seine Tätigkeit im Sinne der nationalsozialistischen Täter zufriedenstellend ausübte und die Ziele der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber den polnischen Volkszugehörigen nicht nur stillschweigend billigte, sondern durch seine bereits dargelegte Tätigkeit förderte und sich die rassepolitischen Vorstellungen Himmlers, Heydrichs und Müllers gegenüber den Polen als sogenannte "slawische Untermenschen" zu eigen machte. Doch reicht diese Vermutung alleine zu seiner Überführung nicht aus.

Bd. CXI, Bl. 174ff

Der Angeeschuldigte Dr. Deumling bestreitet, aus Rassenhaß gegenüber den Polen gehandelt zu haben. Er behauptet, daß er während seiner Tätigkeit im Referat IV D 2 stets versucht habe, die Anzahl und den Umfang der Sühnemaßnahmen im Gegensatz zu den Gauleitern und HSSPF einzuschränken. Er habe überhaupt keine Vorbehalte gegenüber dem polnischen Volk gehabt.

Bd. CXI, Bl. 230

Bd. CXI, Bl. 182

Er habe vielmehr stets versucht, von den sehr oft harten Vorschlägen der HSSPF abzuweichen und z.B. trotz vorgeschlagener Exekution eine Einweisung in ein KL zu erreichen. Er sei stets gegen die Verhängung von Sühnemaßnahmen gewesen. Zwar sei ihm klar gewesen, daß er bei seiner Tätigkeit in rechtswidrige Fälle verwickelt gewesen sei, er habe aber aus seiner damaligen Sicht keine Möglichkeit gesehen, sich seinen Aufgaben zu entziehen, ohne sich selbst zu gefährden. Erst nach längerem Bemühen sei es ihm Mitte 1943 gelungen, aus dem RSHA versetzt zu werden.

Diese Einlassung des Angeeschuldigten Dr. Deumling ist ihm nach dem Ergebnis der Ermittlungen nicht zu widerlegen.

Die zu der Einstellung des Angeschuldigten Dr. Deumling gegenüber den Polen vernommenen Zeugen:

Bd.LIV,BI.87
Bd.LIV,BI.167
Bd.LIV,BI.92
Bd.LVII,BI.97
Bd.LIX,BI.27
Bd.LIX,BI.95
Bd.LX,BI.112
Bd.LVIII,BI.96
Bd.LXV,BI.219
Bd.LXVIII,BI.104

Carl C a r s t e n s e n
Heinrich B u c h a l
Brunhilde S c h r e c k
Ulrich B r e i t e n f e l d
Ingeborg D ö r i n g
Emanuel S c h ä f e r
Helmut E n g e l
Hans N e l s o n
Paul K a n s t e i n und
Marie K a r u t z

vorwiegend ehemalige Angehörige des Referats IV D 2, haben den Angeschuldigten als einen wortkargen, verschlossenen Menschen geschildert, der ruhig und sachlich gewesen sei und niemandem gegenüber negative Äußerungen bezüglich der Polen gemacht habe.

Die Zeugen sahen sich übereinstimmend nicht in der Lage, Angaben über die Einstellung bzw. etwaige eigene niedrige Beweggründe des Angeschuldigten Dr. Deumling zu machen.

Bd.LIX,BI.95

Bd.LVIII,BI.114

Der Zeuge S c h ä f e r hat zwar bekundet, daß er den Angeschuldigten für einen begeisterten Nationalsozialisten gehalten habe und der Zeuge Felix H e d e l h o f e r hat die Auffassung vertreten, der Angeschuldigte sei den Polen nicht gut gesonnen gewesen. Tatsachen zur Begründung ihrer Ansicht haben jedoch diese Zeugen nicht angeben können.

Aus der Gesamtwürdigung der vorgenannten Zeugenaussagen läßt sich der Schluß ziehen, daß der Angeschuldigte als verschlossener und wortkarger, dabei jedoch korrekter Vorgesetzter galt, der

niemandem Einblick in seine Gefühle gewährte, so daß eine Beurteilung über das Vorliegen etwaiger niedriger Beweggründe durch seine Mitarbeiter oder Untergebenen nicht möglich war.

- Bd. CXII, Bl. 103 ff b) Ähnlich liegen die Dinge bei dem Angeschuldigten **T h o m s e n**. Dieser bestreitet ebenfalls, aus Rassenhaß gegenüber polnischen Volkszugehörigen gehandelt zu haben. Er behauptet, während seiner Tätigkeit in Kattowitz zahlreiche polnische Intellektuelle kennen- und schützengelernet zu haben und im Laufe zahlreicher Diskussionen mit Polen einen Einblick in das polnische Kultur- und Geistesleben gewonnen zu haben, was ihn davon abhielt, sich die rassistischen Vorurteile der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber den Polen zu eigen zu machen. Darüber hinaus sei er sein ganzes Leben lang ein Gegner der Todesstrafe gewesen, da er niemanden - auch keinen Richter - für berechtigt halte, einen anderen Menschen zu töten. Er habe auch aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Exekutionen von Polen für gefährlich und sinnlos gehalten, weil s.E. einerseits ein gemeinsamer Kampf gegen das bolschewistische Rußland verhindert wurde und andererseits nur neue Feinde und Märtyrer geschaffen wurden.
- Bd. CI, Bl. 120
- Bd. CI, Bl. 124

Seine Mitwirkung an den ihm damals schon rechtswidrig und unmenschlich erscheinenden Exekutionen habe er nur deshalb nicht verweigert, weil er um sich und seine Familie bei einer etwaigen Befehlsverweigerung Angst gehabt habe.

Bd. CI, Bl. 130ff

Die Einlassung des Angeschuldigten **T h o m s e n**, er habe nicht mit eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt, ist nicht zu widerlegen.

Es spricht zwar auch gegen seine Einlassung die Tatsache, daß er in verhältnismäßig jungen Jahren - 1943 war er 32 Jahre alt - zum Leiter des Polenreferats bestimmt wurde und diese Stellung bis zum Kriegsende offenbar zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten einnahm. Es ist ihm jedoch nicht zu widerlegen, daß er diesen Posten nach dem Ausscheiden des Angeschuldigten Dr. Deumling nicht wegen einer Polenfeindschaft, sondern nur deshalb erhalten hat, weil er aufgrund seiner Tätigkeit als Stapoleiter in Graudenz als Spezialist für Polenfragen galt.

Die zu der Einstellung des Angeschuldigten
Thomson gegenüber den Polen vernommenen
Zeugen

Bd. XLVII, Bl. 136
Bd. XLVII, Bl. 160
Bd. LIV, Bl. 87/88
Bd. LIV, Bl. 92
Bd. LVIII, Bl. 114
Bd. LIX, Bl. 27
Bd. LIX, Bl. 95
Bd. LX, Bl. 22
Bd. LVIII, Bl. 96/97
Bd. LVI, Bl. 128
Bd. LXIII, Bl. 167
Bd. LXVI, Bl. 151
Bd. LXVIII, Bl. 104
Bd. LXXI, Bl. 230
Bd. CXI, Bl. 59

Otto Kisnat
Hans Rumpf
Carl Carstensen
Brunhilde Schreck
Felix Hedelhofer
Ingeborg Döring
Emanuel Schäfer
Ilse Staender
Hans Nelson
Lisbeth Schramm
Ernst Baumann
Erich Restemeier
Marie Karutz
Gerhard Eissenschmid und
Irene Erbe

haben den Angeschuldigten im Gegensatz zu dem Angeschuldigten Dr. Deumling als einen aufgeschlossenen, freundlichen und umgänglichen Mitarbeiter bzw. Vorgesetzten geschildert. Ein Teil der Zeugen (Kisnat, Rumpf, Staender) hat bekundet, er sei kein Scharfmacher und kein "wilder Mann" gewesen. Obwohl einige Zeugen (Nelson, Bau-

mann) angegeben haben, den Angeschuldigten für einen überzeugten Nationalsozialisten gehalten zu haben, waren die Zeugen im wesentlichen übereinstimmend der Auffassung, der Angeschuldigte T h o m s e n sei kein Polenfeind gewesen. Negative Äußerungen über Polen seitens des Angeschuldigten Thomsen sind angeblich keinem der vernommenen Zeugen erinnerlich.

Die Würdigung der vorgenannten Zeugenaussagen muß zu dem Ergebnis führen, daß der Angeschuldigte T h o m s e n als ein zwar umgänglicher und aufgeschlossener Vorgesetzter auftrat, seinen Mitarbeitern gegenüber jedoch ebensowenig wie der Angeschuldigte Dr. Deumling jemals seine wahre Einstellung gegenüber den Polen zum Ausdruck gebracht hat.

Bd. LXIV, Bl. 52ff o) Der Angeschuldigte W i n t z e r bestreitet ebenfalls, mit eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben. Er behauptet, aufgrund seiner Erziehung zum Gehorsam und zur Disziplin sei es ihm zur damaligen Zeit unmöglich gewesen, gegen gegebene Befehle zu opponieren, obwohl er auch schon damals der Überzeugung gewesen sei, daß Druck Gegendruck erzeuge und daß mit Exekutionsmaßnahmen das angestrebte Ziel der Befriedung nicht zu erreichen sei. Er habe jedoch trotz seiner damaligen dienstlichen Beurteilung vom Juli 1943, wonach er auf dem Gebiet der Sühnemaßnahme zuverlässig, sicher und schnell gearbeitet habe, niemals eine feindliche Einstellung dem polnischen Volk gegenüber gehabt.

Diese Einlassung des Angeschuldigten Wintzer kann ihm nicht widerlegt werden.

Bd. LVIII, Bl. 114
Bd. LX, Bl. 112/113
Bd. XV, Bl. 3

Es sprechen zwar - ähnlich wie bei den Mitangeschuldigten - für das Vorliegen eigener niedriger Beweggründe die mehrjährige Tätigkeit des Angeeschuldigten Wintzer im Referat IV D 2 sowie die Aussagen der Zeugen Felix Hedelhofer, Helmut Engel und Irene Erbe, die den Angeschuldigten für forsch, "fatzkenhaft" und oberflächlich sowie für hart und scharf hielten.

Der Zeuge H e d e l h o f e r hat auch bezüglich des Angeschuldigten W i n t z e r bekundet, er - der Zeuge - habe den Eindruck gehabt, daß dieser den Polen nicht gut gesonnen gewesen sei. Der Zeuge Hedelhofer vermochte jedoch ebensowenig wie bei den anderen beiden Mitangeschuldigten anzugeben, worauf er seinen Eindruck stütze.

Auch die Zeugin E r b e vermochte ihre Ansicht nicht durch konkrete Tatsachen zu belegen.

Bd. LIV, Bl. 93
Bd. LIX, Bl. 27

Die Zeuginnen Brunhilde S c h r e c k und Ingeborg D ö r i n g , beide ehemalige Schreibkräfte des Polenreferats, haben demgegenüber erklärt, der Angeschuldigte sei gesellig und aufgeschlossen gewesen und habe negative Äußerungen gegenüber den Polen nicht abgegeben.

Auch bezüglich des Angeschuldigten W i n t z e r hat sich daher aus den vorliegenden Zeugenaussagen kein genügender Anhaltspunkt für das Vorliegen eigener niedriger Beweggründe ergeben.

Auch mehrere von der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht durchgeführte Auswertungsreisen nach Polen, bei denen in verschiedenen polnischen Archiven die zur Verfügung gestellten Aktenbestände der ehemaligen deutschen Behörden in den besetzten polnischen Gebieten gesichtet wurden, haben keinen konkreten dokumentarischen Nachweis erbracht, daß die Angeschuldigten aus eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt haben.

Bd.LXXVII, Bl.97
Bd.II, Bl.107

Die Taten der Angeschuldigten sind bei dieser Sachlage nur noch mit Freiheitsstrafe zwischen 3 und 15 Jahren bedroht (§§ 211, 50 Abs. 2 n.F., §§ 44 Abs. 2, 14 Abs. 2 StGB).

Die ersten richterlichen Handlungen gegen die Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g , T h o m s e n und W i n t z e r erfolgten in dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) erst am 17. Februar 1965 und im Verfahren 1 Js 12/65(RSHA) am 7. Mai 1965, sie konnten daher die Verjährung nicht unterbrechen. Die Strafverfolgung wegen der den Angeschuldigten vorgeworfenen Taten ist daher verjährt.

Die Kosten des Verfahrens bitte ich der Landeskasse Berlin aufzuerlegen. Die den Angeschuldigten Dr. D e u m l i n g und T h o m s e n und W i n t z e r entstandenen notwendigen Auslagen bitte ich diesen gemäß § 467 Abs. 3 Nr. 2 StPO aufzuerlegen.

Zum Zeitpunkt der Eröffnung der Voruntersuchung bestand nach altem Recht das Verfahrenshindernis der Verjährung noch nicht. Das gegen die Angeschuldigten vorliegende Belastungsmaterial ist so erheblich, daß gegen sie auch ohne abschließende Klärung der Schuldfrage ein sehr starker Verdacht besteht, Beihilfe zum Mord geleistet zu haben. Das Verfahren gegen sie ist nicht unberechtigt eingeleitet worden. Es hat mit hoher Wahrscheinlichkeit nur deshalb nicht zu ihrer Verurteilung geführt, weil die Strafandrohung für Beihilfe zum Mord ohne eigene niedrige Beweggründe des Gehilfen nachträglich herabgesetzt worden ist.

Aus den vorgenannten Gründen bitte ich,
bezüglich der Angeeschuldigten Dr. D e u m -
l i n g und T h o m s e n gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2
des Gesetzes über die Entschädigung für Straf-
verfolgungsmaßnahmen auch von einer Entschädigung
für die erlittene Untersuchungshaft abzusehen.

von Beughem
Staatsanwalt

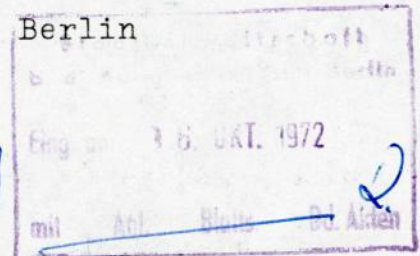
Werner JÄNZ

1 Berlin 19, den 14. Oktober 1972
Gothaallee 37 a
304 80 60

227

17. OKT. 1972

An die
Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin
1 B E R L I N 19
Amtsgerichtsplatz 1
Betr.: Staatspolizeistelle Zichenau.



Sehr geehrte Herren!

Der Tagespresse entnahm ich, dass von Ihnen zwei Herren nach Polen geschickt wurden, um Einsicht in die Akten der Staatspolizeistelle Zichenau zu nehmen.

Dabei könnte es durchaus möglich sein, dass Ihre Herren auch auf Berichte über mich Werner Jänz geb. 11.8.11 oder die Firma Erich JÄNZ OHG Wohnsitz Plock und Königsberg Pr stossen.

Ich habe grosse Schwierigkeiten bei der Durchsetzung meiner Ansprüche, insbesondere da der Bürgermeister und auch der Landrat von Plock (Schröttersburg) aus sicher begreiflichen Gründen sich an nichts mehr erinnern können.

Auch meine Ehefrau wurde von der Staatspolizei vernommen. Es ist Hildegard Jänz geb. Czerlitzki 30.9.20.

Ein Antrag von mir auf Freigabe der in Plock vorhandenen Unterlagen liegt seit dem 4. Juni 1972 beim Prezydium Rady Narodowej, Plock/Wista vor.

So mir Ihre Herren während der Ermittlungen in Polen helfen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

V.
Herrn E. H. P. Folypak m. R.

17.10.72
H.

Werner Jänz

V

CA. Schreien an (uns.)

Betr: [uns]

Berug: des Schreien am 14. Oktober 1972

Sehr geehrter Herr Jans!

Unser in Polen durchgeführtes Ermittlungsarbeits
haben nicht nur Auffindung von Unterlagen über
Sie, der Gattin oder die von Ihnen angegebene
Firma geführt, da uns lediglich Ihnen bezüglich
polnisches Staatsangehöriges zugänglich gemacht
wurden.

Ich bedaure, Ihnen keine günstigerer Nachricht
geben zu können. ~~und~~

Hochachtungsvoll

23. 10. 72

J.B.

2. z. d. B.

gef 24. OKT. 1972 ggras
zu 1) 15. Okt. 72

228

Herrn

Werner J ä n z

1 B e r l i n 19

Gothaallee 37a

Betrifft: Staatspolizeistelle ZichenauBezug: Ihr Schreiben vom 14. Oktober 1972

Sehr geehrter Herr Jänz!

Unsere in Polen durchgeführten Ermittlungsarbeiten haben nicht zur Auffindung von Unterlagen über Sie, Ihre Gattin, oder die von Ihnen angegebene Firma geführt, da uns lediglich Akten bezüglich polnischer Staatsangehöriger zugänglich gemacht wurden.

Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können.

Hochachtungsvoll
von Beughem
Staatsanwalt

1 Js 1/71 (RSA)

229

Vfg.

1. Berichten (1 Reinschrift und 3 Durchschriften)
unter Beifügung einer Abschrift des
Antrages vom 23. Oktober 1972

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes
wegen Mordes *an Polen*
hier: Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer

Ohne Auftrag: jedoch zu 4110 E - IV/A 67/63 Sdb. 1

Vorbericht vom 7. September 1972

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich einen Abdruck
meines Antrages vom 23. Oktober 1972
auf Außerverfolgungsetzung der Ange-
schuldigten Dr. Deumling, Thomsen und
Wintzer mit der Bitte um Kenntnisnahme.

2. Herrn Chef
über
Herrn Chefvertreter
sowie
Herrn Oberstaatsanwalt Pagel
und
Herrn
EStA Filipiak *in 31.10.72*

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts
zu Ziff. 1 und Entnahme einer Abschrift meines
Antrages vom 23. Oktober 1972 vorgelegt.

3. Nach Erledigung von Ziffer 1) und 2) zurück an
Gruppe 2, Sachgebiet RSHA.
4. Herrn OStA Selle (n. R.)
5. Je 1 Durchschrift des Berichts zu 1)
 - a) z. d. HA 1 AR 123/63 (RSHA)
 - b) zu 1 Js 1/71 (RSHA)
 - c) zu 1 Js 4/64 (RSHA)
6. Diese Vfg. zu d. HA 1 Js 1/71 (RSHA).

Berlin 21, den 31. Oktober 1972

geb. v. BEUGHEN

1 Js 1/71 (RSA)

231

Kanzlei	
Eingang am:	7. NOV. 1972
Gefertigt am:	7. 11. 72 Sch
Zi 1) 1 Bericht m. 3 D.	

Vfg.

ab in Aut. 7. NOV. 1972

- ✓
1. Berichten (1 Reinschrift und 3 Durchschriften)
unter Beifügung einer Abschrift des
Antrages vom 23. Oktober 1972

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes
wegen Mordes an Polen;
hier: Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer

Ohne Auftrag: jedoch zu 4110 E - IV/A 67/63 Sdb. 1 ✓

Vorbericht vom 7. September 1972

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich einen Abdruck
meines Antrages vom 23. Oktober 1972
auf Außerverfolgungsetzung der Ange-
schuldigten Dr. Deumling, Thomsen und
Wintzer mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Berlin, den 6. November 1972

2. Herrn Chef
über

Herrn Chefvertreter (entfällt)
sowie

Herrn Oberstaatsanwalt Pagel 6. NOV. 1972
und

Herrn

ESTa Filipiak

Fi. 31.10.72

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts
zu Ziff. 1 und Entnahme einer Abschrift meines
Antrages vom 23. Oktober 1972 vorgelegt.

Imn 6.11.72

3. Nach Erledigung von Ziffer 1) und 2) zurück an
Gruppe 2, Sachgebiet RSHA.
4. Herrn OStA Selle (n. R.)
5. Je 1 Durchschrift des Berichts zu 1)
 - a) z. d. HA 1 AR 123/63 (RSHA) *ankommen*
 - b) zu 1 Js 1/71 (RSHA)
 - c) zu 1 Js 4/64 (RSHA)
6. Diese Vfg. zu d. HA 1 Js 1/71 (RSHA).

Berlin 21, den 31. Oktober 1972

op. Bengel

Durchschrift

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 19. der 6. November 1972
Amtsgerichtsplatz 1
306 00 11/180

233

1 Js 1/71 (RSA)

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes
wegen Mordes an Polen;

hier: Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer

Ohne Auftrag: jedoch zu 4110 E - IV/A 67/63 Sdb. 1

Vorbericht vom 7. September 1972

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich einen Abdruck meines Antrages
vom 23. Oktober 1972 auf Außerverfolgungsetzung der Angeschul-
digten Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer mit der Bitte
um Kenntnisnahme.

G ü n t h e r

Abschrift

234

1 Js 1/71 (RSA)

U.m. einem Leitzordner

Herrn Vorsitzenden
der 8. großen Strafkammer

zu den dort befindlichen Akten übersandt.

Durch die anliegend übersandten neuen Dokumente ergibt sich m.E. keine andere Beurteilung der Sach- und Rechtslage. Ich halte die Einbeziehung neuer Einzelfälle in das Verfahren nicht für erforderlich und verbleibe bei meinem Antrag vom 23. Oktober 1972 (Bd. CXIV).

(v. Beugheim)
Staatsanwalt

Ma

HA von Bilfinger
235

Vfg.

1. Mit Wirkung vom 4. Dezember 1972 ist Herr EstA Filipiak aus der vormaligen Abteilung ⁵ ausgeschieden. Er ist jedoch Sondersachbearbeiter des Vorgangs 1 Js 12/65 (RSHA) betreffend Dr. Best geblieben.
2. Durch Verfügung vom 21. Dezember 1972 hat Herr Chef für die Sache 1 Js 13/65 (RSHA) nur noch betreffend Streckenbach Frau OstA'in B i l s t e i n und für den Vorgang 1 Js 1/64 (RSHA), der sich nur noch gegen Königshaus richtet, Herrn OstA Hauswald als Sondersachbearbeiter eingesetzt.
3. Unter Berücksichtigung der Zuständigkeitsverfügungen zu 1) und 2) ergibt sich für die in der vormaligen Abteilung ⁵ anhängigen bzw. anhängig gewesenen Vorgänge folgende Regelung:
 - a) der Unterzeichner ^{michell} ~~bearbeitet die Abwicklung aller~~ endgültig abgeschlossenen Verfahren sowie des Vorgangs ^{ab} 1 Js 18/65 (RSHA) betreffend Dr. Berndorff; darüber hinaus beantwortet er alle Personalanfragen und sonstigen Amtshilfeersuchen und ist für die Personalkarteien sowie das Dokumentenarchiv verantwortlich;
 - b) Herr StA S t i e f bearbeitet die Ermittlungsverfahren 1 Js 2/67 (RSHA) - Günther -, 1 Js 3/67 (RSHA) - Noßke -, 1 Js 4/67 (RSHA) - Bilfinger u.a. - und 1 Js 5/71 (RSHA) betreffend Hartmann; weiterhin wickelt er die nach § 205 StPO vorläufig eingestellten Verfahren 1 Js 5/66 (RSHA) betreffend österreichische Staatsangehörige, 1 Js 1/68 (RSHA) betreffend Heinrich Müller, 1 Js 1/69 (RSHA) betreffend die Kaufmann-Gruppe, den nach § 154 StPO vorläufig eingestellten Vorgang gegen Hunsche (1 Js 1/65 (RSHA)) sowie die Strafsachen 1 Js 3/69 (RSHA) = 1 Ks 1/70 (RSHA) betreffend Hartmann und 1 Js 1/65 (RSHA) = 1 Ks 1/71 (RSHA) betreffend Bosshammer ab;

c) Sondersachbearbeiter sind für folgende Vorgänge bestimmt:

1 Js 1/64 (RSHA)	betreffend Königshaus	OStA Hauswald
1 Js 4/64 (RSHA)	betreffend Baatz	ESTa Uwe Schmidt
1 Js 7/65 (RSHA)	betreffend Berndorff	ESTa N a g e l
1 Js 12/65 (RSHA)	betreffend Dr. Best	ESTa Filipiak
1 Js 1/71 (RSHA)	betreffend Deumling u.a.	
		StA von Beugheim

4. Weitere Verfügung besonders.

(Selle)

Oberstaatsanwalt

Ma

B e s c h l u ß

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Dr.Best u.a., hier nur noch

- g e g e n
1. den Prokuristen Dr.Joachim Karl Paul Nikolaus
D e u m l i n g ,
geboren am 25. Januar 1910 in Bungerhof/Oldenburg,
wohnhaft in Brackwede, Ostlandstraße 16,
 2. den Rechtsanwalt und Notar Harro Andreas Wilhelm
T h o m s e n ,
geboren am 3. März 1911 in Bohmstedt/Husum,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein, Königstraße 40,
 3. den Taxiunternehmer Rudolf Karl Heinrich
W i n t z e r ,
geboren am 30. September 1903 in Käselow,
wohnhaft in
 1. Klecken bei Buchholz in der Nordheide,
Hainbuchenweg 23,
 2. Hamburg 63, Mainweg 295,

werden die Angeschuldigten außer Verfolgung gesetzt.

Die Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der notwendigen Auslagen, die die Angeschuldigten selbst zu tragen haben, fallen der Landeskasse Berlin zur Last.

Den Angeschuldigten Dr.Deumling und Thomsen steht ein Anspruch auf Entschädigung aus der Staatskasse für die erlittene Untersuchungshaft vom 27.Juni 1967 bis 20.Dezember 1968 bzw. vom 27.Juni 1967 bis 30.September 1968 nicht zu.

G r ü n d e :

- A. 1) Die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht hat beantragt, die Angeschuldigten von folgender Anschuldigung außer Verfolgung zu setzen in Berlin und anderen Orten in der Zeit von Herbst 1939 bis Kriegsende durch mehrere selbständige Handlungen in einer unbestimmten Anzahl von Fällen den national-

sozialistischen Machthabern Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner, Müller und anderen zur Begehung von Verbrechen des Mordes (§ 211 StGB) aus niedrigen Beweggründen durch Rat und Tat wissentlich Hilfe dadurch geleistet zu haben, daß

- a) der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g
von Spätherbst 1939 - mit Unterbrechungen - bis
Mitte Mai 1943 teilweise gemeinschaftlich handelnd
mit dem Angeschuldigten Wintzer
- b) der Angeschuldigte T h o m s e n
von Mitte Mai 1943 bis Kriegsende
- c) der Angeschuldigte W i n t z e r
vom 15. April 1940 bis Anfang Oktober 1942
teilweise gemeinschaftlich mit dem Angeschuldigten
Dr. Deumling

als Leiter des "Polenreferats" (II O bzw. IV D 2/IV B 2 b)
bzw. als Sachbearbeiter im Sachgebiet IV D 2 b ("Gouvernements-
angelegenheiten") des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Erlasse
entworfen haben sollen, in denen angeordnet wurde, daß im
damaligen Reichsgebiet eingesetzte polnische Zivilarbeiter
bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder wegen anderer
Verstöße gegen die ihnen auferlegten Lebensführungsregeln,
sowie bei strafbaren Handlungen unter bestimmten Voraussetzungen
der sogenannten "Sonderbehandlung", also der Exekution, ohne
gerichtliche Verurteilung zugeführt werden sollten. In einer
unbestimmten Vielzahl von Fällen sollen sie die "Sonderbehand-
lung" polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer
Kriegsgefangener wegen Verstoßes gegen die ihnen auferlegten

Lebensführungsregeln dadurch gefördert haben, daß sie diese Maßnahmen befürworteten. Auch bei der Durchführung sogenannter "Sühnemaßnahmen" gegenüber polnischen Volkszugehörigen in den ehemals besetzten polnischen Gebieten sollen sie die "Sonderbehandlungen" vorgeschlagen bzw. befürwortet oder genehmigt haben.

Auf diese Weise sollen

der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g

bei der Exekution von mindestens 3973 Menschen und der versuchten Ermordung von 35.000 Menschen,

der Angeschuldigte T h o m s e n

bei der Exekution von mindestens 4227 Menschen

und der Angeschuldigte W i n t z e r

bei der Exekution von mindestens 886 Menschen

die auf Grund dieses Erlasses und ihrer damit zusammenhängenden Tätigkeit Beihilfe geleistet haben.

Hierbei sollen die Angeschuldigten gewußt haben, daß die "Sonderbehandlungen" und die Durchführungen der "Sühnemaßnahmen" ohne Rechtsgrundlage erfolgten und die Haupttäter die Exekutionen anordneten, weil sie die Polen als "rassisch minderwertige Untermenschen" ansahen, denen alle rechtlichen Sicherheiten versagt werden sollten,

Verbrechen strafbar nach

§§ 211 alter und neuer Fassung,
43, 49, 50 Abs. II (n.F.), 74 StGB,

§ 4 der VO gegen Gewaltverbrecher vom
5. Dezember 1939 (RGBl I S. 2378),

und zwar der Angeschuldigte

W i n t z e r

bezüglich des Falles 10

des Beschlusses über die Eröffnung der gerichtlichen
Voruntersuchung vom 14. Februar 1969 mangels begründetem
Tatverdachts, im übrigen
die Angeschuldigten

Dr. D e u m l i n g

T h o m s e n und

W i n t z e r

wegen eingetretener Strafverfolgungsverjährung.

Sie hat weiterhin beantragt, die den Angeschuldigten ent-
standenen notwendigen Auslagen diesen aufzuerlegen und von
einer Entschädigung der Angeschuldigten Dr. Deumling und
Thomsen für die erlittene Untersuchungshaft abzusehen. Dr.
Deumling hat sich in der Zeit vom 27. Juni 1967 bis 20. Dezember
1968, Thomsen in der Zeit vom 27. Juni 1967 bis 30. September
1968 in Untersuchungshaft in dieser Sache befunden.

3) dem Antrag war stattzugeben...

2) Gegenstand der von dem Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht erfaßten Vorwürfe sind sämtliche Vorwürfe,
die ursprünglich in den Verfahren 1 Js 4.64 (RSHA) und
1 Js 12.65 (RSHA) behandelt worden sind und später das
Aktenzeichen 1 Js 1/71 (RSHA) erhalten haben, mit dem dann
das Verfahren 1 Js 2/72 (RSHA) verbunden worden ist.

Das Verfahren ist schließlich durch die Beschlüsse des
Untersuchungsrichters II vom 4. Mai 1971 und 19. Juli 1971
gegen den Angeschuldigten

Deumling auf weitere 14 Fälle, gegen den Angeschuldigten
Thomsen auf weitere 46 Fälle der Exekution polnischer

Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener bzw. der Exekution polnischer Volkszugehöriger in Polen, insbesondere im KL Groß-Rosen, ausgedehnt worden.

B. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen steht folgendes fest:

1) Der Angeschuldigte Dr. Deumling war vom 6. Oktober 1939 bis Ende Januar 1940 und von Juli 1940 bis Mai 1943 Leiter des Polenreferats im RSHA. Der Angeschuldigte Thomsen hatte diese Position von Mai 1943 bis Ende April 1945 inne.

Der Angeschuldigte Wintzer war innerhalb dieses Referats vom 15. April 1940 bis Anfang Oktober 1942 Leiter des Sachgebiets "Gouvernementsangelegenheiten".

2) Aufgabe dieses ursprünglich mit II O, später mit IV D 2 bezeichneten Referats war in erster Linie, die zur Durchsetzung der von Hitler angeordneten "Volkstumspolitik" erforderlichen sicherheitspolizeilichen Maßnahmen zu vereinheitlichen und zu überwachen. Zu ihnen gehörten unter anderem die "Sonderbehandlung" polnischer Zivilarbeiter bei Verstößen gegen die ihnen auferlegten Beschränkungen in ihrer Lebensführung sowie die Androhung der Todesstrafe für die Aufnahme sexueller Beziehungen zu Deutschen. Diese Anordnungen wurden später auch auf das "fremdvölkische" Volkstum aus den besetzten Ostgebieten ausgedehnt. Hierzu dienten die in dem Referat seit seinem Bestehen ausgearbeiteten Erlasse und deren Ergänzungen.

3) Im Rahmen dieser Zielsetzung waren die Angeschuldigten u.a. an der Ausarbeitung folgender Erlasse oder an ihrer Durchführung

bzw. Anwendung beteiligt:

a) der Angeschuldigte Dr. Deumling:

Erlaß vom 4. November 1941 - S IV D 2 c 4883/40g - 196 -,
dessen Ergänzung vom 12. Dezember 1941 - IV D 2 c 1474/41gRs -,
Erlaß vom 29. Juni 1942 - S IV D 2 c 235/42g - 40 -,
Erlaß vom 18. Juli 1942 - IV D 2 240/42gRs - 4 -,
Erlaß vom 17. November 1942 - IV D 2 552/42g - 104 -,
Erlaß vom 6. Januar 1943 - S IV D 2 - 450/429 - 81 -.

Er räumt seine Mitwirkung im wesentlichen ein.

b) der Angeschuldigte Thomsen:

Erlaß vom 10. September 1943 - S IV D 2 C - 2071/43,
Erlaß vom 10. Februar 1944 - S IV 2 c 235/44g - 11 -,
Erlaß vom 31. Juli 1944 - S IV B 2 b - 1588/44g - 327-III-,
Erlaß vom 1. November 1944 - S IV B 2 b - 1134/44gRs -.

Sie dienten im wesentlichen der Zusammenfassung und
Vereinheitlichung der bisherigen Bestimmungen und
eine Angleichung an die jeweiligen Verhältnisse.

Der Angeschuldigte räumt seine Beteiligung hieran im
wesentlichen ein.

c) der Angeschuldigte Wintzer:

Bearbeitung der im Sachgebiet IV 2 b anfallenden
Einzelfälle unter Anwendung der Erlasse.

4) Aufgrund dieser und der ihnen zugrundeliegenden Erlasse
sind die unter A 1) aufgeführten Tötungen erfolgt.

Die Bearbeitung der ihnen zugrundeliegenden Vorgänge
und die Entscheidungsvorschläge sind in dem von den
Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen geleiteten
Referate erfolgt.

C) 1) Die Tötungen der der "Sonderbehandlung" zugeführten Opfer erfüllt den Tatbestand des § 211 StGB alter und neuer Fassung. Die Sonderbehandlung war Ausdruck der Einstellung der damaligen Machthaber gegenüber der Bevölkerung Osteuropas, die sie als "slawisches Untermenschentum" bzw. als "rassisch minderwertige Untermenschen" im Vergleich zur sogenannten "germanischen (Herren-) rasse" ansahen. Sie diene der Durchsetzung ihrer gewaltsamen, von dieser Vorstellung beherrschenden Politik gegenüber diesen Völkern, deren der "Sonderbehandlung" zum Opfer gefallenen Mitgliedern darüber hinaus gehenden Rechtsüberzeugung aller zivilisierten Völker entsprechende Rechtsschutz versagt blieb. Daß diese Machthaber mit Überlegung bzw. auf Grund ihrer Motive aus niedrigen Beweggründen gehandelt haben, bedarf keiner weiteren Begründung.

2) Zu diesen den Tatbestand des § 211 StGB erfüllenden Tötungen haben die Angeschuldigten objektiv Beihilfe geleistet. Sie haben durch ihre Tätigkeit im Referat die durch die damaligen Machthaber begangenen Handlungen gefördert und erleichtert. Dies ergibt sich aus der festgestellten Art ihrer Mitwirkung am Tun der Haupttäter. Sie haben auch rechtswidrig gehandelt, denn die von ihnen geförderten Haupttaten entbehren jeder Rechtsgrundlage. Dies beweist neben der Art der pönalisierten Handlungen schon das trotz der angedrohten Folgen angewandte Verfahren. Soweit die

Tötungen als "Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen" deklariert waren, wären sie nicht durch das Völkerrecht gedeckt.

- 3) Es besteht auch der hinreichende Tatverdacht, daß die Angeschuldigten vorsätzlich, d.h. wissentlich und willentlich Beihilfe geleistet haben. Das von ihnen durch ihre Tätigkeit unterstützte Verfahren der damaligen Machthaber zur Knechtung und Dezimierung der slawischen Bevölkerung Osteuropas verstieß so offensichtlich gegen das auch damals in Deutschland geltende Recht und war in seiner Motivation so eindeutig zu erkennen, daß sie dies ebenfalls erkannt haben müssen.
- 4) Trotzdem können die Angeschuldigten heute nicht mehr verfolgt werden, weil ihnen nicht mit einer für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden kann, daß sie aus eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt haben. Wegen Beihilfe zum Mord, wie sie hier in Rede steht, kann heute nur noch derjenige Gehilfe verfolgt werden, der sich die niedrigen Beweggründe der Haupttäter zu eigen gemacht hat. Für Beihilfe zum Mord, der zwar aus niedrigen Beweggründen begangen worden ist, bei der der Gehilfe selbst diese Beweggründe nicht zu seinen eigenen gemacht hat, ist seit dem Jahre 1960 Strafverfolgungsverjährung eingetreten. Dies folgt aus der Erwägung, daß das Mordmerkmal der niedrigen Beweggründe "täterbezogen" ist und daher zu den persönlichen Merkmalen des § 50 Abs. 2 StGB in der gem. Art. 167 EGOWiG vom 24. Mai 1968 (BGBl. I, S. 503) am 1. Oktober 1968 in Kraft getretenen Fassung gehört, so daß nach dieser Vorschrift nur

derjenige Teilnehmer, bei dem solche persönlichen Merkmale vorhanden sind, wegen Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt werden kann. Für eine Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen betrug, wenn keine weiteren Mordmerkmale vorlagen, die Frist für die Verjährung der Strafverfolgung nach § 67 Abs. 1 StGB in der Fassung, die bis zu dem am 6. August 1969 in Kraft getretenen 9. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. August 1969 (BGBl. I, 1063) galt, in Verbindung mit § 50 Abs. 2 StGB n.F., 15 Jahre.

Solche eigenen niedrigen Beweggründe sind jedoch nach dem Ergebnis der Ermittlungen den Angeschuldigten nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachzuweisen.

a) Der Angeschuldigte Dr. Deumling hat bestritten, aus Rassenhaß oder anderen niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben. Er hat sich dahin eingelassen, daß er im Rahmen seiner Tätigkeit bemüht gewesen sei, die Folgen aus Verstößen gegen die von den damaligen Machthabern getroffenen Maßnahmen zur Unterdrückung der osteuropäischen Völker herabzumindern, zumal er selbst keine Vorbehalte gegen diese Menschengruppen gehabt habe. Er habe jedoch aus damaliger Sicht keine Möglichkeit gesehen, sich ohne eigene Gefährdung den ihm übertragenen Aufgaben zu entziehen. Diese Einlassung ist ihm nicht mit der erforderlichen Sicherheit zu widerlegen.

b) Der Angeschuldigte Thomsen hat gleichfalls bestritten, aus Rassenhaß oder aus anderen niedrigen Beweggründen gehandelt

zu haben. Er hat sich im ähnlichen Sinne wie der Angeschuldigte Deumling eingelassen.

Diese Einlassung ist auch ihm nicht mit der erforderlichen Sicherheit zu widerlegen.

c) Das gleiche gilt für den Angeschuldigten Wintzer, gegen den sich im übrigen im Fall 10 des Beschlusses vom 14. Februar 1969 kein hinreichender Tatverdacht ergeben hat.

5) Die Taten der Angeschuldigten sind bei dieser Sachlage nur noch mit Freiheitsstrafe zwischen 3 und 15 Jahren bedroht (§§ 211, 50 Abs. 2 n.F., §§ 44 Abs. 2, 14 Abs. 2 StGB).

Die ersten richterlichen Handlungen gegen die Angeschuldigten Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer erfolgten in dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) erst am 17. Februar 1965 und im Verfahren 1 Js 12/65 (RSHA) am 7. Mai 1965, sie konnten die Verjährung nicht mehr unterbrechen. Die Strafverfolgung wegen der den Angeschuldigten vorgeworfenen Taten ist daher verjährt.

6) Demzufolge waren die Angeschuldigten entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft aus Rechtsgründen außer Verfolgung zu setzen.

D. 1) Die Kostenentscheidung beruht auf § 467 Abs. 1, 3 Nr. 2 StPO. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist davon auszugehen, daß die Angeschuldigten im Hauptverfahren der gegen sie erhobenen Anschuldigungen überführt worden wären. Ihre Verurteilung ist nur deshalb unterblieben, weil die Strafverfolgung, wie dargelegt, verjährt ist und damit ein Verfahrenshindernis vorliegt. Die Strafkammer hat daher davon abgesehen,

die notwendigen Auslagen der Angeschuldigten der Landeskasse aufzuerlegen.

- 2) Die gleichen Gründe waren für die Versagung einer Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft maßgebend (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 StrEG).

Gegen diesen Beschluß ist das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zulässig, - soweit die Überbürdung der notwendigen Auslagen auf die Landeskasse Berlin nicht erfolgt und eine Haftentschädigung versagt worden ist - , die binnen einer Frist von einer Woche bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen ist. Die Einlegung bei dem Beschwerdegericht, dem Kammergericht in Berlin 19, Witzlebenstraße 4-5, genügt zur Wahrung der Frist.

Berlin 21, den 15. Februar 1973
Landgericht, 8. Strafkammer

Halbedel

Paetzelt

Sommerfeldt

Ausgefertigt



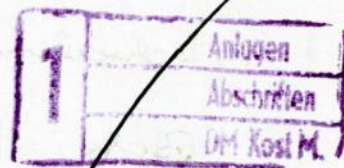
(Kaden) Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

**Staatsanwaltschaft
bei dem
Schleswig-Holsteinischen
Oberlandesgericht**

Gesch.-Nr. EV 42/67

Es wird gebeten, bei allen Eingaben
die vorstehende Geschäfts-Nr. anzugeben

238 Schleswig, den 9. April 1973
Gottorfstraße 2
Fernsprecher: Schleswig 32011 (04621) 61



An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betrifft: [Gerichtliche Voruntersuchung gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes an Polen

hier: Rechtsanwalt und Notar Harro Thomsen
in Barmstedt/Holstein]

Bezug: Ihr Schreiben vom 5. April 1973
- 1 Js 1/71 (RSHA) -

Ich bitte um Übersendung von 5 Exemplaren des Beschlusses
vom 15. Februar 1973.

V

1. 5 Abschriften des beiliegenden
Beschlusses fertigen lassen

Dr. Ernesti
Oberstaatsanwalt

2. Nach Beledig. von 1. mit w.v.

11. APR. 1973
v.B.

Kanzlei erhalten

12. APR. 1973

an 1/5 Bp. Fotokop.

gef. 12./13. 4.73 Jens



Beglaubigt
Meisner
Sitzungsprotokoll

1 35171 (RSMW)

V

✓ 1. Schreiben an < unrs. >

Betr.: [] unrs.

Bemg: zur Schreiben vom 9. April 1973
- EV 42/67 -

als Anlagen überwies ich 5 Abschriften
des Beschlusses des Landgerichts Berlin vom
15. Februar 1973

16. APR. 1973

2. 2. d. H.A.

v. B.

gef. 17.4.73 lue

an 1/1 Selis.

zu 1/1 Schm. + Hol.
ab

3. MAI 1973

Ne

Kanzlei erhalten

17. APR. 1973

135 1/74 (RSHN)

248

V

✓ 1. Seite 10 Ablichtungen des anliegenden
Beschlusses

2. Wv. nach Beledigung von 1.

Kausler urh.
22. MAI 1973

22 MAI 1973

r.B.

V

- ✓ 1. schreiben an - mit jeweils 3 Durchschriften -
 und Befügung von je einer Bescheußabildung
- a) Justizminister des Landes Schleswig-
 Holstein
 23 Zill
 Lorenzendam 35
- b) Präsidenten der
 Schleswig - Holsteinischen Notarkammer
 238 Schleswig 1
 Gottorfstr. 2
- c) Vorstand der Schleswig - Holsteinischen
 Rechtsanwaltskammer
 238 Schleswig 1
 Gottorfstr. 2
- d) Landgerichtspräsidenten
 221 Itzehoe 1
 Breitenburger Str. 68

Betrifft: Voruntersuchung gegen Angehörige
 des ehemaligen Reichssicherheits
 Hauptamtes wegen Mordes
hier
 gegen Rechtsanwalt und Notar
 Harro Thomsen geb. am 3.
 November 1911
 wohnhaft in Barmstedt / Holstein

Besug:

a) Ihr Schreiben vom 30. Dezember 1966
- VIII / 21 / VI 831
sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 Mistra

b)+d) Mein Schreiben vom 30. Juli 1971
+d) sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 Mistra

~~opmstrass~~ Nr

Als Anlage übersende ich eine
Ablichtung des Beschlusses der 8. großen
Strafkammer des Landgerichts Berlin
vom 15. Februar 1973, durch den der
Ingeschuldigte Thomsen außer Ver-
folgung gesetzt wurde.

2. Je eine Durchschrift des Schreibens zu 1.

a) HA 135 1171 (RSHA)

b) HA 1 AR 123/63

3. W.v. nach Erledigung von 1.

ggf. 14. 6. 73/Pur
zu 1) 4 Schreib.

12. JUNI 1973

v.B.

250

1 Js 1/71 (RSA)

An den
Justizminister des
Landes Schleswig/Holstein

23 K i e l
Lorentzendam 35

Betrifft: Voruntersuchung gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

hier: gegen Rechtsanwalt und Notar Harro T h o m s e n,
geboren am 3. November 1911,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein

Bezug: Ihr Schreiben vom 30. Dezember 1966
- VIII/21/VI 831 -
sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 MiStra

Als Anlage überreiche ich eine Ablichtung des Beschlusses
der 8. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin vom
15. Februar 1973, durch den der Angeschuldigte Thomsen
außer Verfolgung gesetzt wurde.

von Beughem
Staatsanwalt

251

1 Js 1/71/RSHA)

An den
Präsidenten der
Schleswig-Holsteinischen
Notarkammer

238 S c h l e s w i g 1
Cottoristraße 2

Betrifft: Voruntersuchung gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

hier: gegen Rechtsanwalt und Notar Harro T h o m s e n,
geboren am 3. November 1911,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein

Bezug: Mein Schreiben vom 30. Juli 1971
sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 MiStra

Als Anlage überreiche ich eine Ablichtung des Beschlusses
der B. großen Strafkammer des Landgerichtss Berlin vom
15. Februar 1973, durch den der Angeschuldigte Thomsen
außer Verfolgung gesetzt wurde.

v. Beughem
Staatsanwalt

Ru.

1 Js 1/71 (RSHA)

An den
Vorstand der Schleswig-
Holsteinischen Rechtsanwaltskammer

238 S c h l e s w i g 1
Gottorfstraße 2

Betrifft: Voruntersuchung gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes
hier: gegen Rechtsanwalt und Notar Harro T h o m s e n,
geboren am 3. November 1911,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein

Bezug: Mein Schreiben vom 30. Juli 1971
sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 MiStra

Als Anlage überreiche ich eine Ablichtung des Beschlusses
der 8. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin vom
15. Februar 1973, durch den der Angeschuldigte Thomsen
außer Verfolgung gesetzt wurde.

v. Beugheim
Staatsanwalt

Ru.

253

1 Js 1/71 (RSHA)

An den
Landgerichtspräsidenten

221 I t z e h o e 1
Breitenberger Straße 68

Betrifft: Voruntersuchung gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptmates wegen Mordes
hier: gegen Rechtsanwalt und Notar Harro T h o m s e n,
geboren am 3. November 1911,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein

Bezug: Mein Schreiben vom 30. Juli 1971
sowie Nr. 23, 15 Abs. 2 MiStra

Als Anlage überreiche ich eine Ablichtung des Beschlusses
der 8. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin vom
15. Februar 1973, durch den der Angeschuldigte Thomsen
außer Verfolgung gesetzt wurde.

v. Beughem
Staatsanwalt

Ru.

Vf. zu 4) und 5) nicht anführen
22. JUNI 1973
254

- ✓ 1. zu berichten - 1 Reinschrift, 3 Durchschriften -
unter Beifügung einer Abschrift des Beschlusses
vom 15. Februar 1973

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshaupt-
amtes wegen Mordes an Polen
hier: Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer

Ohne Auftrag: jedoch zu 4110 E - IVA 67.63 Sub 1, ✓

Vorbericht vom 6. November 1972 ✓

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich einen Abdruck
des Beschlusses der 8. Strafkammer des
Landgerichts Berlin vom 15. Februar 1973
~~über die Anfechtungssatzung~~ ^{mit} die
Angeschuldigten Dr. Deumling, Thomsen
und Wintzer ~~mit der Bitte um Kenntnis-~~
~~nahme~~ antragsgemäß ^{antrag} ~~Ausser~~+Verfolgung
gesetzt worden sind.

2. ~~Herrn Chef~~

~~über~~

Herrn Chefvertreter

~~über~~
~~Sowas~~

Herrn Oberstaatsanwalt Pagel

und

Herrn Oberstaatsanwalt Selle

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu Ziffer 1

14
6.73

13. JUNI 1973

7. JUNI 1973

und Entnahme einer Ablichtung des Beschlusses
vom 15. Februar 1973

3. Nach Erledigung von Ziffer 1 + 2 zurück an Gruppe 2,
Sachgebiet RSHA

4. Je 1 Durchschrift des Berichts zu 1.

a) z.d. HA 1 AR 123/63 (RSHA)

b) zu 1 Js 1/71 (RSHA)

~~zu 1 Js 1/64 (RSHA)~~

entnommen d. 22. JUNI 1973

5. Diese Verfügung z.d. HA 1 Js 1/71 (RSHA)



Berlin 21, den 4. Juni 1973

V. B.

ab m. Aut.
18. JUNI 1973

1 Js 1/71 RSHA

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes an
Polen

hier: Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer

Ohne Auftrag: jedoch zu 4110 E - IV/A 67.63 Sdh 1

Vorbericht vom 6. November 1972

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich einen Abdruck des Beschlusses
der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 15. Februar
1973, mit dem die Angeschuldigten Dr. Deumling, Thomsen
und Wintzer antragsgemäß außer Verfolgung gesetzt
worden sind.

S c h ü n k e
Erster Oberstaatsanwalt

B e s c h l u ß

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Dr.Best u.a., hier nur noch

- g e g e n
1. den Prokuristen Dr.Joachim Karl Paul Nikolaus
D e u m l i n g ,
geboren am 25. Januar 1910 in Bungerhof/Oldenburg,
wohnhaft in Brackwede, Ostlandstraße 16,
 2. den Rechtsanwalt und Notar Harro Andreas Wilhelm
T h o m s e n ,
geboren am 3.März 1911 in Bohmstedt/Husum,
wohnhaft in Barmstedt/Holstein, Königstraße 40,
 3. den Taxiunternehmer Rudolf Karl Heinrich
W i n t z e r ,
geboren am 30. September 1903 in Käselow,
wohnhaft in
 1. Klecken bei Buchholz in der Nordheide,
Hainbuchenweg 23,
 2. Hamburg 63, Mainweg 295,

werden die Angeschuldigten außer Verfolgung gesetzt.

Die Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der notwendigen Auslagen, die die Angeschuldigten selbst zu tragen haben, fallen der Landeskasse Berlin zur Last.

Den Angeschuldigten Dr.Deumling und Thomsen steht ein Anspruch auf Entschädigung aus der Staatskasse für die erlittene Untersuchungshaft vom 27.Juni 1967 bis 20.Dezember 1968 bzw. vom 27.Juni 1967 bis 30.September 1968 nicht zu.

G r ü n d e :

- A. 1) Die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht hat beantragt, die Angeschuldigten von folgender Anschuldigung außer Verfolgung zu setzen
in Berlin und anderen Orten in der Zeit von Herbst 1939 bis Kriegsende durch mehrere selbständige Handlungen in einer unbestimmten Anzahl von Fällen den national-

sozialistischen Machthabern Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner, Müller und anderen zur Begehung von Verbrechen des Mordes (§ 211 StGB) aus niedrigen Beweggründen durch Rat und Tat wissentlich Hilfe dadurch geleistet zu haben, daß

- a) der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g
von Spätherbst 1939 - mit Unterbrechungen - bis
Mitte Mai 1943 teilweise gemeinschaftlich handelnd
mit dem Angeschuldigten Wintzer
- b) der Angeschuldigte T h o m s e n
von Mitte Mai 1943 bis Kriegsende
- c) der Angeschuldigte W i n t z e r
vom 15. April 1940 bis Anfang Oktober 1942
teilweise gemeinschaftlich mit dem Angeschuldigten
Dr. Deumling

als Leiter des "Polenreferats" (II O bzw. IV D 2/IV B 2 b)
bzw. als Sachbearbeiter im Sachgebiet IV D 2 b ("Gouvernements-
angelegenheiten") des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Erlasse
entworfen haben sollen, in denen angeordnet wurde, daß im
damaligen Reichsgebiet eingesetzte polnische Zivilarbeiter
bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder wegen anderer
Verstöße gegen die ihnen auferlegten Lebensführungsregeln,
sowie bei strafbaren Handlungen unter bestimmten Voraussetzungen
der sogenannten "Sonderbehandlung", also der Exekution, ohne
gerichtliche Verurteilung zugeführt werden sollten. In einer
unbestimmten Vielzahl von Fällen sollen sie die "Sonderbehand-
lung" polnischer Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer
Kriegsgefangener wegen Verstoßes gegen die ihnen auferlegten

Lebensführungsregeln dadurch gefördert haben, daß sie diese Maßnahmen befürworteten. Auch bei der Durchführung sogenannter "Sühnemaßnahmen" gegenüber polnischen Volkszugehörigen in den ehemals besetzten polnischen Gebieten sollen sie die "Sonderbehandlungen" vorgeschlagen bzw. befürwortet oder genehmigt haben.

Auf diese Weise sollen

der Angeschuldigte Dr. D e u m l i n g

bei der Exekution von mindestens 3973 Menschen und der versuchten Ermordung von 35.000 Menschen,

der Angeschuldigte T h o m s e n

bei der Exekution von mindestens 4227 Menschen

und der Angeschuldigte W i n t z e r

bei der Exekution von mindestens 886 Menschen

die auf Grund dieses Erlasses und ihrer damit zusammenhängenden Tätigkeit Beihilfe geleistet haben.

Hierbei sollen die Angeschuldigten gewußt haben, daß die "Sonderbehandlungen" und die Durchführungen der "Sühnemaßnahmen" ohne Rechtsgrundlage erfolgten und die Haupttäter die Exekutionen anordneten, weil sie die Polen als "rassisch minderwertige Untermenschen" ansahen, denen alle rechtlichen Sicherheiten versagt werden sollten,

Verbrechen strafbar nach

§§ 211 alter und neuer Fassung,
43, 49, 50 Abs. II (n.F.), 74 StGB,

§ 4 der VO gegen Gewaltverbrecher vom
5. Dezember 1939 (RGBl I S. 2378),

und zwar der Angeschuldigte

W i n t z e r

bezüglich des Falles 10

des Beschlusses über die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung vom 14. Februar 1969 mangels begründetem Tatverdachts, im übrigen die Angeschuldigten

Dr. D e u m l i n g

T h o m s e n und

W i n t z e r

wegen eingetretener Strafverfolgungsverjährung.

Sie hat weiterhin beantragt, die den Angeschuldigten entstandenen notwendigen Auslagen diesen aufzuerlegen und von einer Entschädigung der Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen für die erlittene Untersuchungshaft abzusehen. Dr. Deumling hat sich in der Zeit vom 27. Juni 1967 bis 20. Dezember 1968, Thomsen in der Zeit vom 27. Juni 1967 bis 30. September 1968, in Untersuchungshaft in dieser Sache befunden.

- 3) dem Antrag war stattzugeben.
- 2) Gegenstand der von dem Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht erfaßten Vorwürfe sind sämtliche Vorwürfe, die ursprünglich in den Verfahren 1 Js 4.64 (RSHA) und 1 Js 12.65 (RSHA) behandelt worden sind und später das Aktenzeichen 1 Js 1/71 (RSHA) erhalten haben, mit dem dann das Verfahren 1 Js 2/72 (RSHA) verbunden worden ist. Das Verfahren ist schließlich durch die Beschlüsse des Untersuchungsrichters II vom 4. Mai 1971 und 19. Juli 1971 gegen den Angeschuldigten Deumling auf weitere 14 Fälle, gegen den Angeschuldigten Thomsen auf weitere 46 Fälle der Exekution polnischer

Zivilarbeiter und ehemaliger polnischer Kriegsgefangener bzw. der Exekution polnischer Volkszugehöriger in Polen, insbesondere im KL Groß-Rosen, ausgedehnt worden.

B. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen steht folgendes fest:

- 1) Der Angeschuldigte Dr. Deumling war vom 6. Oktober 1939 bis Ende Januar 1940 und von Juli 1940 bis Mai 1943 Leiter des Polenreferats im RSHA. Der Angeschuldigte Thomsen hatte diese Position von Mai 1943 bis Ende April 1945 inne.

Der Angeschuldigte Wintzer war innerhalb dieses Referats vom 15. April 1940 bis Anfang Oktober 1942 Leiter des Sachgebiets "Gouvernementsangelegenheiten".

- 2) Aufgabe dieses ursprünglich mit II O, später mit IV D 2 bezeichneten Referats war in erster Linie, die zur Durchsetzung der von Hitler angeordneten "Volkstumspolitik" erforderlichen sicherheitspolizeilichen Maßnahmen zu vereinheitlichen und zu überwachen. Zu ihnen gehörten unter anderem die "Sonderbehandlung" polnischer Zivilarbeiter bei Verstößen gegen die ihnen auferlegten Beschränkungen in ihrer Lebensführung sowie die Androhung der Todesstrafe für die Aufnahme sexueller Beziehungen zu Deutschen. Diese Anordnungen wurden später auch auf das "fremdvölkische" Volkstum aus den besetzten Ostgebieten ausgedehnt. Hierzu dienten die in dem Referat seit seinem Bestehen ausgearbeiteten Erlasse und deren Ergänzungen.

- 3) Im Rahmen dieser Zielsetzung waren die Angeschuldigten u.a. an der Ausarbeitung folgender Erlasse oder an ihrer Durchführung

bzw. Anwendung beteiligt:

a) der Angeschuldigte Dr. Deumling:

Erlaß vom 4. November 1941 - S IV D 2 c 4883/40g - 196 -,
dessen Ergänzung vom 12. Dezember 1941 - IV D 2 c 1474/41gRs -,
Erlaß vom 29. Juni 1942 - S IV D 2 c 235/42g - 40 -,
Erlaß vom 18. Juli 1942 - IV D 2 240/42gRs - 4 -,
Erlaß vom 17. November 1942 - IV D 2 552/42g - 104 -,
Erlaß vom 6. Januar 1943 - S IV D 2 - 450/429 - 81 -.

Er räumt seine Mitwirkung im wesentlichen ein.

b) der Angeschuldigte Thomsen:

Erlaß vom 10. September 1943 - S IV D 2 C - 2071/43,
Erlaß vom 10. Februar 1944 - S IV 2 c 235/44g - 11 -,
Erlaß vom 31. Juli 1944 - S IV B 2 b - 1588/44g - 327-III-,
Erlaß vom 1. November 1944 - S IV B 2 b - 1134/44gRs -.

Sie dienten im wesentlichen der Zusammenfassung und
Vereinheitlichung der bisherigen Bestimmungen und
eine Angleichung an die jeweiligen Verhältnisse.

Der Angeschuldigte räumt seine Beteiligung hieran im
wesentlichen ein.

c) der Angeschuldigte Wintzer:

Bearbeitung der im Sachgebiet IV 2 b anfallenden
Einzelfälle unter Anwendung der Erlasse.

- 4) Aufgrund dieser und der ihnen zugrundeliegenden Erlasse
sind die unter A 1) aufgeführten Tötungen erfolgt.
Die Bearbeitung der ihnen zugrundeliegenden Vorgänge
und die Entscheidungsvorschläge sind in dem von den
Angeschuldigten Dr. Deumling und Thomsen geleiteten
Referate erfolgt.

c) 1) Die Tötungen der der "Sonderbehandlung" zugeführten Opfer erfüllt den Tatbestand des § 211 StGB alter und neuer Fassung. Die Sonderbehandlung war Ausdruck der Einstellung der damaligen Machthaber gegenüber der Bevölkerung Osteuropas, die sie als "slawisches Untermenschentum" bzw. als "rassisch minderwertige Untermenschen" im Vergleich zur sogenannten "germanischen (Herren-) rasse" ansahen. Sie diente der Durchsetzung ihrer gewaltsamen, von dieser Vorstellung beherrschenden Politik gegenüber diesen Völkern, deren der "Sonderbehandlung" zum Opfer gefallenen Mitgliedern darüber hinaus gehenden Rechtsüberzeugung aller zivilisierten Völker entsprechende Rechtsschutz versagt blieb. Daß diese Machthaber mit Überlegung bzw. auf Grund ihrer Motive aus niedrigen Beweggründen gehandelt haben, bedarf keiner weiteren Begründung.

2) Zu diesen den Tatbestand des § 211 StGB erfüllenden Tötungen haben die Angeeschuldigten objektiv Beihilfe geleistet. Sie haben durch ihre Tätigkeit im Referat die durch die damaligen Machthaber begangenen Handlungen gefördert und erleichtert. Dies ergibt sich aus der festgestellten Art ihrer Mitwirkung am Tun der Haupttäter. Sie haben auch rechtswidrig gehandelt, denn die von ihnen geförderten Haupttaten entbehren jeder Rechtsgrundlage. Dies beweist neben der Art der pönalisierten Handlungen schon das trotz der angeordneten Folgen angewandte Verfahren. Soweit die

Tötungen als "Vergeltungs- und Sühnemaßnahmen" deklariert waren, wären sie nicht durch das Völkerrecht gedeckt.

- 3) Es besteht auch der hinreichende Tatverdacht, daß die Angeschuldigten vorsätzlich, d.h. wissentlich und willentlich Beihilfe geleistet haben. Das von ihnen durch ihre Tätigkeit unterstützte Verfahren der damaligen Machthaber zur Knechtung und Dezimierung der slawischen Bevölkerung Osteuropas verstieß so offensichtlich gegen das auch damals in Deutschland geltende Recht und war in seiner Motivation so eindeutig zu erkennen, daß sie dies ebenfalls erkannt haben müssen.
- 4) Trotzdem können die Angeschuldigten heute nicht mehr verfolgt werden, weil ihnen nicht mit einer für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden kann, daß sie aus eigenen niedrigen Beweggründen gehandelt haben. Wegen Beihilfe zum Mord, wie sie hier in Rede steht, kann heute nur noch derjenige Gehilfe verfolgt werden, der sich die niedrigen Beweggründe der Haupttäter zu eigen gemacht hat. Für Beihilfe zum Mord, der zwar aus niedrigen Beweggründen begangen worden ist, bei der der Gehilfe selbst diese Beweggründe nicht zu seinen eigenen gemacht hat, ist seit dem Jahre 1960 Strafverfolgungsverjährung eingetreten. Dies folgt aus der Erwägung, daß das Mordmerkmal der niedrigen Beweggründe "täterbezogen" ist und daher zu den persönlichen Merkmalen des § 50 Abs. 2 StGB in der gem. Art. 167 EGOWiG vom 24. Mai 1968 (BGBl. I, S. 503) am 1. Oktober 1968 in Kraft getretenen Fassung gehört, so daß nach dieser Vorschrift nur

derjenige Teilnehmer, bei dem solche persönlichen Merkmale vorhanden sind, wegen Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt werden kann. Für eine Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen betrug, wenn keine weiteren Mordmerkmale vorlagen, die Frist für die Verjährung der Strafverfolgung nach § 67 Abs. 1 StGB in der Fassung, die bis zu dem am 6. August 1969 in Kraft getretenen 9. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. August 1969 (BGBl. I, 1063) galt, in Verbindung mit § 50 Abs. 2 StGB n.F., 15 Jahre.

Solche eigenen niedrigen Beweggründe sind jedoch nach dem Ergebnis der Ermittlungen den Angeschuldigten nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachzuweisen.

a) Der Angeschuldigte Dr. Deumling hat bestritten, aus Rassenhaß oder anderen niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben. Er hat sich dahin eingelassen, daß er im Rahmen seiner Tätigkeit bemüht gewesen sei, die Folgen aus Verstößen gegen die von den damaligen Machthabern getroffenen Maßnahmen zur Unterdrückung der osteuropäischen Völker herabzumindern, zumal er selbst keine Vorbehalte gegen diese Menschengruppen gehabt habe. Er habe jedoch aus damaliger Sicht keine Möglichkeit gesehen, sich ohne eigene Gefährdung den ihm übertragenen Aufgaben zu entziehen. Diese Einlassung ist ihm nicht mit der erforderlichen Sicherheit zu widerlegen.

b) Der Angeschuldigte Thomsen hat gleichfalls bestritten, aus Rassenhaß oder aus anderen niedrigen Beweggründen gehandelt

zu haben. Er hat sich im ähnlichen Sinne wie der Angeschuldigte Deumling eingelassen.

Diese Einlassung ist auch ihm nicht mit der erforderlichen Sicherheit zu widerlegen.

- c) Das gleiche gilt für den Angeschuldigten Wintzer, gegen den sich im übrigen im Fall 10 des Beschlusses vom 14. Februar 1969 kein hinreichender Tatverdacht ergeben hat.

- 5) Die Taten der Angeschuldigten sind bei dieser Sachlage nur noch mit Freiheitsstrafe zwischen 3 und 15 Jahren bedroht (§§ 211, 50 Abs. 2 n.F., §§ 44 Abs. 2, 14 Abs. 2 StGB).

Die ersten richterlichen Handlungen gegen die Angeschuldigten Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer erfolgten in dem Verfahren 1 Js 4/64 (RSHA) erst am 17. Februar 1965 und im Verfahren 1 Js 12/65 (RSHA) am 7. Mai 1965, sie konnten die Verjährung nicht mehr unterbrechen. Die Strafverfolgung wegen der den Angeschuldigten vorgeworfenen Taten ist daher verjährt.

- 6) Demzufolge waren die Angeschuldigten entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft aus Rechtsgründen außer Verfolgung zu setzen.

- D. 1) Die Kostenentscheidung beruht auf § 467 Abs. 1, 3 Nr. 2 StPO. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist davon auszugehen, daß die Angeschuldigten im Hauptverfahren der gegen sie erhobenen Anschuldigungen überführt worden wären. Ihre Verurteilung ist nur deshalb unterblieben, weil die Strafverfolgung, wie dargelegt, verjährt ist und damit ein Verfahrenshindernis vorliegt. Die Strafkammer hat daher davon abgesehen,

die notwendigen Auslagen der Angeschuldigten der Landeskasse aufzuerlegen.

- 2) Die gleichen Gründe waren für die Versagung einer Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft maßgebend (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 StrEG).

Gegen diesen Beschluß ist das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zulässig, - soweit die Überbürdung der notwendigen Auslagen auf die Landeskasse Berlin nicht erfolgt und eine Haftentschädigung versagt worden ist - , die binnen einer Frist von einer Woche bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen ist. Die Einlegung bei dem Beschwerdegericht, dem Kammergericht in Berlin 19, Witzlebenstraße 4-5, genügt zur Wahrung der Frist.

Berlin 21, den 15. Februar 1973
Landgericht, 8. Strafkammer



Paetzelt

Sommerfeldt

Ausgefertigt

(Kaden) Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

1 Js 1/71 RSHA

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Voruntersuchungssache gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes an
Polen

hier: Dr. Deumling, Thomsen und Wintzer

Ohne Auftrag: jedoch zu 4110 E - IV/A 67.63 Sdh 1

Vorbericht vom 6. November 1972

Anlage: 1 Schriftstück

Als Anlage überreiche ich einen Abdruck des Beschlusses
der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 15. Februar
1973, mit dem die Angeschuldigten Dr. Deumling, Thomsen
und Wintzer antragsgemäß außer Verfolgung gesetzt
worden sind.

S c h ü n k e
Erster Oberstaatsanwalt



21. JAN 1974

Anlagen
Abgeschlossen
DN: 10.1.1974

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

Dort.Az.: 1 Js 1/71 (RSA)

in 1 Berlin 21

Turmstraße 91

Verfahren ./.. G a l l Adolf
wegen Mordes (NSG)

Um Übersendung ^{der abschließenden Verfügung} ~~der dortigen Akten mit VK~~ wird gebeten.

Die angeforderten Akten werden als Anlage übersandt.

Um Rücksendung der dort befindlichen Akten wird gebeten.

Die dortigen Akten werden als Anlage zurückgesandt.

Es wird nach dem Stand der Sache angefragt.

Es wird mitgeteilt, daß die Akten zur Zeit nicht entbehrlich
- versandt - sind.

Das dortige Verfahren wurde hier übernommen unter
Az.:

Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Verfahren wurde abgegeben an



Auf Anordnung

Justizangestellte

V

Wu mit \wedge \vee \wedge \vee (RSHA)

(ggf. mit den in Betracht kommenden
Paare der A. u. HA.)

24. JAN. 1974

Bd. CXIV + CXII + HA Bd. VI

beigefügt.

25.1.74

1 7 1 (RSHA)

291

V.

V.

mit Bd CXIV, CXII u. HA Bd VI
sowie Schreiben des SA Frankenthal v. 17.1.74

dem SA von Beugheim

im Hause

und B um weitere Kronleugnung.

1 Berlin 12, den 28. JAN. 1974
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Holzner

(Hölzner)
Erster Staatsanwalt

1 Js 1171 (RSHA)

V

✓ 1. Abschrift des Antrages vom 23.10.72
interessend an St A Frankenthal
zu 9 Js 9173

2. des 2. d. HA

31. JAN. 1974
r./s.

(v. Baugheim)
Staatsanwalt

gef. 5.2.74 Kb + ab
zu 1) Abzehr. über

✓ I m schreiben: V

1. U. m. A (Bd C XIII + C XIV)

Herrn Vor. d. 3 Strafsenats

bei dem Kammergericht

unter Bezugnahme auf Bl. 206-208 Bd

C XIV m. d. Bitte um weitere Veranlassung

übersandt

Ich habe von der Übersendung der restlichen
112 Bände aus Gründen der Vereinfachung
abgesehen. Sie stehen jedoch, falls erforder-
lich jederzeit zur Verfügung

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

2. 3 Monate

II dies in d. HR

6. JUNI 1974

r. A.

Q Bd. A ab

13. JUNI 1974

Nr

M. 10. 6. 24 W 2

An II V H.

273

Vfg.

1. Zu schreiben - eine begl. Abschrift des Beschlusses des Landgerichts Berlin vom 15.2.1973 (Bl. CXIV, 176 ff. d.A.) beifügen -:

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Postfach 11 44

7140 Ludwigsburg

Betrifft: Strafverfahren gegen Dr. B e s t u.a.;
hier: nur noch gegen Dr. Joachim D e u m l i n g
und Harro T h o m s e n
wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortiges Schreiben vom 10. Oktober 1978
- VI 415 AR 1310/63 E 34 (VUS) -

Anlage: 1 Schriftstück

Das hier unter dem Aktenzeichen 1 Js 2/71 (RSA) anhängig gewesene Verfahren ist seinerzeit zur vorliegenden Sache - 1 Js 1/71 (RSA) - verbunden worden.

Die Angeschuldigten Dr. Joachim Deumling und Harro Thomsen sind in diesem Verfahren durch Beschluß der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 15. Februar 1973 - (500) 1 Js 1/71 (RSA) (68/72) - außer Verfolgung gesetzt worden. Wegen der Einzelheiten des Beschlusses nehme ich auf die anforderungsgemäß als Anlage beigefügte beglaubigte Beschlußablichtung Bezug.

2. Diese Verfügung und die Anfrage der Zentralen Stelle zu den Akten.
3. Je eine Durchschrift dieser Verfügung a) zu den Handakten
b) zu den Akten - letzter Band -
1 AR 123/63 (RSA)
4. Eine Ablichtung der Anfrage der Zentralen Stelle vom 10.10. 1978 fertigen und ebenfalls zu den Akten 1 AR 123/63 vor die Durchschrift dieser Verfügung heften.
5. Wieder welegen.

Berlin 12, den 24. Oktober 1978

H ö l z n e r

scha

Staatsanwaltschaft
d.d. Kammer
1.2.1972
1000 Berlin

< Text des Sch. zu Ziff. 2 zurücker
wie Bl. 273 sowie T-1 und weiter...

Perkulaßabbildung wie auf die neuen
Schreiben als weitere Auflage beigefügter
Abbildung der entsprechenden Auftragsliste
vom 23. Oktober 1972 Perry.

- 3.) Dies steht Lernmitt zu 2.) z.d.HA
- 4.) wieder welegen

16/9.

Beitrag: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Herbst im Hahnengraben
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Adressat: Böttcher, Verfahren 1 Ja 2/74 (RSHA)

Ich bitte um Freisetzung einer Ablichtung/Ausfertigung des in
der dazugehörigen Sache 1 Ja 2/74 erlangten Einstellungsbescheides
und, falls gegen diesen Bescheid erhoben worden ist, auch
um Überlassung einer Ablichtung der Beschwerdeabteilung.

K 10101
19.10.72
1000 Berlin

Justizsektore
1000 Berlin

16. September 1981

1 Js 1/71 (RSA)

2153

274^a

An die
Staatsanwaltschaft
Bad Kreuznach
Ringstr. 79
6550 Bad Kreuznach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Herbst in Hahnenbach
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortiges Schreiben vom 10. September 1981 - Js 6450/81 -

Anlagen: 2 Schriftstücke (jeweils in Ablichtung)

Das hier unter dem Aktenzeichen 1 Js 2/71 (RSA) anhängig ge-
wesene Verfahren ist seinerzeit zur vorliegenden Sache
- 1 Js 1/71 (RSA) - verbunden worden.

Die Angeschuldigten Dr. Joachim Deumling und Harro Thomsen
sind in diesem Verfahren durch Beschluß der 8. Strafkammer des
Landgerichts Berlin vom 15. Februar 1973 - (500) 1 Js 1/71
(RSA) (68/72) - außer Verfolgung gesetzt worden. Wegen der
Einzelheiten des Beschlusses nehme ich auf die anforderungs-
gemäß als Anlage beigefügte Beschlußablichtung sowie auf die
meinem Schreiben als weitere Anlage beigefügte Ablichtung der
entsprechenden Antragsschrift vom 23. Oktober 1972 Bezug.

N a g e l
Oberstaatsanwalt

HA Bd. VI

HA Bd. VI